

VI. 4

Magistrats: Bücherei
⇒ Elbing ←
Hauptverz. Abt. 4 M 4

Zeitschrift

für die

Landeskultur = Gesetzgebung

der

Preussischen Staaten.

Herausgegeben von

dem Königl. Revisions-Kollegium für
Landeskultur-Sachen.

Supplement-Band,

enthaltend

das Hauptregister zu den ersten sieben Bänden der Zeitschrift
für die Landeskultur-Gesetzgebung der Preussischen Staaten.

Herausgegeben

von dem

Regierungs-Rathe Fuß.



Berlin.

Jonas Verlagsbuchhandlung.

1855.

2

Zusammenstellung

der wichtigsten

Verwaltungs- und Entscheidungs- Grundsätze

A. 52.

der

~~Königl. Ministerien und Gerichtshöfe~~

im Gebiete der Landeskultur-Gesetzgebung

~~Haupt-Register~~

zu den ersten sieben Bänden der Zeitschrift für die Landeskultur-Gesetzgebung der Preussischen Staaten.

Herausgegeben

von dem

Regierungs-Rathe Fuß.



Berlin.

Jonas Verlagsbuchhandlung.

1855.

~~Handwritten signature or stamp at the bottom left.~~

68

1957



.S. P.

6823

010901



2

V o r w o r t.

Das Bedürfniß eines Haupt-Registers für die nunmehr sieben Bände umfassende, von dem Königlichen Revisions-Kollegium für Landeskultur-Sachen herausgegebene Zeitschrift für die Landeskultur-Gesetzgebung der Preussischen Staaten hat sich gewiß für alle Diejenigen, welche von dem darin mitgetheilten Materiale einen praktischen Nutzen zu ziehen beabsichtigten, als besondres fühlbar herausgestellt.

Diesem abzuhelfen habe ich mich auf Veranlassung des Königl. Revisions-Kollegiums, welchem ich seit drei Jahren als Hülfсарbeiter anzugehören die Ehre habe, der Anfertigung eines solchen unterzogen.

Ich bin dabei von der Ansicht geleitet worden, daß dasselbe nicht bloß das Auffinden der in jenen Bänden behandelten Gegenstände erleichtern, sondern auch gleichzeitig eine möglichst selbstständige Uebersicht der von den betreffenden Königlichen Ministerien und Gerichtshöfen im Gebiete der Landeskultur-Gesetzgebung angenommenen und durch die Zeitschrift veröffentlichten Verwaltungs- und Entscheidungsgrundsätze gewähren und dadurch auch selbst Denjenigen, welche sich nicht im Besitze der Zeitschrift befinden, die Gelegenheit geboten werden soll, sich von jenen Grundsätzen im bedürftenden Falle Kenntniß zu verschaffen.

Zu diesem Behufe zerfällt die Arbeit in ein vollständiges Sachregister und in eine Nachweisung der erläuterten oder zur Anwendung gebrachten Gesetze.

Das Sachregister ist alphabetisch nach bestimmten für die einzelnen Gegenstände charakteristisch erschienenen, mit gesperrter Schrift gedruckten Stichwörtern geordnet. Unter

diesen Stichwörtern befinden sich die darauf bezüglichen Grundsätze in möglichst gedrängter Kürze unter laufenden arabischen Zahlen nach der in den einzelnen Bänden der Zeitschrift Statt gehabten Folgeordnung aufgeführt. Im Wesentlichen hat eine Wiederholung der unter verschiedene Stichwörter gleichmäßig passenden Grundsätze vermieden werden sollen, weshalb allerdings vielfache Zurückweisungen nothwendig geworden sind. Eine Ausnahme hat nur da Statt gefunden, wo dies der mehreren Deutlichkeit wegen oder zur Erleichterung der Uebersicht nothwendig erschien.

Die in das Gebiet der Provinzialgesetzgebung einschlagenden Grundsätze sind in der Regel unter dem besonderen Namen der betreffenden Provinz oder des betreffenden Distrikts aufgeführt, und nur da, wo die besonderen Gegenstände eine bessere Uebersicht gewährten, unter den für diese maßgebenden Stichwörtern aufgenommen worden.

Hinter jedem Grundsatz sind durch einen großen lateinischen Buchstaben diejenigen Behörden oder Personen bezeichnet, von welchen der Grundsatz angenommen oder vertheidigt worden ist, und zwar mit M. die Königl. Ministerien, mit O. das Königl. Ober-Tribunal, mit K. der Königl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, mit R. das Königl. Revisions-Kollegium für Landeskultur-Sachen, mit P. endlich Privatpersonen, welche in dem außeramtlichen Theile der Zeitschrift ihre Ansichten über einzelne Gegenstände und Rechtsfragen mitgetheilt haben.

Die hinter diesem Buchstaben folgende römische Zahl giebt den Band und die arabische Zahl die Seite desselben an, wo die nähere Entwicklung des betreffenden Grundsatzes in der Zeitschrift zu finden ist.

Die Nachweisung der erläuterten und zur Anwendung gebrachten Gesetze findet durch die beigelegte Inhalts-Uebersicht ihre Erläuterung, und sind auch hier bei den betreffenden Paragraphen und Gesetzen durch römische und arabische Zahlen der Band und die Seite der Zeitschrift angegeben, wo dieselben einer materiellen Beurtheilung unterworfen worden sind.

Bei den allgemeinen Gesetzbüchern ist deren Eintheilung

selbst für die Folgeordnung maßgebend gewesen, während die besonderen Gesetze und Ministerial-Reskripte in chronologischer Reihenfolge zusammengestellt worden sind; jedoch hat es angemessen erschienen, die in das Gebiet der Landeskultur-Gesetzgebung hauptsächlich einschlagenden besonderen Gesetze abge sondert von den übrigen speziellen Gesetzen aufzuführen.

Bei den besonderen Gesetzen ist in der Regel in einer Parenthese angegeben worden, wo solche in ihrem ganzen Umfange aufzufinden sind, was für die Erleichterung der Information nicht unzuweckmäßig erschien.

Bei der Zusammenstellung der Ministerial-Reskripte ist von einer summarischen Angabe ihres Inhalts Abstand genommen worden, weil das Sachregister hierzu den nöthigen Anhalt bietet.

Die in den beiden Abtheilungen des Registers gebrauchten Abkürzungen sind die gemeingewöhnlichen und bedürfen deshalb keiner näheren Erläuterung.

Das Schwierige und Mühevollere der mir gestellten Aufgabe, welche mit gewissenhafter Strenge zu lösen ich nach Kräften bemüht gewesen bin, möge die unvermeidlichen und gewiß nicht fehlenden Mißgriffe und Mängel dieser Arbeit eine nachsichtige Beurtheilung finden lassen!

Möge aber vor Allem der Zweck dieser Arbeit erreicht werden, das werthvolle und reichhaltige Material, welches die Zeitschrift bisher veröffentlicht hat, Vielen zugänglicher zu machen.

Berlin, im August 1854.

Der Herausgeber.

Inhalts = Uebersicht.

I.	Sachregister.	Seite	3—112
II.	Nachweisung der erläuterten und zur Anwendung gebrachten Gesetze und anderen Rechtsquellen.		
	A. Allgemeines Landrecht.	=	115—124
	B. Allgemeine Gerichtsordnung.	=	124—126
	C. Allgemeine Hypothekenordnung.	=	126—127
	D. Ostpreussisches Provinzialrecht.	=	127
	E. Preussisches Landrecht von 1721.	=	127
	F. Luxemburger Landrecht von 1709.	=	127
	G. Entwurf des Provinzialrechts für das Fürstenthum Neuvorpommern und Rügen.	=	127
	H. Code civil	=	127
	J. Corpus juris civilis.	=	127—128
	K. Regulirungs-, Ablösungs- und Gemeinheits- theilungs-Gesetze.		
	a. Regulirungsgesetze.	=	128—131
	b. Ablösungsgesetze.	=	131—134
	c. Gemeinheitstheilungsgesetze.	=	135—136
	L. Gesetze betreffend das Verfahren und das Kostenwesen in Auseinandersetzungs-Sachen.	=	136—138
	M. Einzelne Gesetze und Verordnungen etc.	=	139—162
	N. Cabinetsordres (ungedruckte), Staatsmini- sterial-Beschlüsse und Ministerial-Reskripte.	=	163—168

I.
Sachregister.

Handwritten Title

Faint handwritten text

Faint handwritten text

Faint handwritten text

Faint handwritten text

II.

Abfindung, die, s. Forstberechtigung. 3.

1. in Rente findet auch gegen den Willen der Partheien aus landespolizeilichen Rücksichten Statt. . R. I. 331.
2. einzelner Mitberechtigter ohne Zuziehung der Uebrigcn, ändert in den Theilnahmrechten der letzteren nichts. O. III. 73 fg.
3. für eine Holzberechtigung, wenn solche von dem Berechtigten in Geldrente angenommen werden muß.
R. III. 289 fg. Das Gegentheil aber R. VI. 439 fg.

Abfindungsmittel,

1. Arten derselben. R. I. 68.
2. Desgleichen bei Holzberechtigungen. . . R. III. 288 fg.

Abgaben,

1. Ueber den Begriff derselben. . . . R. I. 29. III. 294.
2. Erwerb derselben durch Verjährung, so wie über deren Anfang und Ende. O. III. 49.
3. Wenn solche ihrer Natur nach für dinglich zu erachten.
O. VII. 365.

Ablösbarkeit der Reallasten, die, s. Wehrbau. 1. Gegenleistungen 2. Revisions-Collegium. 4.

1. Der §. 65 des Abl. Ges. v. 2. März 1850 findet nicht bloß auf niedere (Elementar-) Schulen, sondern auch auf alle Lehr-Anstalten, insbesondere auch Gymnasien und Universitäten, Anwendung. . . R. IV. 264 fg.
2. Dasselbe ist der Fall bei Reallasten, welche Anstalten zusehen, deren Fonds zum Theil zu kirchlichen und Schulzwecken, zum Theil für andere Gegenstände, ohne Festsetzung bestimmter Quoten, bestimmt sind. R. V. 294 fg.
3. dieselbe findet bei Abgaben an Kirchen, Pfarren

4 Ablösbarkeit der Reallasten — Ablösungsrenten.

und Schulen durch Capital unter Zustimmung der geistlichen Oberen Statt. M. V. 297 fg.
Ablösungs=Capitalien, über deren Verrechnung bei den Regierungshaupt=Cassen. M. IV. 300.

Ablösungs=Maßstab für Reallasten, der,

1. bei größeren vererbpachteten Vorwerken nur zum zwanzigfachen Betrage der Jahresrente. . . R. IV. 167 fg.
2. außerhalb eines gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisses ebenfalls nur zum zwanzigfachen Betrage der Jahresrente. R. IV. 182. fg.
3. bei höheren Schulanstalten im Wege der Einigung zum Fünf und zwanzigfachen Betrage zulässig.

M. IV. 299. V. 299.

4. bei Mühlegrundstücken, welche in keinem gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse stehen, findet dennoch der §. 64 des Abl. Ges. v. 2. März 1850 Anwendung.

R. M. VI. 51 fg. 111 fg.

Ablösungs=Ordnung, die, vom 7. Juni 1821, deren Entstehungsgeschichte, Materialien und Vorarbeiten. I. 19 fg.

Ablösungs=Plan, dessen Anerkenntniß hat in der Regel die Wirkung einer Novation. R. III. 312. 328.

Ablösungs=Renten, s. Geldrenten 2. 3.

1. deren Vorausbezahlung in vierteljährlichen oder halbjährlichen Raten an die Rentenbank ist zulässig.

M. IV. 302.

2. unterliegen der Verminderung bis zu Zwei Dritttheilen des Reinertrages der Stelle nicht, wenn sie auf Grund der bisher gültig gewesenen Gesetze durch Erkenntniß, Vertrag, Anerkenntniß oder sonst rechtsverbindlich festgestellt sind. . . R. IV. 379 fg.

3. Der im §. 63 Absatz 1 des Abl. Ges. v. 2. März 1850 gebrauchte Ausdruck „rechtsverbindlich stipulirt“ ist nicht bloß auf Recesß oder Vertrag, sondern auf jede Art rechtsverbindlicher Feststellung zu beziehen.

R. IV. 379 fg. V. 110.

4. welche nicht unter die §§. 53 — 55, 65 des Abl. Ges. v. 2. März 1850 fallen, müssen von der Rentenbank ohne Rücksicht auf die Sicherheit der belasteten Grundstücke übernommen werden.

M. V. 109 fg.

5. auch vergleichsweise festgesetzte, für welche der bis=

- herige gesetzliche Ablösungssatz der Capitalisirung im Voraus bestimmt ist, sind nach §. 52 des Abl. Ges. v. 2. März 1850 ablösbar. R. VI. 84 fg.
6. bei denen gar kein Ablösungssatz im Voraus bestimmt, dem Berechtigten aber dennoch eine Kündigungsfrist eingeräumt worden ist, sind den festen Geldabgaben gleich zu achten, und wie diese ablösbar. R. VI. 84 fg.
- Ablösungs-Urkunden, einseitige, von den Regierungen ausgestellt, haben nicht die Kraft und Wirkung der nach §§ 169 bis 170 der Verordn. v. 20. Juni 1817 bestätigten Reccessen. R. V. 11 fg.
- Ablösungs-Verträge, schriftliche, auf welche die Abl. Ordn. v. 13. Juli 1829 Anwendung gefunden haben würde, gestatten ohne hinzugetretene Confirmation der General-Commission oder des Gerichts keine Klage auf Erfüllung und haben nicht einmal die Wirkung einer Punctation. O. VI. 467.
- Abraum, in wie weit solcher von dem Raff- und Leseholzberechtigten beansprucht werden kann. R. O. III. 216 fg.
- Ab schätzung. In Auseinandersetzungsachen ist es weder den Partheien, noch den erkennenden Behörden gestattet, in der für die Gegenstände der Ausgleichung gesetzlich vorgeschriebenen Art der Abschätzung (durch Sachverständige, Schiedsrichter, Normalpreise) beliebig eine Aenderung eintreten zu lassen. R. VII. 203 fg.
- Ab schriften, simple von gerichtlichen Urkunden, deren Beweiskraft. R. III. 324.
- Abverkauf kleiner Grundstücke s. Verwendung 1.
- Abweisung. Ob und in wie weit in Prozeß-Sachen bei den Auseinandersetzungsbehörden eine Abweisung angebracht werden darf oder zur Zeit durch Erkenntniß erfolgen kann? P. VI. 295.
- Ackerhölzer, s. Hansmann.
- Ab citat, s. Rechtsmittel 3.
- Adelige Güter, können auch jetzt noch unter Zwei Drittheilen der Taxe nur mit Einwilligung sämmtlicher Interessenten verkauft werden, und ist hierin durch Art. 42 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 nichts geändert. O. V. 462.

- Alhaus, (Amt) dessen Rechtsverhältnisse vor und unter der Fremdherrschaft. IV. 358 fg. 365
- „Alle Einnahmen und Leute“ eines Gutsherrn, bezeichnet die Dorfgemeine. O. III. 222.
- Allodifications=Quantum, von dessen Erhebung bei landesherrlichen Lehnen ist abstrahirt, wenn bei Emanation des Abl. Gef. v. 2. März 1850 eine Allodifications=Urkunde noch nicht ertheilt war. M. III. 180.
- Alt=Lutheraner, f. Parochiallasten.
- Altmeister, f. Junstälteste.
- Amtsunterthanen, f. Brandenburg. 3.
- Analphabeten, f. Schreibensunersfahrene. Notarielles Instrument. 1.
- Anerbe, dessen Bestimmung durch den überlebenden Ehegatten. f. Münster. 6.
- Anerbenrecht, f. Kolone. 4.
- Anerkenntniß, das, f. Besitzveränderungs=Abgabe. 30. 31. 32.
1. ohne Angabe des Rechtsgrundes begründet keine Verpflichtung. R. I. 486.
 2. dessen Wirkung im Prozesse. R. I. 486. III. 85. 325. 331.
 3. des Separationsplans in einer commissarischen Verhandlung, dessen rechtliche Wirkung. . . . R. II. 253.
 4. eines mündlichen Vertrages setzt den Willensausdruck der Verpflichtung zu seiner Verbindlichkeit voraus. O. III. 63.
 5. des Ablösungsplans, und seine Wirkung in Betreff unentgeltlich aufgehobener Rechte. R. III. 311.
 6. eines mündlich geschlossenen Vertrages und dessen rückwirkende Kraft. M. IV. 329.
 7. das zur Unterbrechung der Verjährung dienende, ist an keine bestimmte Form gebunden. O. IV. 343. V. 460.
- Anhalt=Deffau und Röthen, (Herzogthum)
1. Ergebnisse der Thätigkeit der Auseinandersehungsbehörden von 1848 bis 1851. IV. 294. VI. 157 fg. desgleichen bis Ende 1852. VII. 56 fg.
 2. Kompetenz=Verhältnisse der General=Commission zu Merseburg und des Revisions=Collegium für L. E. S. in dortigen Auseinandersehungs=Sachen. VII. 11.

Anmeldung, f. Rechtsmittel. 2.

Annahmefriefe, f. Kaufbriefe.

Annahmegelb, f. Magdeburg (Herzogthum). 5.

Anrechnung, die, eigener Holz- und Streumittel bei Ablösung von Holz- und Streuberechtigungen. R. O. III. 225.

Apotheker-Privilegium, f. Exclufiv-Berechtigung. 3. 4.

Appellation, die.

1. Ueber die Bedingungen des nachträglichen Beitritts der Litiſconſorten zu derſelben. R. II. 246.

2. Ueber die Zuläſſigkeit des nachträglichen Beitritts der Litiſconſorten hat der Appellationsrichter ohne vorgängige erſte Entſcheidung zu erkennen. R. II. 246 fg.

3. In welchen Fällen deren Nachholung Seitens des Appellaten für zuläſſig zu erachten. O. III. 60.

4. Zur Wahrung des Rechtsmittels iſt es genügend, wenn die Einföhrungs- und Rechtfertigungſchrift von der Schreibens unkundigen Parthei unterkreuzt und von einem Rechtsanwält als Conſipienten mit unterſchrieben iſt, auch wenn derſelbe nicht verſprochen hat, Vollmacht nachzubringen. O. V. 455.

Appellations-Beantwortung. Für die mit keinem Rechtsbeſtande verſehene Parthei iſt ein beſonderer Termin zur Aufnahme derſelben anzuberaumen, wenn gleich die Appellationsrechtfertigung keine neuen Thatſachen enthält.

M. R. III. 32. 33.

Aſſeſſoren, denen die techniſche Qualiſication noch nicht ertheilt iſt, dürfen für ſolche Termine, zu denen ſie einen techniſchen Beiſtand zuziehen müſſen, keine Reiſekoften liquidiren.

M. VI. 42.

Auenrecht. Die Erwerbung durch Verjährung iſt in Schleſien nur hiñſichts der außerhalb des Dorfes gelegenen Aue zuläſſig, nicht aber in Hiñſicht der eigentlichen im Dorfe gelegenen Aue. O. II. 455.

Auffahrt, f. Paderborn (Fürſtenthum).

Aufgebot der Real-Prätendenten, f. Zehntrecht 1.

Aufhebung, die unentgeltliche,

1. von Rechten und Realſaften in Folge der §§ 2 und 3 des Abl. Gef. v. 2. März 1850 wird durch vorhandene rechtskräftige Judicate über die Exiſtenz dieſer Rechte und Realſaften nicht ausgeſchloſſen. R. IV. 375.

2. einer sonst nach §§ 2 u. 3 des Abl. Ges. v. 2. März 1850 unentgeltlich aufgehobenen Realast, wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß dieselbe in dem Verleihungscontracte über die Stelle festgesetzt worden ist, vielmehr nur dann, wenn nach dem ganzen Inhalt des Vertrages die Abgabe als für die Verleihung des Grundstücks ausdrücklich mit übernommen zu erachten ist. R. VI. 185 fg.
- Aufträge der Auseinandersetzungs- = Behörden an Justiz-Beamte, deren Zulässigkeit und Umfang. M. IV. 310.
- Auseinandersetzungs- = Behörden, die, f. Personal-Nachrichten.
1. deren Resultate über ausgeführte Regulirungen, Ablösungen und Gemeinheitstheilungen bis 1851 VI. 28 fg. Desgleichen bis 1852. VII. 48 fg.
 2. deren Reffort-Verhältniß, Zahl, Ort und Mitglieder. VII. 12 fg.
- Auseinandersetzungs- = Verfahren. Dasselbe hat die Natur eines Processes. R. III. 328. 340.
- Ausführung der Ablösung, ist nicht identisch mit der Uebnahme der Renten auf die Rentenbank. . M. IV. 9.
- Ausführungstermin. Wenn eher solcher bezüglich des Uebergangs des Eigenthums in Folge gutsherrlicher und bäuerlicher Regulirung für eingetreten zu erachten. R. II. 275. 361.
- Ausgedinger, f. Brennholzgerechtfame 2.
- Ausgleichung, die vollständige der gegenseitigen Gerechtfame ist das Haupt-Princip der Landes- = Cultur- = Gesetzgebung. R. I. 41.
- Art, die.
1. In Westpreußen ist deren Mitnahme dem Raff- und Leseholz-Berechtigten verboten und findet dagegen keine Verjährung Statt. O. I. 484.
 2. Desgleichen in den Marken, Preußen, Pommern und Schlessen. R. O. III. 197.

B.

Bäume. Die durch §. 3 Nr. 13 des Abl. Ges. v. 2. März 1850 erfolgte unentgeltliche Aufhebung des Rechts auf zer-

streut stehende Bäume auf fremdem Grund und Boden bezieht sich nicht bloß auf den künftigen Auswuchs, sondern auch auf die bereits stehenden Hölzer. R. IV. 72 fg. **Bannrechte**, s. **Zwangsbrechte**.

Bauholz, über dessen Begriff und Umfang. R. O. III. 237 fg.

Bauholzgerechtfame, die, s. **Grundgerechtigkeit**. 3. **Masstab=Bau**.

1. Das Recht bäuerlicher Wirthen, Brenn- und Bauholz aus dem gutsherrlichen Walde zu einem billigeren Preise vor Fremden zu kaufen, ist eine ablösbare Grundgerechtigkeit, kein bloßes Vorkaufsrecht; ingleichen über die Modalitäten der Ausübung und Ablösung desselben.

R. O. II. 209. 449.

2. Dieselbe erstreckt sich nicht auf die Baulichkeiten, welche die Gutsherrschaft zur Bewirthschaftung der von den bäuerlichen Wirthen in Folge der Regulirung abgetretenen Ländereien bedarf. O. II. 449. III. 44.

3. Der Bauholzverpflichtete ist nicht schuldig, die ohne seine Schuld im belasteten Walde nicht vorhandenen Bauhölzer dem Berechtigten anderweitig zu beschaffen oder zu bezahlen. O. III. 182.

4. Ueber deren Umfang und was zum Bauholze zu rechnen. R. O. III. 237 fg. V. 25. fg.

5. Dieselbe erstreckt sich niemals auf die Anlegung neuer Gebäude und auf die Erweiterung oder Verlegung schon vorhandener Gebäude nur in so weit, als veränderte Umstände oder vermehrtes Bedürfniß des berechtigten Guts dieselbe nothwendig machen, dagegen nicht auf die wegen des größeren dem Gute bei einer Separation zugefallenen Arealß zu errichtenden neuen Gebäude. . O. IV. 334.

6. Dieselbe geht nicht ohne Weiteres auf die von dem berechtigten Gute getrennten Aecker oder Wiesen über, sondern bleibt an die Gebäude gebunden. O. V. 22 fg. 30 fg.

7. Die Bauholzgerechtfame der Laffiten ist durch Art. 74 der Declar. v. 29. Mai 1816 nicht aufgehoben, sondern nur suspendirt und nach Verkündigung des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 wieder in Kraft getreten, ohne daß jedoch die Laffiten berechtigt sind, für das von ihnen bis dahin beschaffte Bauholz Entschädigung fordern zu können.

R. VII. 140 fg.

8. Die Bauholzgerechtigkeit einer Wassermühle erstreckt sich auch auf die Abschlagschleuse des Mühlenteiches und entscheldet für deren Umfang das gegenwärtige Bedürfniß.

O. VII. 370.

Beamte, s. Fischereirecht. 1.

welche im Sinne des §. 19 des Disciplinar-Ges. vom 21. Juli 1852 zu den unteren zu rechnen. M. VI. 282.

Bebauen, im §. 82. I. 22. N. R. R. ist gleichbedeutend mit „Bearbeiten oder einen veränderten und verbesserten Zustand herstellen.“ O. VII. 369.

Bedarf.

1. voller, wenn solcher für Hütungsgerechtigkeiten zu gewähren ist. R. O. I. 192 fg.

2. Desgleichen für Holzgerechtigkeiten. . . O. II. 449.

Bede (Bedegehd), hat die Natur der Steuer. R. O. VII. 387 fg.

Bedielung, s. Bauholz.

Behandigung, deren Bedeutung und Zweck. . R. VI. 82.

Behandigungsgüter s. Werden. 1.

Beilieger, s. Westphalen (Herzogthum). 3.

Belehrung, die,

1. der Partheien in Auseinandersetzungs-Sachen ist nicht nach §. 65 I. 25. N. O. D.; sondern nach §. 42 der Verordn. v. 20. Juni 1817 zu beurtheilen.

O. I. 487. VI. 119 fg.

2. bei Erklärungen von Leuten niederen oder gemeinen Standes.

R. III. 83. VI. 119 fg.

Berg, (ehemal. Großherzogthum) s. Erbliches Besitzrecht. 5.

1. Das Heimfallsrecht eigenbehöriger Kolonate besteht auch nach dem Decr. v. 12. December 1808 fort, wenn nicht die Mehrpacht wirklich regulirt ist. O. II. 452.

2. Das Kaiserl. Decr. vom 12. December 1808 ist ein Prohibitiv-Gesetz; die während dessen Gültigkeit geschlossenen Erbzins- und Erbpacht-Verträge sind ungültig und ist auch die Verjährung gegen dasselbe ausgeschlossen.

O. III. 58.

3. Die im §. 22 des Ges. v. 21. April 1825 (Nr. 939) gegebenen Kriterien für Leib- und Zeitgewinnsgüter sind auch für Grundstücke ohne Gebäude maassgebend.

O. III. 60.

4. Ueber das Successionsrecht unehelicher Kinder der

Erbtöchter eines eigenbehörigen Kolonen in das Kolonat.

O. IV. 69,

5. Die dem Verpächter eines Leib- und Zeitgewinnnguts vorbehaltene Befugniß, in gewissen Fällen einseitig das Kolonatsverhältniß aufzulösen, ändert in der rechtlichen Natur des sonst erblichen Besitzrechts nichts. O. V. 465.
6. Die Vermuthung für das Eigenthum der Gebäude zu Gunsten des Leib- und Zeitgewinnnguts-Besizers, welcher sie erbaut hat, wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Erbauung auf Grund einer vertragmäßigen Verpflichtung erfolgt ist. O. V. 465.

Beschwerdepunkte. Deren bestimmte Angabe bei der Anmeldung eines Rechtsmittels hindert nicht die Aufnahme auch noch anderer Beschwerdepunkte in die erst nach Ablauf der Anmeldefrist rechtzeitig eingehende Einführungs- und Rechtfertigungsschrift. . . O. VI. 469.

Besitz, der,

1. unrechtfertige, steht der 30jährigen Verjährung nicht entgegen. O. III. 44.
2. in den Normaljahren 1740 und 1797 muß ein vollständiger und ruhiger sein und erfordert nicht den Nachweis des guten Glaubens. O. III. 57.
3. Bei Begründung der Possessorienklage über die Vermuthung der Fortdauer des einmal früher Statt gehabten Besitzes. O. III. 44.
4. Im §. 54 (I, 7) N. L. R. ist unter „im wirklichen Besitze“ ein vollständiger Besitz zu verstehen.

O. V. 457. VI. 465.

5. Bei dessen Erwerbung durch einen Stellvertreter kommt die Handlung desselben in ihrer Totalität sowohl für, als gegen den Principal in Betracht. O. V. 458.

Besitzer, der, s. Käufer.

1. Auch der unvollständige, hat die Vermuthung der Rechtmäßigkeit und Redlichkeit seines Besitzes für sich.
2. Der unrechtfertige, kann nicht ersitzen. O. V. 456.
3. Derjenige, welcher ein Grundstück auf Grund eines mündlichen Vertrages als sein eigen übernommen hat und besitzt, ist nicht als bloßer Inhaber zu betrachten.

O. V. 457.

4. Besizer aus eigenem Rechte im Sinne des §. 76 des Abl. Ges. v. 2. März 1850 ist derjenige, welcher den Besitz eines Grundstücks in der Absicht ergriffen und fortgesetzt hat, über alle aus der Beschaffenheit des Grundstücks fließenden Besitzrechte für sich selbst zu verfügen.
R. O. VI. 146 fg.
5. Derjenige, welcher ein Grundstück aus dem Nachlasse gegen Abfindung seiner Miterben erworben hat, ist nicht als dritter Besizer im Sinne des §. 12 des Hypotheken-Patents vom 22. Mai 1815 anzusehen. O. V. 353. VI. 469.
- Besizergreifung, die, eines negativen Rechts gegen den Eigenthümer eines Grundstücks, dessen Nutzung einem Servitutberechtigten ausschließlich zusteht. . . O. III. 62.
- Besizerledigung, die, einer regulirungsfähigen Stelle ist auch alsdann eingetreten, wenn dem zeitweisen Besizer derselben nach Ablauf seiner Nutzungs-Periode die Stelle von Neuem überlassen wird. . . R. O. VI. 144 fg.
- Besizklage, die, s. Besitz. 3.
1. Der mit der Störung beauftragte Dritte kann sich durch Nomination von derselben befreien. . . O. III. 61.
 2. findet gegen die Anordnung einer Verwaltungsbehörde, durch welche die Sperrung eines öffentlichen Weges beseitigt wird, nicht Statt. . . C. VI. 473.
- Besizstand, der. Der Umfang der zu einer regulirungsfähigen Stelle gehörigen Grundstücke und Rechte ist nicht von dem factischen Besitzstande bei Verkündung des Ges. v. 9. October 1848 abhängig und der Beweis eines größeren Besitzstandes in keiner Weise beschränkt.
R. O. V. 147 fg. 250 fg.
- Besizveränderungs-Abgaben (Laudemien) s. Fundal-Observanz. Urbarium. Gebäude. 1.
1. Zahl der bei der Ablösung auf Ein Jahrhundert anzunehmenden Fälle nach der Abl. Ordn. v. 7. Juni 1821.
R. I. 218
 2. Procent-Laudemien, deren Behandlung nach §. 34. der Abl. Ordn. v. 7. Juni 1821. . . R. I. 220.
 3. Ermittlung der Durchschnittssumme nach den bekannten Fällen, wobei die im Laufe des Ablösungs-Verfahrens eingetretenen Besitzveränderungen unberücksichtigt bleiben. . . R. I. 223. 224. 481.

4. Anrechnung der indebite gezahlten, beim Durchschnitt der bekannten Fälle. R. I. 225. 256.
5. Bei Verschiedenheit des Procentsages in den verschiedenen Fällen kommt es dennoch nur auf die in den letzten sechs bekannten Fällen gezahlten Beträge an. R. I. 226.
6. Die gezahlten Beträge werden ohne Rücksicht darauf zum Grunde gelegt, ob sich die Laudemialpflicht auch auf den Auszug, das Inventarium oder die Gebäude erstreckt hat. R. I. 235.
7. Berechnung der Laudemialbeträge bei dismembrirten oder zugeschlagenen Grundstücken. . . R. I. 237. 255.
8. Ueber deren Rückforderung. R. I. 469.
9. Descendenten sind von deren Entrichtung in der Regel frei. R. I. 479. 482.
10. Deren Erlöschung durch Konfusion. R. I. 480.
11. Die Bestellung unfixirter ist seit Verkündung des Landescultur=Edicts vom 14. September 1811 unzulässig, ebenso deren Erwerb durch Verjährung.
R. O. I. 480. II. 448. V 449.
12. Das Recht auf solche wird schon durch den Veräußerungsvertrag und die Uebergabe des Grundstücks erworben. R. I. 480.
13. Zu deren Entrichtung sind die Schulzen, freien Kreischmer und Müller in den Fürstenthümern Ratibor und Doppeln provincialrechtlich nicht verpflichtet.
R. O. I. 480.
14. Bei bloßen Zinsgütern werden dieselben nicht vermuthet. R. O. I. 481.
15. Finden gemeinrechtlich nur bei der Emphyteuse als gesetzliche Regel Statt, in anderen Rechtsverhältnissen müssen sie besonders nachgewiesen werden. R. O. I. 480.
16. werden in Schlessien vom Ausgedinge nach provincialrechtlicher Observanz nicht entrichtet. R. O. I. 482.
17. vom Inventarium bei Erbzinsgütern.
R. O. I. 482. VII. 399 fg.
18. gehören in Schlessien zu den nicht aufgehobenen Nugungen der Civilgerichtsbarkeit.
R. O. II. 218. 322. 327. III 42. VII. 364.
19. Begriff der eigentlichen Laudemien in Schlessien

- und deren Unterschied vom Auf= und Abzugsgelde (laudemium minus plenum, Mannsthaler) . . . O. II. 323.
20. In Schlesien sind Ehegatten von deren Entrichtung frei. O. II. 447. III. 41.
21. In wie weit neu angelegte Gebäude eines Erbzinsgrundstücks denselben unterliegen. O. II. 448.
22. Unfixirte, sind ungültig, wenngleich in bestätigten Ablösungsrecessen nach 1811 stipulirt. O. II. 448.
23. sind nicht zu entrichten bei Besitzveränderungen der Erbpachtsgerechtigkeit an dem laudemialpflichtigen Grundstücke. O. III. 41.
24. deren Verdoppelung bei vorfallender Simulation findet nur bei Zins= und Erbzinsgütern Statt. O. III. 42.
25. Für solche, welche nur bei Verkäufen zu entrichten sind, wird auch nur Ein Veränderungsfall auf das Jahrhundert gerechnet. . . . R. V. 437 fg. VII. 116 fg.
26. welche nach einem bestimmten Procentsatze des Kaufgeldes zu entrichten, sind für unfixirte zu erachten. O. V. 449.
27. Auf unfixirte, nach 1811 stipulirte, hat der §. 37. des Abl. Ges. v. 2. März 1850 rückwirkende Kraft, weil derselbe declaratorischer Natur ist. O. V. 449.
28. Der §. 116 (II, 7) A. L. R. begründet gegen dieselben nicht die Vermuthung, daß sie aus der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit fließen oder die Natur der Gerichtskosten haben. R. VI. 57.
29. Rechtliche Natur der Laudemien. Die Eintragung der Laudemialpflicht im Allgemeinen begründet nicht das Vorzugsrecht der zweiten Classe für rückständige Laudemien. O. VI. 460.
30. Der §. 40 des Abl. Ges. v. 2. März 1850 steht dem Einwande, welcher durch §. 65. I. 25. A. G. D. gegen ein Anerkenntniß in einer processualischen Verhandlung begründet wird, nicht entgegen. . . O. VI. 461.
31. Ein Anerkenntniß von der im §. 40 des Abl. Ges. vom 2. März 1850 angegebenen Beschaffenheit genügt auch nicht zum Nachweise der früheren Rechtsbeständigkeit der nach §§ 36—38 l. c. unbedingt aufgehobenen Besitzveränderungs=Abgaben und zur Begründung des Anspruchs auf Rückstände von denselben. . . O. VI. 461.

32. Die Wirkung eines solchen Anerkenntnisses hängt auch dem dritten Besitzer des belasteten Grundstücks gegenüber von der Eintragung der Besitzveränderungs=Abgabe in das Hypothekenbuch des belasteten Grundstücks nicht ab. O. VI. 461. VII. 364. jedoch das Gegentheil O. VII. 364 sub. 5 a.
33. Der Anspruch auf Descendenten=Laudemien kann nach Aufhebung des Ges. v. 19. Juli 1832 gleichfalls durch das bloße Anerkenntniß eines Besitzers in einer öffentlichen Urkunde nachgewiesen werden. O. VI. 462.
34. Diejenigen, welche als Laudemien oder als Abfahrt entrichtet worden, sind als ablöbliche Grund=Abgaben anzusehen. O. VI. 462.
35. Die vor Anbringung der Provokation fällig gewordenen, bilden keinen Gegenstand des eigentlichen Auseinandersehungsverfahrens, bedürfen daher auch keines Vorbehalts in dem Recesse und können auch noch nach dessen Vollziehung geltend gemacht werden. O. VI. 462.
36. Die Stipulation der Laudemialpflicht in allen Verkaufsfällen berechtigt noch nicht zur Geltendmachung derselben gegen Descendenten. . . R. VII. 116 fg.
37. Die Gültigkeit des im §. 40 des Abl. Ges. v. 2. März 1850 bestimmten Anerkenntnisses ist nicht von der Absicht des Erklärenden abhängig, dem Berechtigten gegenüber eine Verbindlichkeit oder ein Recht anerkennen zu wollen. O. VII. 363.
38. In dem Bestreiten der Laudemialpflicht überhaupt liegt, auch das Bestreiten der Höhe des Laudemiums. O. VII. 363.
39. Wenn eine Urkunde nur die Laudemialpflicht an sich, nicht aber auch die Höhe der Laudemien feststellt, so sind zwei Procent des Erwerbspreises zu entrichten.
O. VII. 363.
40. Descendenten, welche unter der Herrschaft des Gemeinen Rechts urbarialmäßig von Laudemien befreit sind, sind es auch bei der Erwerbung des laudemienpflichtigen Grundstücks im Wege der Erbtheilung.
O. VII. 363.
41. Die urbarialmäßige Verpflichtung der Descendenten zur Entrichtung des Laudemiums bei Abtretungen unter Lee

benbigen schließt deren gesetzliche Freiheit für Erbfälle nicht aus, wohl aber die Verpflichtung zur Entrichtung des Laudemium bei Ueberlassungen an Kinder überhaupt.
O. VII. 366.

Bestätigung, s. Rezeffe. 8.

Bevollmächtigter, der,

1. Der mündlich Bevollmächtigte kann bei erfülltem Auftrage den Mangel der schriftlichen Form nicht vorschützen, selbst wenn er das Geschäft auf eigenen Namen geschlossen hat. O. V. 464.
2. Der fiscalische, ist zur Beivohnung der Zeugenverhöre in Proceß- und Auseinandersetzungs = Sachen befugt.
M. VII. 44.

Bewässerungs = Angelegenheiten.

1. Wegen Benutzung von Privatflüssen, Kompetenz = Gegenstände der Regierungen, des Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten und des Revisions = Collegium für L. G. S. R. IV. 167 fg.
2. Die Auseinandersetzungs = Behörden sind auch nach erfolgter Ausführung einer Gemeinheitstheilung befugt, zweckmäßige Ent- und Bewässerungen zu vermitteln. M. V. 323.
3. In wie weit die Mitwirkung und Genehmigung der Polizei = Behörde bei solchen erforderlich ist.
M. VI. 336 fg.
4. Ueber die Wirkung der Präklusion von Entschädigungs = Ansprüchen bei Bewässerungs = Anlagen ist die Kognition der ordentlichen Gerichte nicht ausgeschlossen.
C. VI. 474.

Bezirksrath, dessen Funktionen sind bis zu seiner definitiven Bildung theils den Bezirks = Regierungen, theils den General = Kommissionen und landwirthschaftlichen Regierungs = Abtheilungen übertragen. M. V. 317.

Bierzwang, der, ist in der Niederlausitz ohne Unterschied zwischen Land- und Stadtnahrung durch die A. Gewerbe = Ordn. v. 17. Januar 1845 aufgehoben. . O. I. 485.

Bischoffs = Bierdungs = Zins s. Bierdungszins.

Brandenburg (die Mark). s. Art. 2. Einmiethen. Kirchen = grundstücke. Lagerholz. 2. Schäfereigerechtigkeit. 4. Parochiallasten. 2. Stammgeld. 3.

1. Ueber das Beitragsrecht des Patronats und der Eingepfarrten bei Kirchen und Pfarrbauten
O. VI. 342. V. 460.
2. Ueber die Beitragspflicht der Rittergüter zum Wegebau bei Gemeintheilungen. . . . R. V. 208. fg.
3. Ueber die Natur der Raff= Lese= und Lagerholz= Berechtigung der Heidemiether, insbesondere aber der Amtsunterthanen in der Mark und Neumark.
O. V. 469. fg.
4. Die Unverjährbarkeit der Kirchengrundstücke schließt für den redlichen Bestzer die Anwendung der §§. 25 und 26. (I. 15) N. L. R. bei der Vindication nicht aus und braucht derselbe nur gegen Erstattung des Gezahlten das Grundstück heraus zu geben. . . . O. VI. 470.
5. Den Rittergutsbesitzern in der Kur= und Neumark liegt innerhalb ihres Grundbesizes die Unterhaltung der öffentlichen Wege und Kommunikations=Brücken ob.
O. VII. 371.

Branntweinbrennerei=Apparat. Die Kosten für deren Beschaffung können zum Behufe des Verwendungs=Nachweises wegen Ablösungs=Capitalien nicht in Rechnung angenommen werden. . . . M. VII. 46.

Braugeschoss, die Frage über dessen unentgeltliche Aufhebung kann nur im Rechtswege entschieden werden.
K. VII. 482.

Braunkohlen, s. Schlesien. 2.

Brennholzgerechtfame, die, s. Gemeinde. 2. 3. Grundgerechtigkeit 3. Holzgerechtigkeit.

1. Das Recht häuerlicher Wirths auf Brennholz zu billigeren Preisen vor Fremden ist eine ablösbare Grundgerechtigkeit.
R. O. II. 209. 449.
2. Die auf den vollen Bedarf gerichtete, erstreckt sich auch auf die Haushaltungen der Ausgedinger. O. II. 449.
3. Ueber das Theilnahmerecht der Parzellen bei erfolgter Parcellirung des berechtigten Grundstücks.
O. II. 450. V. 24.
4. Dieselbe erstreckt sich ohne Weiteres nicht auf den mit einem ländlichen Grundstück verbundenen Betrieb von Gewerben. . . . O. II. 451.
5. Die mit einem Gute verbundene, geht auf abgezweigte



Aecker und Wiesen nicht über, bleibt vielmehr an die Gebäude desselben resp. die Sohlstätte, Hofesröthe gebunden. . . . O. V. 22 fg. R. VII. 109 fg. O. 370.

6. Dieselbe geht auch bei einer Dismembration auf die abgezweigten Gebäude ipso jure verhältnißmäßig über. R. VII. 109 fg.

Büren (Kreis), s. Paderborn (Kreis) 1.

C.

NB. Die halb mit C halb mit R geschriebenen Worte siehe unter R.

Central=Commission, die, für die Angelegenheiten der Rentenbanken, deren Ressortverhältniß. VII. 4.

Chausséebau. Ueber die Verpflichtung der Unterthanen in der Neumark zu demselben. O. II. 453.

Chausséebau=Materialien s. Sachsen 5.

Cleve, Herzogthum s. Hobbs= und Behandigungsgüter.

Cöthen. s. Anhalt=Deffau und Cöthen.

Culm (die Stadt), über die Natur und Regulirungsfähigkeit der Glorationsländereien derselben. R. I. 352. O. II. 456.

D.

Dachstöcke, s. Bauholz.

Dampfpflichten sind nicht öffentliche, sondern gemeine Lasten und verjähren durch Nichtleistung allein, ohne Rücksicht ob eine Aufforderung oder Weigerung Statt gehabt hat. O. VII. 374.

Deich. Ueber die Pflicht zur Unterhaltung eines gemeinschaftlichen Deiches hat sich bis zum Erlaß des Ges. v. 28. Januar 1848 auch nach Einführung des N. L. R. eine Observanz fortbilden und feststellen können. O. VII. 375.

Deichlast. Der Anspruch auf Befreiung von derselben durch Verjährung gehört zur Entscheidung im Rechtswege.

K. VII. 381.

Deichstatuten, über deren Fassung. M. VII. 67.

Descendenten s. Besitzveränderungs=Abgaben 9.

Dessau f. Anhalt= Cöthen und =Dessau.

Diäten,

1. fixirte der Deconomie=Commissarien, deren Erstattung bei Nebenbeschäftigungen. . . . M. III. 155.
2. der Staats=, Justiz= und Kommunal=Beamten, so wie der Deconomie=Commissions=Gehülfen bei einzelnen Aufträgen in Gemäßheit des §. 108 des Abl. Ges. vom 2. März 1850. M. III. 162.

Dienstbarkeiten f. Grundgerechtigkeiten.

Dienstbarkeitsberechtigte.

1. Deren Rechte können durch Verleihung gleichartiger Rechte an Andere Seitens des Belasteten nicht geschmälert werden; vielmehr sind dieselben befugt, derartige Rechte selbstständig zu bestreiten. O. III. 211.
2. Sie sind verpflichtet, den durch die Reparatur der zur Ausübung der Servitut erforderlichen Anlage gestörten Zustand des belasteten Grundstücks wieder herzustellen und für den durch diese Störung entstandenen Schaden aufzukommen. O. V. 450.
3. Der Belastete ist befugt, ihnen für die wirkliche Abfindung Mitberechtigter einen verhältnismäßigen Theil des ihrer Benutzung unterliegenden Gegenstandes zu entziehen, nicht aber auch dann, wenn die Berechtigung durch Confusion erloschen ist. R. VII. 224 fg.

Dienste, die,

1. über deren Begriff. R. I. 29.
2. Die erwerbende Verjährung fortwährender Dienste jeder Art ist durch §. 7 des Land. Cult. Ed. v. 14. Septbr. 1811 und §. 16 des Regul. Ed. vom nemlichen Tage unterbrochen und untersagt. O. VI. 193 fg.
vergleiche jedoch O. VII. 376 sub 17.

Dienstemolument, f. Fischereirecht 1.

Dienstgeld f. Westphalen (Königreich) 1. 2.

Dienstwohnungen. Die Unterhaltung des Anstrichs der äußeren dem Einflusse der Witterung ausgesetzten Fenster und Thüren liegt dem Staate ob. M. VII. 68.

Disciplinar=Behörde, als entscheidende Behörde erster Instanz gegen pensionsberechtigte Feldmesser, Beamte der höheren landwirthschaftlichen Lehranstalten und der bei

- den Staatsgestüteten angestellten Beamten fungirt die Provinzialbehörde. M. VII. 355.
- Disciplinarhof, Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder desselben. VI. 13.
- Dis membrationen, s. Brennholzgerechtfame 3. 5. 6. Bauholzgerechtfame 6. Hütungsgerechtigkeit 5. 8. Kompetenz 2. 3.
1. Ueber deren Zulässigkeit . . R. I. 169 fg. II. 409 fg.
 2. Die bei den Gerichten vorkommenden hierauf bezüglichen Geschäfte sind nicht sportelfrei. . M. IV. 313.
 3. Instruction wegen Beschränkung der gewerbweisen Zerstückelung der Grundstücke. M. VII. 36 fg.
- Dispositionsbefchränkungen, s. Erbpächter 1. unzulässige des Erbpächters. R. I. 172.
- Dollmetscher. Ueber die denselben zustehende Remuneration und Reisekosten. M. VII. 362.
- Domainenbauern,
1. können seit der Cab. Ordre v. 20. Februar 1777 für ihre Höfe durch Verjährung Grundgerechtigkeiten gegen den Fiscus erwerben. O. I. 483.
insbesondere auch Forstgerechtigkeiten. . . O. III. 230.
 2. Die in den Erbverschreibungen derselben enthaltenen vertragsmäßigen Bestimmungen über Successionsordnung und Annahme-Preis sind bis zum Erscheinen des Abl. Gef. v. 2. März 1850 gültig geblieben. . O. VI. 468.
- Domainen=Pächter s. General-Domainenpächter. Verjährung 24.
- Dorfanger (Dorfaue).
1. gemeinschaftlich benutzte können Gegenstand einer Gemeinheittheilung sein. R. II. 199.
 2. Daß Eigenthum der disponiblen Dorfanger und Dorfstraßen in den Immediatdörfern der Regierungsbezirke Gumbinnen, Königsberg, Marienwerder, Danzig und Bromberg ist den Gemeinen vom Fiscus überlassen. M. VII. 59.
 3. Ueber die Behandlung der Anträge auf Veräußerung von Dorfaunen in den Domainen=Ortschaften. M. VII. 83.
- Dorfgemeinde, s. Gemeinemitglieder 1. Schärfforn 2.
- Dorfgerichte. Ob selbige durch eine vorgenommene Verpachtung ihre Befugniß überschritten haben, ist nach den besonderen Umständen in jedem einzelnen Falle zu beurtheilen.
O. V. 456.

Dorffhirte, s. Gemeindegel.

Dorffschmidt, s. Schärfforn. Die Verpflichtung desselben zur Fertigung von Schmiedearbeiten für die Gutsherrschaft und die Gemeinemitglieder gegen bestimmte Lohnsätze oder Gegenleistungen ist im Mangel besonderer vertragsmäßiger Bestimmung für ein Zwangsrecht nicht zu erachten und sind die gegenseitigen Leistungen ablösbar. R. VII. 240 fg.

Dorfstraße, s. Dorfanger 2.

Drainage, die.

1. In wie weit eine solche Anlage bei der Freigebung von Ablösungs=Capitalien als Verwendungsgegenstand zu berücksichtigen. VII. 62. fg.

2. Deren möglichste Berücksichtigung bei Separationen wird empfohlen. VII. 85 fg.

Dreidingsgeld, das, ist in Schlesiens eine aus der Gerichtsherrschaft und gutsherrlichen Polizeigewalt entspringende und deshalb durch §. 3 Nr. 4 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 unentgeltlich aufgehobene Abgabe.

R. V. 406 fg. VII. 398.

Dreschgärtnerstellen,

1. Ueber die Beschränkung der Regulirungsfähigkeit derselben. P. II. 46.

2. Das Dreschverhältniß der Besitzer derselben zur Herrschaft berechtigt und verpflichtet gegenseitig.

O. III. 49.

Dritter Besitzer, s. Besitzer. 5.

Dünger=Vergütung. Der Anspruch auf eine solche bei einer Ackerseparation ist kein Gegenstand eines gemeinschaftlichen Interesses, sondern ein persönlicher fingulairer Anspruch jedes einzelnen Theilnehmers und geht nach Jahresfrist nach Ausführung der Separation nur dann verloren, wenn diese nicht vor der Rezeßvollziehung erfolgt ist.

R. IV. 401. fg.

Düsseldorf. Einführung eines Wollmarkts von 3 Tagen im Anfange des Juli jeden Jahres. . . . M. VI. 279.

G.

Ehefrauen,

1. deren Vertretung in Auseinandersetzung=Angelegenheiten durch den Ehemann. R. O. II. 263.

2. Bei deren Minderjährigkeit muß außer dem Ehemann auch noch der Vormund zugezogen werden. . R. O. II. 263.

3. Der §. 22 der Verordnung vom 30. Juni 1834 enthält eine Declaration und hat daher rückwirkende Kraft. R. O. II. 267.

4. Der von der Vormundschaft einer minorennen Ehefrau allein über ein zu ihrem eingebrachten Vermögen gehöriges Grundstück, ohne Zuziehung ihres Ehemannes im Auseinandersehungß=Verfahren abgeschlossene Vergleich ist für die Frau und für den Mann unverbindlich. R. VII. 428 fg.

Eichen. Das Recht des Gutsherrn auf die auf bäuerlichen Grundstücken stehenden Eichen ist unentgeltlich aufgehoben. R. IV. 75.

Eid,

1. Ueber die Wirkung der verweigerten Ableistung eines mehreren Litißconforten auferlegten nothwendigen Eides Seitens einzelner Litißconforten. . . . O. III. 54.

2. Die Befugniß der reichsständischen Familien, Eide für sich durch ihre Beamten ableisten zu lassen, ist durch Art. 4 der Verfassung vom 31. Januar 1850 aufgehoben. O. VII. 378.

Eigenthum,

1. Bei der Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse darf nur volles Eigenthum verliehen werden. R. I. 172.

2. Ueber den Zeitpunkt des Uebergangß desselben in Folge der Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse. R. II. 275. 361.

Eigenthumsrecht, das, der Gutsherrn an lassetischen Höfen ist bei der Regulirung nach dem Gesetz vom 8. April 1823 werthlos. R. I. 48. fg.

Eigenthumsverleihungs=Anspruch, s. Regulirungs=Anspruch.

Eingebrachtes der Frau, das. Der Ehemann ist nicht berechtigt die Substanz eines dazu gehörenden Allentheilß=rechts ohne Zustimmung seiner Frau zu veräußern. O. V. 453.

Eingepfarrte, die. Die zu einer Kirche Eingepfarrten bilden in ihrer Gesamttheit die Kirchengemeinde, und es stehen dieser Gesamttheit bei Prozessen die Rechte

privilegirter Korporationen, also auch die Doppelfrist zur Einlegung der Rechtsmittel zu. O. IV. 338.

Einkaufsgeld, das,

1. emphyteutischer Besitzer ist bei der Regulirung und Ablösung zu berücksichtigen. R. I. 49.
2. Ermittlung der Abfindung bei der Ablösung. R. I. 355. fg.
3. Dasselbe ist an sich nicht gleichbedeutend mit Kaufpreis. R. V. 442.

Einmiether. Die durch Vertrag zugesicherte Befugniß, sich zur Erlangung des nöthigen Brennholzes in die R. Forsten einzumiethen, ist in den Marken nicht für eine Grundgerechtigkeit zu erachten. O. V. 385 fg. 451. 469.

Eintragung, die, hypothekarische, ändert in dem Wesen des eingetragenen Rechts nichts. . . R. O. II. 238.

Einwand, der,

1. der erlöschenden Verjährung erst in der Revisions-Instanz angebracht, ist verspätet. O. V. 456.
2. Nur solche Einwendungen gehen nach §. 383 I. 16. A. L. R. durch Nichtgebrauch im Prozesse verloren, welche die Einlassung auf den Prozeß betreffen und aus dem zur Klage gebrachten Sach- und Rechtsverhältnisse entspringen oder damit zusammenhängen; wogegen die Rechte aus andern Umständen, welche ein Fundament selbstständiger Rechtsverfolgung für den Verkl. abgeben konnten, demselben vorbehalten bleiben, wenngleich er sie nicht als Einwand im Prozesse vorgebracht hat. O. V. 465.

Einwohner, die, einer Dorfschaft, über deren Begriff. R. V. 429.

Eisenbahngesellschaft. Eine solche ist nicht zur Entrichtung der auf dem durch Expropriation erworbenen Grundstücke haftenden Besitzveränderungs=Abgabe verpflichtet.

O. VII. 365.

Locationsländereien, s. Culm.

Emphyteutis, s. Besitzveränderungs=Abgaben. 15. Deren Begriff nach römischem Rechte und Unterschied von der Superficies. R. VII. 296. fg.

Entsagung, die. Die unentgeltliche Entsagung bereits erworbener Rechte ist nur der Wirkung, nicht aber der Form nach für eine Schenkung zu erachten.

O. V. 427.

Entwässerungs=Angelegenheiten, s. Bewässerungs=An=

24 Entwässerungs-Angelegenheiten — Erblisches Besitzrecht.

gelegenhelten. Rechtsmittel. 4. Refurs. 3. Vorfluths-regulirung.

Erbdrescher, s. Dreschgärtnerstellen. 2.

Erbsgeschoß, s. Schoß.

Erbherr (Erbherrschaft), ist gleichbedeutend mit Erbgerichtsherrschaft im Gegensatz zum Herrn der Obergerichte. O. II. 319.

Erbliche Besitzrecht, das,

1. in den ehemals zu den Französischen Departements gehörigen Landestheilen, welches durch das Ges. v. 21. April 1825 in Eigenthum verwandelt ist, kann durch den Abschluß eines bloßen Zeitpachtcontractes Seitens des Besitzers mit dem Gutsherrn nicht verloren gehen.

O. IV. 69. 101.

2. Für Merkmale desselben sind zu erachten:

a. Gleichförmigkeit der Pachtgefälle. . . . O. IV. 112.

b. Tragung aller auf dem Gute haftenden Lasten und Abgaben. O. IV. 112.

c. Unterfagung der Veräußerung oder Verpfändung. O. IV. 113.

d. Unterhaltung der Gebäude. O. IV. 113.

e. Verpflichtung zur Erneuerung des Gewinns nach abgelaufenen Pachtjahren. O. IV. 413.

f. Entrichtung eines Laudemium oder Gewinngeldes, wenn gleich veränderlich. O. IV. 117.

g. Stipulation einer Leibzucht oder Aussteuer. O. IV. 119.

h. Bezeichnung des Gutes als „Erbe.“ . O. IV. 120.

i. Aufeinanderfolge mehrerer Mitglieder derselben Familie (durch Abstammung oder Anheirathung). O. IV. 118.

2. Der Inhalt der auf bestimmte Jahre gerichteten Leibbriefe steht dem erblichen Besitzrechte nicht entgegen. O. IV. 111.

3. Die Steuerfreiheit des Guts in älterer Zeit begründet keine Vermuthung gegen das erbliche Besitzrecht.

O. IV. 116.

4. In den ehemals zum Großherzogthum Berg gehörigen Landestheilen liegt der Beweis desselben dem bäuerlichen Besitzer ob; wenn das Gut aber kein Leib- und Zeitgewinnut ist, so kommt es auf den Kriterienbeweis nicht an, vielmehr lediglich auf richterliche Beurtheilung und streitet im zweifelhaften Falle nach §. 634 I. 21 und

§ 305. II. 7. A. L. R. die Vermuthung für die Erblichkeit.
O. IV. 340.

Erbpacht, die.

1. Die gesetzliche Vermuthung für die Erbpacht (§. 305. II. 7. A. L. R.) bezieht sich nicht bloß auf geschlossene Güter, sondern auch auf einzelne Grundstücke,
O. II. 456. IV. 342.

setzt aber ein gutherrliches und bäuerliches Verhältnis voraus. O. VII. 373.

2. Neben derselben war der Besitz eigenfreier Grundstücke früher nichts Ungewöhnliches. O. IV. 117.

3. Die auf gewisse Grade oder Generationen beschränkte Erbpacht in den Westphälischen Landestheilen ist durch §. 2 Nr. 2 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 in volles Eigenthum verwandelt, . . . R. IV. 357 fg. das Gegentheil ist aber von dem Geh.=Obertribunal angenommen. O. V. 270 fg. VI. 471.

4. Deren Wesen wird durch das Bestehen einer besonderen Erbfolgeordnung für die Nachkommen des Erbpächters nicht aufgehoben. R. V. 68 fg.

5. Die Erbpacht auf hundert Jahre ist durch die §§. 15 der drei Gesetze vom 21. April 1825 in volles Eigenthum verwandelt, auch wenn bedungen war, daß nach Ablauf dieser Zeit die verlichenen Grundstücke in demjenigen Zustande, in welchem sie sich alsdann befinden würden, wieder abgetreten werden sollten. . . . R. O. VI. 226 fg.

6. Eine Erbpacht auf bestimmte Jahre kennt das A. L. R. nicht; ein auf 100 Jahre abgeschlossener und auf die Erben übergehender Pachtcontract kann deshalb nicht für einen Erbpachtscontract erachtet werden. . . R. VII. 127 fg.

7. Die unter der Herrschaft des A. L. R. begründete Erbpacht auf Generationen ist durch §. 2 Nr. 2 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 in volles Eigenthum verwandelt. R. O. VII. 250 fg. 367.

Erbpachtgüter, s. Ablösungs-Maßstab. 1.

Erbpachtverträge s. Münster 3. Der Erbe ohne Vorbehalt ist verpflichtet, den von seinem Erblasser bloß schriftlich geschlossenen Erbpachtvertrag über eine fremde Sache, deren Eigenthum aber später der Erbe erworben hat, vor Gericht oder Notar zu vollziehen, und kann sich durch

Berufung auf §. 2 Nr. 2 des Abl.=Gef. v. 2. März 1850
dagegen nicht schützen. O. VI. 467.

Erbpachtzins, der.

1. Die Ablösbarkeit desselben wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß derselbe nach Ablauf bestimmter Jahre von Neuem festgestellt werden muß. . . R. V. 68 fg.
2. Ein bei seiner Ausbedingung als „nicht ablösbar“ bezeichneter ist durch §. 97 des Abl.=Gef. v. 2. März 1850 ablösbar geworden, insoweit er nicht unter die Bestimmungen der §§. 55 und 91 l. c. fällt. . . . R. V. 70.

Erbpächter, der, s. Münster. 7. Remission. 1.

1. Dessen Dispositionsbeschränkungen fallen mit der Ablösung der Erbpachtlasten und der Verwandlung der Erbpacht in Eigenthum von selbst fort. . R. I. 163 fg.
2. Derselbe kann bei Separationen, insofern er Gemeinemitglied ist, ohne Zustimmung des Erbverpächters Abfindung für Kuhweiden beanspruchen. . . . R. I. 483.
3. Er kann auch zum Besten des Erbpachtsguts Servituten gegen den Erbverpächter auf anderen Grundstücken desselben durch Verjährung erwerben. . O. II. 451.
4. Gegen denselben konnten Grundgerechtigkeiten jedoch unbeschadet der Rechte des Erbverpächters, durch Verjährung erworben werden, wenn: nur damit keine Veränderung der Substanz verbunden war. O. V. 451.

Erbverpächter, der.

1. Dessen Provokationsbefugniß zur Ablösung der Reallasten dismembrirter Erbpachtsgrundstücke. . . . R. II. 417.
2. Denselben steht an den zur ewigen Nutzung für sich vorbehaltenen Theilen der vererbpachteten Sache das volle Eigenthum zu. O. VII. 373.

Erbzinsgut, das, s. Besitzveränderungs-Abgaben. 17. 21. 24.

1. Dessen charakteristisches Merkmal nach dem A.L.R. O. I. 481.
2. Der Beweis für die ursprüngliche Mitverleihung eines Inventariums liegt dem Erbzinsherrn nur im Allgemeinen ob. O. I. 482.
3. Der Name „Erbzins“ beweist an sich noch nichts für die Natur desselben R. VI. 211.

Erbzinssmann. Dessen Verpflichtung zur theilweisen Ablösung des Canons bei Parzellirungen. . . O. III. 49.

Erkenntniß, s. Aufhebung. 1. Abweisung.

1. Welche Wirkung hat in Auseinandersetzungs-Sachen ein ergangenes rechtskräftiges den Kläger abweisendes Erkenntniß? P. II. 31 fg. VI. 291 fg.
 2. In wie weit den Urteilsgründen auf die Auslegung des Erkenntnisses Gewicht beizumessen. O. III. 59.
- Ermländische Landesordnung, die, v. 4. Juli 1766 ist für ein gehörig publicirtes Ermländisches Landesgesetz anzusehen. O. VII. 381.
- Exklusivberechtigungen, die,
1. zum Betriebe des Mühlengewerbes, deren Bedeutung. R. III. 376.
 2. Deren unentgeltliche Aufhebung durch das Gewerbesteuer-Edict v. 2. November 1810. R. IV. 230 fg. V. 73 fg.
 3. Deren unentgeltliche Aufhebung in den ehemals Königl. Westphälischen Landestheilen. R. VI. 341 fg. 366 fg.
 4. Die Bestimmungen wegen Gewährleistung für aufgehobene Rechte (Tit. V.) des Ges. v. 21. April 1825 (Nr. 938) finden keine Anwendung auf Abgaben, welche für ausschließliche Gewerbeberechtigungen oder für den Betrieb eines Gewerbes übernommen worden sind, insoweit sie gegen den Abgabepflichtigen geltend gemacht werden. R. VI. 341 fg. 368 fg.
 5. Die für solche zum Betriebe eines Gewerbes übernommene Abgaben in den vormalig Königl. Westphäl. Landestheilen sind sofort und nicht erst mit dem eintretenden Falle eines geltend zu machenden Widerspruchsrechts für fortfallend zu erachten. R. VI. 342 fg.
- Execution, die,
1. Bei nicht erfolgter Zahlung des in einem Rentenbank-Ablösung-Recess der Staats-Casse überwiesenen Ablösungs-Capitals steht dem ursprünglichen Berechtigten der Antrag auf executivische Beitreibung desselben zu; er soll jedoch die Regierung im Recess hierzu ermächtigen. M. IV. 13. 19.
 2. Deren Zulässigkeit in das Einkommen der Deconomie-Commissarien und Feldmesser. . . M. IV. 25.
 3. Das eventuelle Wahlrecht des Executionssuchers bei zu leistenden Handlungen findet keine Anwendung, wenn auf Grund einer Servitut eine Holzquantität judicatsmäßig zu liefern ist. O. IV. 341.

4. Die Administrativ-Execution findet auch bei solchen Geldrenten an Kirchen und Schulen Statt, welche durch Umwandlung von Natural-Abgaben entstanden sind. M. VI. 286.
5. Den General-Commissionen gebührt das Recht der Vollstreckung ihrer Entscheidungen, mit Ausschluß der Subhastationen, welche vor den Richter der Sache gehören; jedoch haben sie auch hier über die gegen die Subhastation erhobenen Einwendungen zu entscheiden. K. VII. 382.
- Ermission, die.
1. Ueber die Gründe der Ermission Laßitischer Wirths. R. II. 441.
2. In wie weit solche wegen der in den §§. 288 fg. II. 7. N. L. R. angegebenen Gründe auch noch nach Emanation des Abl.-Ges. vom 2. März 1850 für zulässig zu erachten. R. IV. 286 fg.



- Feldhüter, sind zu den Gemeindebeamten zu rechnen. M. V. 321.
- Feldmesser, s. Disciplinar-Behörde,
1. können unter Umständen selbstständige Aufträge für einfachere Auseinandersetzungen erhalten. M. III. 162. IV. 22.
2. sind Staatsbeamte, ohne Rücksicht auf eine Pensionsberechtigung. M. IV. 23 fg.
3. Deren Reisekosten, wenn sie als Commissarien fungiren. M. V. 103.
4. Auf diejenigen, welche ohne Pensionsberechtigung angestellt sind, findet der §. 83 des Disciplinar-Ges. v. 21. Juli 1852 Anwendung und können dieselben ohne Einleitung eines förmlichen Disciplinar-Verfahrens entlassen werden. M. VI. 24.
5. Dieselben dürfen in der nämlichen Sache nicht gleichzeitig als Feldmesser und Commissarien beschäftigt werden. M. VII. 43.
- Feldsteine. Das Recht, solche zu graben, ist bei Gelegenheit einer Gemeintheilung aufhebbar. . . R. II. 201 fg.
- Fensterladen, s. Bauholz.
- Fensterrahmen, s. Bauholz.

Feuerhafen, f. Bauholz.

Feuerleitern, f. Bauholz.

Fideicommissse. Die Aukeinanderseßungs = Behörden sind verpflichtet, die Verwendung der Abfindungs = Capitalien von Fideicommissen zu controlliren, und können hiervon durch die Zustimmung der beiden nächsten Anwärter nicht entbunden werden. M. V. 331 fg.

Fischereirecht, das.

1. Das Recht der Uferbesitzer in einem Privatflusse zu fischen, ist Ausfluß ihres Eigenthums. O. II. 455.
2. als Dienstmolument eines Beamten ist auf den Hausgebrauch beschränkt, wenn es nicht mit dem Grundstücke des Beamten verbunden und sein Umfang nicht näher bestimmt ist. O. IV. 338.
3. Der Rechtsgrund und Regalitäts = Charakter einer Fischerei = Servitut ist ohne Einfluß auf die Ablösbarkeit derselben. R. IV. 314 fg.

Fiskalische Stationen, f. Verjährung. 11.

Fiskus, f. Verjährung. 17. Magdeburg. 3. bildet mit allen seinen Stationen sowohl nach Preussischem, als Gemeinem und Französischem Rechte nur Eine juristische Person. O. VII. 372.

Fixation, die,

1. einer unbestimmten Brennholzberechtigung auf eine bestimmte Quantität Holz verändert den Charakter derselben als Grundgerechtigkeit nicht und muß sich der Fixirte bei Unzulänglichkeit der Forst eine verhältnismäßige Kürzung gefallen lassen. R. O. III. 73 fg. 224.
2. Es bedarf auch keiner Eintragung des durch die Fixation an die Stelle der Brennholzberechtigung getretenen Holz = Deputats. O. III. 224.
3. Der Antrag auf Fixation steht dem Berechtigten nicht zu. O. VII. 447.

Fluß.

1. Ueber den Begriff eines öffentlichen Flusses im Gegensatz zu einem Privatgewässer entscheidet nicht die persönliche Eigenschaft des Eigenthümers des Flusses, sondern die gegenständliche Natur und Beschaffenheit des Gewässers. R. IV. 346 fg.
2. Das zum Betriebe von Färbereien, Gerbereien und ähn =

lichen Anlagen benutzte Wasser darf in keinen Fluß geleitet werden, wenn dadurch der Bedarf der Umgegend an reinem Wasser beeinträchtigt wird. M. VI. 25.

3. Durch die Benutzung des Wassers eines Flusses von Seiten Mehrerer wird der Fluß noch kein öffentlicher.

R. VI. 178 fg.

Forstbeamte. Deren Deputatholz wird dem belasteten Forsteigentümer bei der Ablösung der Forstservituten in Anrechnung gebracht O. III. 233.

Forstberechtigungen, s. Lehngut.

1. Die Auseinandersetzungs-Behörden sind befugt, die Abfindung in Rente, selbst gegen den Willen beider Theile festzusetzen, wenn solche in Land nicht zweckmäßig gewährt werden kann. R. I. 331 fg.

2. Instruction wegen vergleichsweiser Durchführung der Ablösung derselben in den Königl. Forsten. M. VI. 3 fg.

3. Auch für die auf Forsten haftenden Servituten zum Mitgenusse des Holzes muß Landabfindung gegeben werden, wenn solche, als Acker oder Wiese genutzt, einen höheren Ertrag als durch Holzzucht gewährt, und braucht sich der Berechtigte eine Geldabfindung nicht gefallen zu lassen. R. VI. 439 fg. vergl. jedoch die entgegengesetzte Ansicht. R. III. 289 fg.

4. Wählt der Belastete die Abfindung nach dem Vortheile aus der Ablösung und ergiebt sich bei dessen Ermittlung überhaupt ein solcher Vortheil gar nicht, so fällt die Berechtigung nicht ohne Weiteres weg, sondern bleibt bestehen und ist die Provocation nur zur Zeit unzulässig. R. VII. 187 fg.

Forstkultur-Interesse, über dessen Beförderung durch die Gemeinheitstheilungs-Gesetze. P. I. 398 fg.

Forsteigentümer, der, s. Forstbeamte,

1. ist befugt, einzelne Theile der belasteten Forst den Forstberechtigten zu entziehen, sofern deren Bedarf dadurch nicht geschmälert wird. O. III. 224.

2. Auch ist derselbe befugt, in der belasteten Forst für seine Forstbeamten Gebäude zu errichten und denselben Dienstland und Dienstwiesen für ihre nothwendigen Bedürfnisse zu überweisen. VII. 369.

Forstnutzungs-Berechtigte, sind nicht befugt, das zu-

- sammengebrachte Raff- und Leseholz, Streu ic. über Nacht im Walde liegen zu lassen und erst am folgenden Tage oder später abzufahren. R. O III. 219.
- Freiwillige Verlassung, die, einer regulirungsfähige= Stelle, s. Regulirungs-Anspruch. 4.
- Fünftel=Abzug, der, in den früher R. Westphäl. Landes= theilen findet nur von Reallasten des Verpflichteten, nicht aber des Gutsherrn Statt. . . . O. III. 259.
- Fundal=Observanz.
1. Deren Erweis beim Descendenten-Laudemium. O. I. 480.
 2. Dieselbe genügt zur Begründung der Laudemialpflicht an sich nicht. O. I. 481.
- Fußsteig. Ueber die Frage, ob ein Fußsteig ein öffentli= cher sei oder nicht, ist der Rechtsweg ausgeschlossen.
K. VII. 382.

G.

- Gärtner=Lehranstalt, die, zu Potsdam, deren revidirtes Statut, Einrichtungs- und Betriebs-Plan. . VII. 154 fg.
- Gebäude, die,
1. neue, vom Erbzinsmann errichtete, in wie weit dieselben dem Laudemium unterliegen. O. II. 448.
 2. einer regulirungsfähigen Stelle muß die Gutsherr= schaft bei Ausführung der Regulirung zum letzten Male in baulichen Stand setzen, wenn solche ihr bis dahin ge= hörten oder sie zu deren Unterhaltung verpflichtet war.
R. V. 147 fg.
 3. Die gesetzliche Vermuthung spricht gegen die Laude= mialfreiheit der zur Bewirthschaftung der Laudemial= pflichtigen Grundstücke errichteten Gebäude. R. VII. 399 fg.
- Gebrauchsrechte, subjectiv persönliche, gehen dadurch nicht verloren, daß der Berechtigte es geschehen läßt, daß in der verpflichteten Sache Anstalten getroffen werden, welche die Ausübung seines Rechtes geradezu unmöglich machen.
O. V. 450.
- Gebühren, s. Mandatarien=Gebühren. Rechtsanwalte. 1.
- Gefahr, gemeinschaftliche, deren Begriff.
R. I. 102 fg. II. 158.

Gegenleistungen, s. Verjährung. 21.

1. Deren Compensation mit Leistungen. . . . R. I. 33 fg.
2. Im Großherzogthum Posen muß die Gutsherrschaft den überschießenden Werth derselben vergütigen. R. I. 45.
3. Auch der Jahreswerth solcher Gegenleistungen des Berechtigten, welche zeitweise ruhen, muß bei der Auseinandersetzung ermittelt und von dem ermittelten Geldwerthe der ablösbaren Reallasten in Abzug gebracht werden.
R. VII. 149 fg.

Geistliche Institute.

1. Die an dieselben zu entrichtenden Reallasten sind mit Ausnahme der Fälle der §§. 53 und 55 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850, selbst im Falle einer Einigung der Partheien, durch Vermittelung der Rentenbank nicht ablösbar.
M. IV. 12.
2. In Dismembrations-Sachen erfolgt die Publikation der Dismembrations-Pläne an selbige durch kostenfreie Uebersendung von Ausfertigungen resp. Extracten der Abgaben-Regulierungs-Pläne. . . . M. VII. 71.

Geldrenten,

1. neue, nach Erlaß des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 stipulirte, sind von der Ablösung durch die Rentenbank ausgeschlossen. . . . M. IV. 327.
2. Die nach den Getreidepreisen veränderlichen, fallen nicht unter die Bestimmungen des §. 53 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850, sondern unter die Bestimmungen des Tit. X., besonders des §. 64 l. c. . . R. IV. 327.
3. feste, unterliegen dem §. 53 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 nur dann, wenn die Bestimmungen des §. 52 l. c. zutreffen. . . . R. IV. 419 fg.

Gemeinde, die.

1. Zulässigkeit der erwerbenden Verjährung eines Hütungsrechts für dieselbe durch den Dorfshirten. O. II. 448. durch andere Repräsentanten. . . O. III. 222.
2. Die durch Verjährung erworbenen Holz- und Streugerechtfame derselben erstreckt sich nach Sächsischem und Gemeinem Rechte in der Regel auch auf die später, hinzutretenden Mitglieder. . O. II. 450. III. 43. 221.
3. Daß auf Verleihung beruhende Recht derselben auf Holz ist deagegen nach denselben Rechten auf die zur Zeit

der Verleihung vorhandenen Stellen beschränkt.

O. III. 47. 221.

4. Dieselbe ist ohne Weiteres nicht verpflichtet, die Leistungen der Dorfshirten an die Gutsherrschaft oder Pfarrer zu vertreten. R. III. 263.

5. Nach Gemeinem Rechte bedarf es zur Erwerbung eines Hütungsrechts für dieselbe durch Ausübung von Seiten des Gemeinehirten, weder des Nachweises eines besondern Auftrages, noch der Wissenschaft der Gemeinde von der Ausübung oder der Genehmigung der Ausübung. O. V. 452.

Gemeindehirte, f. Gemeinde. 1. 4. 5.

Gemeindelasten, f. Kommunallasten.

Gemeindemitglieder, einzelne, einer Dorfgemeinde sind auf Grund einer vermutheten Vollmacht für die Gemeinde aufzutreten befugt und findet auf sie die Bestimmung der Gab.=D. v. 17. October 1833 sub 4. keine Anwendung. O. IV. 341.

Gemeinheiten.

1. Der §. 164 der G.=Th.=D. v. 7. Juni 1821 findet auch auf die Erweiterung schon bestehender Gemeinheiten Anwendung. O. I. 483. II. 440.

2. Neue, nach Emanation der G.=Th.=D. begründete, erlöschen nicht von selbst, sondern nur durch ein besonderes Auseinandersetzungs-Verfahren. R. II. 424 fg. O. III. 45.

3. Ueber deren Begriff, namentlich der gemeinschaftlich ausgeübten Benutzung. O. V. 33. fg.

Gemeinheitstheilung, über deren Begriff. R. II. 185 fg.

Gemeinheitstheilungsordnung, die, vom 7. Juni 1821 ist an die Stelle des vierten Abschnitts I. 17. A.L.R. getreten. R. I. 53 fg.

Gemeinsames Interesse, f. Interesse.

Genehmigung, die, mündliche oder stillschweigende des Machtgebers zu einem von dem Bevollmächtigten ohne schriftliche Vollmacht in geschlicher Form geschlossenen Vertrage verpflichtet den Machtgeber dem Dritten gegenüber. O. IV. 66.

General-Bevollmächtigte, der, ist auch ohne Substitutionsclausel zur Substitution eines Rechtsanwalts bei dem Ober-Tribunal in Prozessen befugt. O. III. 56.

General-Domänenpächter, die. Ob solche gleichzeitig für Verwalter zu erachten und deshalb gegen sie zum Nachtheil des Fiskus Verjährung Statt finden kann. O. III. 66.

Geometer, s. Feldmesser.

Gerichtsbarkeit, s. Besitzveränderungs-Abgaben. 18.

Gerichts-Commission, wie weit sich deren Amtsbezirk erstreckt. M. IV. 311.

Gerichtsstand, der dingliche, findet Statt, wenn der Grundbesitzer den Hypothekar auf Ertheilung des Lösungsconsenses belangt. O. IV. 70.

Gerinne, das. Der Erwerb des Rechts zu dessen Erhöhung ist von der Genehmigung der Polizeibehörde abhängig und bei deren Ermangelung der Rechtsweg darüber ausgeschlossen. O. IV. 53.

Geschoss s. Schoss.

Gesetzsammlung. Zu deren Haltung sind auch die als Spezial-Commissarien beschäftigten Assessoren und die Deconomie-Commissarien verpflichtet. M. VII. 356.

Gestüte, s. Disciplinar-Behörde.

1. Hauptgestüte, deren Zahl, Ort, Beamte. . VII. 29.

2. Landgestüte, deren Zahl, Ort, Beamte. . VII. 30.

Getreide-Renten, welche zwar nicht in Folge eines Regulirungs- oder Ablösungs-Recesses, aber doch in Folge anderweitiger rechtsgültiger Festsetzung oder eingetretener Verjährung nach dem jedesmaligen jährlichen Martini-Marktpreise eines bestimmten Orts in Gelde abgeführt werden müssen, unterliegen dem §. 28 des Abl.-Ges. vom 2. März 1850 und findet bei ihnen der §. 26 l. c. bestimmte Abzug von 5 Prozent nicht Statt. . . . R. VI. 93 fg.

Gewerbe-Abgaben, s. Westphalen (Königreich). 1.

1. Der §. 4 der Declar. v. 19. Februar 1832 ist nur auf die vor Publikation des Edicts vom 2. November 1810 entstandenen anwendbar. O II. 453.

2. Als Merkmal einer unentgeltlich aufgehobenen genügt nicht der Nachweis, daß sie sich auf den Gewerbebetrieb bezieht, sondern sie muß die Berechtigung zu demselben treffen, besteuern. O. II. 454.

3. Der §. 3 der Allg.-Gewerb.-Ordn. v. 17. Januar 1845 bezieht sich nur auf solche Abgaben, welche bei deren Verkündung noch rechtlich bestanden. . R. III. 341.

Gewerbe-Berechtigungen. Das für deren Ablösbarkeit nach den Ges. vom 7. Septbr. 1811 und 11. Juli 1822 erforderliche Requisit der Ausschließlichkeit kann auch bei einer

Mehrheit von Personen vorhanden sein, und gelten diese Gesetze auch für Ost- und West-Preußen, sowie Litthauen.
O. I. 486.

Gewerbebetrieb, s. Brennholzgerechtfame. 4.

Gewerbe-Concession, deren Begriff. . . . R. V. 191.

Gewerbezeins.

1. Dessen Aufhebung in den Immediatstädten des Großherzogthums Posen seit der Einführung des Edicts v. 2. November 1810 mit dem 1. März 1817. . . . O. I. 485.

2. Umfang der Beweispflicht des Belasteten für dessen gewerbliche Natur. , O. I. 485.

Gewinngeld, s. Minden-Ravensberg. 3. 4. Weinkauf.

Grabenräumung, s. Rechtsweg.

Grenzregulirung. Auf Wiederherstellung verdunkelter Grenzen kann zwar nur der Eigenthümer oder vollständige Bestzer antragen; den Beweis seines Eigenthums oder vollständigen Besitzes aber in dem Grenzregulirungs-Verzesse führen. O. IV. 342.

Grenzstreitigkeiten, s. Kompetenz. 7.

Grundgerechtigkeiten, s. Erbpächter 3. 4. Forstberechtigungen. Hypotheken. Kirchengrundstücke. Magdeburg (Herzogth.) 1. 3. 4. Verjährung. 13. 18. 19. Pfarre 1. Summa appellabilis.

1. Ueber deren Begriff und Umfang. R. I. 29. II. 330.

2. Ueber deren] Abtrennbarkeit, Uebertragbarkeit und Theilbarkeit. P I. 132 fg. III. 141 fg. IV. 273.
O. V. 22. fg. 30 fg. VI. 455.

3. Der §. 142 der Gem.-Theil.-Ordn. v. 7. Juni 1821 bezieht sich auf andere, als die im §. 2 l. c. genannten, und über deren Aufhebung. R. II. 201 fg.

4. auf Bau- Brenn- und Saunholz, sind selbstständige Befugnisse und werden nur durch Erfüllung einer ausdrücklichen Gegenleistung gegen Erstinctiv-Verjährung geschützt. O. III. 45.

5. Zu deren Wesen gehört nicht die unentgeltliche Ausübung derselben. R. III. 193.

6. Deren Unterschied von Reallasten.

R. III. 246. O. III. 262.

7. Ueber deren stillschweigende Constituirung bei be-

- nachbarten Grundstücken, wenn solche in Einer Hand besessen wurden. O. IV. 332.
8. Der §. 15. I. 22. A. L. R. bezieht sich nur auf solche Anlagen, welche der Berechtigte gemacht hat.
O. V. 450.
9. Die Uebertragung der nach der G. = Th. = D. ablösbaren ohne Zustimmung des Belasteten ist dann zulässig, wenn dadurch die Belastung des verpflichteten Grundstücks nicht vergrößert wird. . . R. VI. 453 fg.
10. Unter nothwendigen Servituten, welche keines ausdrücklichen Vorbehalts in den Auseinandersetzungs = Rezesen bedürfen, sind nur die auf dem im §§. 3 fg. I. 22. A. L. R. vorgezeichneten Wege erworbenen zu verstehen.
O. VI. 463.
11. Die Theilung der dienenden Sache theilt die Servitut nicht; es kann der Berechtigte vielmehr sich auch nach der Theilung an jeden Theil für das Ganze halten, wenn nicht ein Theil der Sache als eigentlich dienend sich darstellt. O. VI. 464.
12. Dieselben erlöschen durch Konfusion ipso jure schon bei der Vereinigung der berechtigten und verpflichteten Sache in Einer Hand aus einem unwiderrieflichen Rechtsgrunde und treten bei einer späteren Trennung nur dann wieder in Wirkung, wenn sie eingetragen waren und nicht gelöscht sind oder die zu deren Ausübung erforderliche Anlage noch besteht.
R. VII. 224 fg. O. 371.
13. Ueber die Begründung des Anspruches auf Bestellung einer nothwendigen Servitut. . . O. VII. 371.
14. Zur Errichtung einer Servitut genügt die bloße Willenserklärung in schriftlicher Form und bedarf es einer Quasi = Tradition außerdem nicht. O. VII. 372.
15. Auch discontinuirliche werden nach Gemeinem Rechte durch zehnjährige Ersitzung erworben.
O. VII. 372.
- Grundsteuerbefreiung. Mitwirkung der Auseinandersetzungsbehörden bei Ausführung des Gef. v. 24. Februar 1850. M. III. 157.
- Grundsteuer. Der Steuer = Fiskus ist nicht befugt, wegen der auf einem realberechtigten Grundstücke haftenden Grund =

steuer, selbst wenn die Realberechtigungen, wie in Schlessen, zur Grundsteuer catastrirt sind, die Deposition der für die Ablösung dieser Berechtigungen zu zahlenden Abfindungs-Capitalien oder zustehenden Rentenbriefe ganz oder zum Theil zu verlangen. R. VII. 407 fg.

Grundsteuer = Vergütung. Im vormaligen Königreich Westphalen ist ein Anspruch darauf nicht daraus herzuleiten, daß der Erbverpächter eines Lehnstücks die auf dem Lehngute haftenden Lehnspfandgelder allein zu tragen sich verpflichtet hat. O. IV. 68

Grundzins.

1. Der in dem Verkauf bedungene, hat ohne Eintragung in das Hypothekenbuch nicht ohne Weiteres die Natur eines dinglichen Rechts. O. V. 452. VII. 373.

2. Auch der durch Verjährung erworbene wird dadurch noch nicht dinglicher Natur. O. V. 452.

Gütergemeinschaft, s. Minden= Ravensberg. 7. Münster. 8. Waderborn (Fürstenthum). 3.

Ein laßtlicher Hof wird nach eingetretenem Eigenthumsübergange durch Regulirung Gegenstand derselben.

R. O. II. 278. 287.

Gutsherrliches und bäuerliches Verhältniß.

1. Suspension der über dasselbe entstandenen Prozesse in den wieder erworbenen und neuen Provinzen durch die Cab.=D. v. 5. Mai 1815, deren Ausdehnung und Wirkung.

O. III. 54.

2. Ueber dessen Begriff. R. IV. 50 fg. 55. 182 fg.

V. 174 fg. O. VI. 167 fg.

3. Dasselbe wird durch die bei Besitzveränderungen oder sonst erfolgte Veränderung des Umfangs der Stelle oder der auf dieselbe gelegten Verpflichtungen ohne Weiteres nicht aufgehoben.

R. IV. 382 fg. 395. V. 165 fg. 180.

4. Ueber dessen Begründung und Fortsetzung. R. V. 175 fg.

5. Bei Pfarr- und Kirchen=Grundstücken streitet die Vermuthung gegen das Bestehen eines solchen.

R. V. 238.

6. Haupt=Merkmale desselben sind in Sachsen die Lehn=(Laudemial=) und Zins=Pflicht. R. V. 292.

7. Dasselbe kann nur aus den vorliegenden Thatfachen und

wechselseitigen Beziehungen der Interessenten entwickelt und gefolgert werden und müssen hierbei die besonderen Bestimmungen des §. 74. des Abl.-Ges. v. 2. März 1850 zur Richtschnur dienen; das Vorhandensein der im ersten Absatz l. c. bestimmten Merkmale genügt jedoch zum Nachweise desselben. . . R. O. VI. 167 fg.
 Gymnasien, s. Ablösbarkeit der Reallasten. 1.

S.

- Sagelversicherungs-Gesellschaft, s. Union. Die Cölnische, deren Concessionirung. VII. 46.
- Hansmann, (Oekonom.-Commiss.-Rath.) Ueber die Theilung der Ackerhölder in der Mark Brandenburg (Aufsatz) II. 23.
- Haubergsordnung, die, Großherzoglich Hessische v. 6. Januar 1810 für das Amt Olpe, Rechtsverhältnisse und Kompetenz der Auseinanderjegungs-Behörde. R. II. 221 fg.
- Hausleute, s. Niederlauffh. 2.
- Heidelbeeren. Das Recht, solche zu sammeln, ist bei einer Gemeinheitstheilung aufhebbar. R. II. 204.
- Heidemiether. Deren Begriff nach den Provinzial-Forstordnungen. O. V. 479.
- Heimfallrecht, s. Berg (Großherzogthum). 1. Dasselbe ist unentgeltlich aufgehoben. R. III. 308 fg.
- Herkommen.
1. Ueber dessen Begriff im Betreff der Wiederbesetzung ländlicher Stellen. . . R. M. IV. 49. 60. V. 182 fg.
 2. Dasselbe erfordert kein erzwingbares Gewohnheitsrecht. R. IV. 57. 394. V. 182 fg. R. O. VI. 144 fg.
 3. Es muß jedoch für jede regulirungsfähige Stelle besonders erwiesen werden. R. O. V. 183. VI. 144 fg.
- Hessensche (= Cardinal=) Sporteltaxe, die, vom 13. Februar 1780 gilt nur für den oberen Kreis, das Hofrichteramt auf dem Dome zu Breslau O. II. 447.
- Hessische (Großherzoglich=) Gemeinheitsheilungs-Ordnung, die,
1. vom 9. Juli 1808, über deren Gültigkeit als Provinzialgesetz im Herzogthum Westphalen. R. I. 65. II. 332.
 2. Wirkung der Edictalladung und Präclusion nach derselben. R. II. 335.

Hindernisse. Was unter „gesetzlichen Hindernissen des Zuschlags“ bei einer Subhastation zu verstehen. O. V. 462. Hirte, f. Gemeinde. 1. 4. 5.

Hobß- und Behandigungs-Güter, f. Werden. 1. Laudemien und andere Abgaben von Behandigungsgütern im Herzogthume Cleve und der Grafschaft Mark, welche innerhalb der Fristen des Hypoth.-Patents v. 22. Mai 1815 und der Verordn. v. 23. December 1816 von den Hobßherrschaften zur Eintragung in die Hypothekenbücher nicht angemeldet worden sind, können von denjenigen Besitzern nicht mehr gefordert werden, an welche seitdem jene Güter, wenn auch ohne hobßherrliche Bewilligung, von den Behändigten veräußert worden sind. Ingleichen über die Natur dieser Güter und das Rechtsverhältniß des Hobßherrn der Behändigten und Hofesinhaber R. O. VII. 422 fg.

Hörter (Kreis). f. Paderborn. (Kreis). 1.

Hofesannehmer, f. Wahlrecht, Verordnung.

1. Die Verbindlichkeit, die Tüchtigkeit eines nicht laffischen Hofesannehmers nachzuweisen und denselben dem Amte zur Genehmigung zu präsentiren, ist durch §. 1. des Ges. v. 9. Octbr. 1807 und §. 1 Alinea 3 des Cultur-Edicts vom 14. Septbr. 1811 aufgehoben. R. I. 169.

2. Derselbe kann von dem Wirth für den Todesfall gültig durch mündliche Verordnung bestimmt werden. R. II. 256.

Holz. Die Befugniß zur Provocation auf Ablösung des Rechts auf wildbaufwachsendes Holz in fremden Grundstücken folgt nicht aus §. 128, sondern aus den §§. 4—19 der Gem.-Theil.-Ordn. v. 7. Juni 1821. R. II. 196.

Holzart, die. Ueber deren Begriff. O. III. 183 fg.

Holzdiebstahlsstrafen. Ueber deren Vollstreckung und Einziehung. M. VII. 73 fg.

Holzgeld, das. Unter dem „gewöhnlichen Holzgelde“ der Colonisten für Raff- Lager- und Leseholz ist das zur Zeit der ursprünglichen Verleihung gewöhnliche zu verstehen. O. I. 483 fg.

Holzgerechtigkeit, f. Abfindung. 3. Bauholzgerechtsame. Brennholzgerechtsame. Gemeinde. 2. 3.

1 Der Berechtigte muß sich im Interesse der Forstkultur eine Einschränkung derselben gefallen lassen.

O. I. 483 fg.

2. Die urkundlich gegen eine bestimmte Geldabgabe verliehene, ist für keine bloße Pacht oder Weidemieße zu erachten. O. III. 188.
3. Bei deren Ablösung muß sich der Berechtigte die zur Zeit der Verleihung seines Rechts bestandenen Nutzungsbrechte dritter Personen anrechnen lassen. R. III. 209.
4. Bei deren Abschätzung wird nicht ein mittelmäßiger Holzbestand vorausgesetzt, sondern der gegenwärtige angenommen. R. III. 223.
5. Der Berechtigte muß sich bei deren Ablösung die eigenen Holzmittel anrechnen lassen. R. O. III. 225.
6. Dieselbe erstreckt sich ohne Weiteres nicht auf gewerbliche Zwecke oder dem ähnliche Anlagen des berechtigten Guts. O. III. 226.
7. Wenn für dieselbe Landabfindung gefordert oder gegeben werden kann. R. III. 288 fg. VI. 439 fg.

Holztaxe, die, „billige“ gegen welche den Berechtigten das Holz zu überlassen, ist dem Principe nach festzusetzen. O. II. 451 fg.

Hülfsbaudienste. Der Anspruch auf solche bei einer Regulirung geht durch die allgemeine Verzichtleistung auf Dienste nicht verloren; ist aber nach dem Abl.=Ges. vom 2. März 1850 nicht mehr zulässig. . . . R. IV. 84 fg.

Hütungsgerechtigkeiten, die.

1. sind an das berechtigte Gut nicht gebunden, sondern können von demselben getrennt und an ein anderes Grundstück oder eine andere Person übertragen werden. (?) P. I. 132 fg.
2. auf eine bestimmte Stückzahl, erhalten auch bei einer Unzulänglichkeit der Weidemasse vor dem Eigenthümer volle Abfindung. R. O. I. 188 fg. 484. Das Gegentheil. P. III. 419 fg.
3. Es ist keine neue, sondern nur eine Erweiterung der ursprünglichen Weidegerechtigkeit, wenn der Berechtigte Vieh anderer, als der bei Constituirung der Servitut bestimmten Art aufgetrieben hat, und ist daher für die Verjährung der §. 660. I. 9. A.L.R. maßgebend. O. I. 483.
4. Sie können durch den Dorfshirten für die Gemeinde mittelst der Verjährung erworben werden. O. II. 443.

5. Unstatthaftigkeit der Parzellirung derselben dergestalt, daß sie auf einem Theile des Hütungs-Reviere an einen Andern überlassen werden. O. II. 450.
6. Deren Erwerb durch Verjährung gegen die Bestimmungen der Forstordnungen ist zulässig.
R. O. III. 207.
7. Bei Theilung der Viehweiden muß der Eigenthümer auch in dem Falle, wenn dem Servitutberechtigten eine bestimmte Viehzahl auf Grund der Verjährung zusteht, diesem nachstehen und für volle Weide Abfindung gewähren. O. VI. 463.
8. Dieselben gehen bei Parzellirungen selbst in dem Falle auf die abgezweigten Trennstücke über, wenn dieselben in dem Vereinigungsvertrage nicht ausdrücklich mit abgetreten waren, vorausgesetzt jedoch, daß dieselben an sich Durchwinterungs-Mittel gewähren.
R VII. 104 fg.

Hypothekenbuch. Instruction über die den Auseinander-
setzungs-Behörden bei dessen Berichtigung zustehenden Ob-
liegenheiten. M. VI. 339 fg.

Hypothekenforderungen, stehen den nicht eingetragenen
älteren Reallasten nach, wenn diese dem Hypothekar bei
der Eintragung seiner Forderung bekannt waren.
O. IV. 338.

Hypothekengläubiger, der, welchem mehrere Grundstücke
conjunctiv verpfändet sind, kann wegen eines einzelnen
Grundstücks auf seine Hypothek verzichten und sich dennoch
wegen seiner ganzen Forderung an die übrigen verpfän-
deten Grundstücke halten. O. VI. 466 fg.

Hypotheken-Patent, s. Laßgüter. Präklusion 2. 3. Ver-
jährung. 12.

Hypothekenrechte, und insbesondere auch Servituten, er-
löschen nach Französischem Rechte durch Konfusion
und leben nach späterer Veräußerung des Grundstücks an
einen Dritten nicht wieder auf. Die §. 52. des Anh. und
§. 54 I. 22. N. L. R. finden auf die unter der Herrschaft
des Code abgewickelten Rechtsgeschäfte keine Anwendung.
O. VII. 372.

J.

Jagdabgaben,

1. sind unentgeltlich aufgehoben.

R. III. 291. O. VII. 365.

2. Es ist in Rücksicht hierauf unerheblich, ob die Jagddienste früher vertragsmäßig in eine Natural=Abgabe verwandelt worden sind. O. VII. 364.

3. Dieselben erlöschen durch Konfusion, wenn der Berechtigte das belastete Grundstück erwirbt, und sind bei dessen Weiterveräußerung mit diesen Abgaben, als ein Theil des Kaufgeldes anzusehen. O. VII. 366.

Jagdbezirke.

1. Deren Regulirung bei Besitzthümern unter 300 Morgen.

M. III. 37.

2. Deren Regulirung bei Benugung der Jagd auf öffentlichen Strömen. M. III. 38.

Jagddienste, s. Jagdabgaben.

Jagd pach tverträge einer Gemeinde ist der Landrath als Oberaufsichtsbehörde aufzuheben und für ungültig zu erklären befugt. M. V. 329. VI. 164.

Jagdrecht. (Jagdgerichtigkeit).

1. Der Erbverpächter eines solchen auf fremdem Grund und Boden, kann seit Aufhebung desselben durch das Gesetz v. 31. Oktober 1848 den Erbpachts=Kanon nicht ferner beanspruchen, wengleich der Erbpächter durch jenes Gesetz das Jagdrecht erlangt hat. O. IV. 341.
2. Der Käufer desselben wird, falls die Uebergabe erfolgt ist, von der Verbindlichkeit zur Entrichtung des Kaufpreises dadurch nicht befreit, daß dem Verkäufer die Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtung, die Verrihtigung des Besitztittels für den Käufer zu erwirken, in Folge des Ges. v. 31. Oktbr. 1848 unmöglich geworden ist. O. V. 455.
3. Das von dem Erbverpächter in dem Erbpachtvertrage vorbehaltene Jagdrecht ist durch §. 2 Nr. 2. des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 auf den Erbpächter übergegangen und gehört nicht zu den im §. 5 l. c. vorbehaltenen Nuzungen. O. V. 462.
4. Die Aufhebung desselben auf fremdem Grund und Boden

erstreckt sich auch auf die im Eigenthum des Staats befindlichen Gewässer und gilt ohne Rücksicht auf die Entstehungsart des Jagdrechts. . . . O. VII. 373.

Jagdscheine.

1. Deren unentgeltliche Ertheilung für Forstschutzbeamte. M. III. 37.
2. Deren Gültigkeit auf ein Jahr beginnt mit dem Tage der Lösung. M III 38.
3. Dieselben dürfen von dem Jagdpächter nicht gegen Entgelt ertheilt werden. M. VI. 283.
4. Sie können vor Ablauf des Jahres bei Nichterfüllung der gesetzlichen Bedingungen von den Verwaltungsbehörden zurückgenommen werden. . . . M. VII. 153.

Jagdtheilungskosten, sind von den Theilnahmeberechtigten zu tragen und von der Commission einzuziehen. M. III. 156.

Interesse, das, gemeinsame, über dessen Begriff und die verbindliche Kraft der Beschlüsse der Mehrheit der Theilnehmer derselben. R. II. 153.

Interimswirth, der, eines bäuerlichen, auch lassitischen, Grundstücks ist nur Nießbraucher und ohne den Eigenthümer Prozesse über dasselbe zu führen nicht befugt. O. VII. 373.

Inventarium, s. Besitzveränderungs=Abgaben. 17. Die gesetzliche Vermuthung spricht für die Laudemialfreiheit desselben. R. VII. 399 fg.

Juden,

1. sind zur Annahme lassitischer Stellen wählbar.

R. O. II. 386.

2. sind von der Entrichtung der Schlesiſchen Zehnten nicht frei. O. II. 452.

Judicat, s. Erkenntniß.

R.

Käufer, der, welcher ein Grundstück von dem eingetragenen Besitzer, jedoch nicht wahren Eigenthümer desselben erkaufte und noch nicht übergeben erhalten hat, kann gegen den im Besitze dieses Grundstücks befindlichen wahren, aber nicht eingetragenen Eigenthümer desselben kein Recht auf die

- Sache geltend machen, selbst wenn der Besitztitel auch für ihn eingetragen ist. O. VII. 375.
- Kalende, s. Ostpreußen. 1. 2.
- Kalkulatur. Ueber die Annahme und Remuneration von Hülfssarbeitern für die sogenannte technische Kalkulatur der Auseinandersetzungs-Behörden. M. VI. 165.
- Kammerverhandlungen. In wie weit auf deren Inhalt bei Auslegung der Gesetze Rücksicht zu nehmen. R. IV. 57.
- Kanzlei=Taxe.
1. Bei der großen, in Schlesien, ist von deren Betrage der Werth des mitverkauften Inventariums nicht abzusehen. O. III. 42.
 2. Deren Herabsetzung auf 3 pro mille in dem Edicte vom 13. Juni 1744 ist für die Mediatregierungen nicht gültig. O. III. 43.
 3. Das durch die Dels=Bernstädtische Landeseinrichtung von 9. August 1725 bestätigte s. g. Abkommen v. 1. August 1692 hat Gesetzeskraft für die bei der großen Kanzlei=Taxe beteiligten Güter und Personen. O. IV. 65. 331.
 4. Die im Herzogthum Schlesien hergebrachte große Kanzlei=Taxe zu 10 Prozent bei Veräußerungen adeliger Güter hat Sportel=Qualität und ist unentgeltlich aufgehoben, selbst mit rückwirkender Kraft.
O. IV. 331. 332. 475 fg.
 5. Materialien zur Beurtheilung der Frage, ob und in wie weit die große Kanzlei=Taxe in Schlesien noch besteht, oder durch das Abl.=Ges. vom 2. März 1850 aufgehoben worden. P. IV. 437 fg.
- Kapitalien, welche auf ein Grundstück radicirt und Seitens des Schuldners unkündbar sind, können für ablösbare Realkasten nicht erachtet werden, unterliegen vielmehr nur einer Kündigung nach §. 92 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850. R. VII. 274 fg.
- Kartenkasten, größere, welche die Postwagen nicht fassen können, ist die Post zu befördern nicht schuldig; auch Anweisung über deren anderweitige Beförderung. M. VII. 32.
- Katecheten, das ist Kinderlehrer in den ehemals Königl. Sächsischen Landestheilen R. II. 191.
- Kathenstellen, s. Neuvorpommern und Rügen. 6. 7.
- Kauf. Wenn mehrere Gegenstände für einen ungetheil-

theilten Kaufpreis verkauft sind und der Hauptgegenstand nicht gewährt wird, so findet gegen den Käufer auch wegen der übrigen verkauften Gegenstände die Klage auf Erfüllung nicht Statt. . . . O. V. 452.

Kaufbriefe.

1. Nur die zwischen dem Gutsherrn und einem Rusticalstellenbesitzer gerichtlich abgeschlossenen, sind für die Pflichten der Stellenbesitzer gegen den Gutsherrn maßgebend, nicht aber die zwischen den Stellenbesitzern unter einander geschlossenen Kaufverträge. O. I. 479.
2. Der §. 305 II. 7. A.L.R. begründet an sich noch nicht die Dinglichkeit der in dem Urkauf von dem ersten Erwerber übernommenen Pflichten. . . . O. VII. 373.

Kaufgelbervertheilung. Diejenigen, von welchen in dem vor der Einleitung der Sequestration liegenden Zeitabschnitte des Wirthschaftsjahres Arbeiten zur Erhaltung des nutzbaren Zustandes eines Guts geleistet sind, haben bei der Kaufgelbervertheilung kein Vorzugsrecht vor den Hypothekengläubigern. O. V. 459.

Kaufwerth, s. Reinertrag. 2.

1. der gemeine einer Stelle, nach den §§. 63 und 85 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 kann nie unter Null festgestellt werden und die Schiedsrichter verlegen durch die Annahme eines negativen Kaufwerths einen Rechtsgrundsatz. R. VI. 111 fg.
2. Auch wenn eine Mühle gar keinen gemeinen Kaufwerth haben sollte, so kann dennoch zur Erhaltung ihrer Prästationsfähigkeit nie mehr als ein Drittel des Werths der ablösbaren Reallasten zurückgeschlagen werden. R. VI. 119 fg.

Kienholzberechtigung.

1. Der zu Leuchteken Berechtigte ist nicht verpflichtet das eigene Feuerungs=Material sich anrechnen zu lassen. O. VI. 464.
2. Auch Einmieter zu Raff= und Leseholz können das Recht auf Leuchteken durch Verjährung erwerben. O. VI. 464.

Kiez. Das Recht, solchen zu graben, ist bei Gelegenheit einer Gemeintheilung ablösbar. R. II. 201 fg.

Kirche, s. gutsherrliches und bäuerliches Verhältniß. 5.

Kirchliche Gemeindeverhältnisse, s. Observanz. 1.

Kirchenabgaben, s. Ablösbarkeit. 1—3.

Kirchenbaulast, s. Brandenburg. 1. Niederlauffg. 5. Pommern. 3. Rietberg. Warschau. Westphalen. (Herzogthum). 2.

Die Vorschriften des A. L. R. über die Aufbringung der Kosten zum Bau und zur Unterhaltung der Kirchengebäude kommen auch in den Provinzen zur Anwendung, in welchen bis zur Einführung des A. L. R. nur die Vorschriften des gemeinen Kanonischen Rechts befolgt sind. . O. VI. 466.

Kirchengemeinde, s. Eingepfarrte.

Kirchengrundstücke. Nach Märkischem Provinzialrecht können gegen dieselben Servituten durch Verjährung nicht erworben werden. O. III. 46.

Klageanmeldung, deren Erfordernisse behufs Unterbrechung der Verjährung. O. III. 61.

Klaubholz, das, umfaßt in Schlesien nicht den Windbruch, O. III. 45.

Klebs, (Präsident) üben den Zustand der Städte im Großherzogthum Posen und den Einfluß der Agrargesetzgebung auf dieselben. P. III. 95 fg.

Kohlenlager, neu aufgedeckte, auch in den ehemals Königl. Sächsischen Landestheilen, sind bei der Feldmarkseparation nicht zu berücksichtigen, jedoch bleiben dem Dritten zur Kohलगewinnung Berechtigten seine Rechte gegen den neuen Planbestzer und dieser kann nur den alten Bestzer wegen Entschädigung in Anspruch nehmen.

R. III. 86 fg.

Kollision. Auch bei Kollisionen zwischen persönlich stipulirten Reallasten und Eigenthumsansprüchen an ein und dasselbe Grundstück entscheidet Besitz und guter Glaube.

O. III. 47.

Kolonen, s. Münster.

1. Abgefundene Kinder resp. Descendenten eigenbehöriger Kolonen sind beim Gewinne des Kolonats ohne Vorbehalt als Regredienterben, nicht als Bestzer ex nova gratia anzusehen. O. III. 53.

2. Sie können durch Verjährung gegen den Gutsherrn Rechte auf Bau- und Schirrhholz erwerben, solche folgen aber nicht ohne Weiteres aus dem Kolonatsverhältnisse. O. III. 230.

3. Successionsrecht unehelicher Abkömmlinge einer Erbtöchter des Kolonen seit Erlass des Ges. v. 21. April 1825.

O. IV. 69.

4. Diejenigen, welche ein vertragsmäßiges Anerbenrecht bestellt haben, können weder unter Lebendigen, noch von Todeswegen über das Kolonat verfügen. O. V. 456.

Kolonistenstellen, in Pommern s. Meliorationshöfe.

Kommunallasten, s. Verjährung. 15.

1. Die Verpflichtung Schlesiſcher Gutsherrschaften zu deren Tragung von eingezogenen Stellen ist nicht auf wüste und erbliche Stellen beschränkt. O. III. 64.
2. Sie erleiden in der Regel durch eine Gemeintheilung keine Abänderung; eine solche kann jedoch unter Umständen von den Verwaltungsbehörden bewirkt werden. R. IV. 188 fg.
3. Die Zulässigkeit eines Prozesses wegen Gemeindelasten wird nach den Grundsätzen der §§. 75 und 79 II. 14. A. L. R. beurtheilt. O. VI. 468.
4. Wenn ein Gemeindevorstand beansprucht, in einer andern Klasse zu den Gemeindelasten herangezogen zu werden, als in welcher es angeſetzt ist, so findet deshalb gegen die Gemeinde der Rechtsweg nicht Statt.

O. VI. 468.

Kommunikationswege, s. Brandenburg. 5.

1. Verpflichtung laſſitischer Wirthes im Großherzogthum Posen zu deren Unterhaltung nach ausgeführter Regulirung. R. II. 3 fg.
2. Deren Unterhaltung liegt im Herzogthum Magdeburg den Eingefessenen des Orts und der Feldmark, wo der Weg läuft, im Mangel einer andern Observanz ob.

O. IV. 69.

2. Nach Schlesiſchem Auenrechte gehören dieselben nebst Böschungen der Gutsherrschaft, wenn sie nicht Staatsstraßen sind. O. VII. 379.

Kompensation. Wenn der Einwand der Kompensation in zweiter Instanz deshalb verworfen wird, weil der erste Richter darüber nicht erkannt hat, so ist dies zwar unrichtig, es liegt aber darin nur die Verletzung einer Prozeßvorschrift, nicht die eines Rechtsgrundsatzes.

O. IV. 337.

Kompensationsbefugniß, die,

1. des Dienst- und Zehntberechtigten mit unmittelbaren Gegenleistungen nach der Abl.=D. vom 7. Juni 1821.

R. I. 7 fg.

2. Dieselbe findet nur Statt bei unmittelbarer faktischer und rechtlicher Beziehung der Leistungen und Gegenleistungen zu einander. R. I. 34. 36.

3. der gegenseitigen Berechtigungen und Verpflichtungen zwischen der Gutsherrschaft und den lassaftischen Wirthen nach §. 84 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 erstreckt sich nicht auf solche Berechtigungen, welche den Wirthen nicht auf ursprünglich gutsherrlichen, sondern auf Grundstücken eines Dritten zustanden.

R. V. 202 fg.

4. dagegen erstreckt sich dieselbe (§. 84 l. c.) auch auf Holz-, Streu- und Weidrechte der Wirthe in den gutsherrlichen Forsten, jedoch sind dieselben auch hier die Freilassung des dritten Theils des Reinertrages ihrer Stellen zu verlangen befugt. R. VII. 140 fg.

Kompetenz, s. Rezesse. 8. Ueberhaupt s. Bb. VII. 437 fg.

1. der Auseinandersetzungs=Behörden zu Nebengeschäften. R. II. 365. P. VII. 437 fg.

2. der richterlichen Behörden über Steuervertheilung bei Parzellirungen. R. II. 395 fg.

3. der Auseinandersetzungs=Behörden zur Regulirung der Realabgaben bei Dismembrationen.

R. II. 413. 421.

4. derselben bei Streitigkeiten über rückständige Real-lasten, selbst vor Anbringung der Provokation entstandener. K. V. 6 fg. VI. 474. VII. 91 fg. 448 fg. 456.

5. desgleichen in Ermiffionsprozessen gegen regulirungsfähige Wirthe nach angebrachter Provokation auf Regulirung. M. V. 105.

6. desgleichen im Ablösungs=Verfahren über die gewerbliche Natur einer Abgabe zu entscheiden.

R. VI. 207 fg.

7. desgleichen zur Entscheidung über Grenzstreitigkeiten zwischen benachbarten Grundstücken einer in der Gemeintheitstheilung begriffenen Feldmark. . K. VI. 473.

8. der ordentlichen Gerichte über die Wirkungen der

Präklusion von Entschädigungs-Ansprüchen bei Bewässerungs-Anlagen. K. VI. 474.

9. der Auseinandersetzungs=Behörden zur Aussonderung der Antheile früher nicht zugezogener Interessenten an einer gemeinschaftlichen Sache und zur Entscheidung der dabei entstandenen Streitigkeiten auch nach bewirkter Auseinandersetzung und Rezeß-Bestätigung. . . K. VI. 474. VII. 363 fg. 382.
10. der Auseinandersetzungs=Behörden in Regulierungs=Sachen dauert in ihrem ganzen Umfange bis zur Bestätigung des Rezeßes. K. VII. 358 fg. 382.
11. Gegen die durch das Einverständniß des Gerichts und der Auseinandersetzungs=Behörden festgestellte Kompetenz der einen oder der andern Behörde steht den Partheien kein Widerspruchsrecht zu. P. VII. 442 fg.
12. Durch die erfolgte Zurücknahme der Provokation wird die Kompetenz der Auseinandersetzungs=Behörde beendet.
R. VII 450.
13. Entschädigungs=Ansprüche für entzogene Nutzungen aus der Zeit vor angestellter Provokation sind vor dem ordentlichen Richter geltend zu machen. M. R. VII. 451.

Kompetenzkonflikt, der, findet in rechtskräftig entschiedenen Streitigkeiten nicht Statt.

K. VI. 473. O. VII. 441.

Konfusion, f. Grundgerechtigkeiten. 12. Hypothekenrechte. Jagdabgaben. 3.

Kopfststeuer, f. Vieh- und Kopfststeuer.

Kopialien, f. Geistliche Institute. 2.

Zu deren Erstattung an den Gegner ist die unterliegende Parthei auch in den bei den Auseinandersetzungs=Behörden geführten Prozessen verpflichtet. M. V. 319.

Kosten, die,

1. in Auseinandersetzungs=Sachen, mit Ausnahme der eigentlichen Prozeßkosten, verjähren innerhalb vier Jahren nach der Rezeßbestätigung. . M. V. 107.
2. der Eintragung in die Hypothekenbücher auf Grund der bestätigten Ablösungs=Rezeße sind von jedem Theil zur Hälfte zu tragen. M. V. 447.
3. in Auseinandersetzungs=Sachen bei erfolgter Subha=

- station des pflichtigen Grundstücks und deren Befriedigung. O. V. 463.
4. der Recurs=Instanz in Bagatell=Sachen werden nach den für die Richtigkeit=beschwerde bestehenden Vorschriften getragen. R. VI. 151 fg.
 5. für Ermittlung des gemeinen Kaufwerths eines Mühlengrundstücks nach §. 6 des Ges. v. 11. März 1850 sind nicht als Prozeß=, sondern als Regulirungs=kosten nach den für diese bestehenden Vorschriften aufzubringen. M. VI. 165.
 6. Instruktion wegen Einziehung resp. hypothekarischer Sicherstellung von Kostenresten in Auseinander=setzung=Sachen. M. VI. 287 fg.
 7. In allen an das Ober=Tribunal gelangenden Prozeß=Sachen ist von der Auseinander=setzung=Behörde eine Liquidation der in dritter Instanz entstandenen Kosten einzureichen. M. VII. 41
 8. Deren Einziehung in den durch das Ges. v. 13. Juni 1853 fixirten Prozeß= und Ablösungs=Sachen ist bis auf Weiteres einzustellen. M. VII. 45.
- Kosten=Niederschlagung, die,
1. in Prozeßen und Auseinander=setzung=Sachen, wegen unentgeltlich aufgehobener Rechte. M. III. 34.
 2. in Prozeßen, bei denen die Zurücknahme der Klage lediglich durch die Bestimmungen des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 nothwendig geworden. M. IV. 4 fg.
 3. Ermäßigung der Prozeßkosten auf ein Pausch=quantum. M. III. 154.
- Kredit=Institute.
1. Verfahren bei Anmeldung von Ansprüchen derselben auf Rentenbriefe, so wie wegen Deposition der letzteren. M. VI. 279 fg.
 2. Instruktion über deren Befugnisse und Pflichten wegen der ihnen überwiesenen Rentenbriefe. M. VI. 283 fg.
- Kreisvermittelungs=Behörde.
1. Nach Art. 68 der Kreis=, Bezirks= und Provinzial=Ordn. v. 11. März 1850 werden deren Functionen durch die von den Partheien zu wählenden und von der Auseinander=setzung=Behörde zu bestätigenden sachkundigen Kreis=Einigesessenen versehen. R. V. 100 fg.

2. nach deren Aufhebung durch das Gesetz v. 24. Mai 1853 sind jedoch die früheren Vorschriften wieder in Wirksamkeit getreten. M. VI. 335.

Krippen, f. Bauholz.

Krug (Schankstätte). Die Frage, ob ein Krug ein städtischer oder ein ländlicher ist, wird durch den Ort der verpflichteten Schankstätte, nicht der berechtigten Fabrikationsstätte entschieden. O. V. 456.

Krugverlagsrecht.

1. Die für die Aufhebung desselben vor Erlaß des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 stipulirten Geldrenten sind nach diesem Gesetze ablösbar und von der Rentenkasse zu übernehmen, nicht aber die nach Erlaß dieses Gesetzes dafür übernommenen. M. V. 321.
2. Die Bestimmungen des §. 4 sub Nr. 4 zu 1 und 3 a. der Allg.=Gew.=Ordn. v. 17. Januar 1845 beziehen sich nicht auf das §. 5 l. c. bezeichnete Recht. O. VII. 367.
3. Das Recht eine Schenke zu errichten und diese ohne Rücksicht auf eine bestimmte Fabrikationsstätte mit Getränken zu versehen, ist für ein Krugverlagsrecht nicht zu erachten. O. VII. 367.

Kultur=Bauerhof, f. Laßgüter. 5.

Kurmark, f. Brandenburg.

L.

Lagerholz, das,

1. begreift nach Schlesiischem Provinzial-Recht Windbruch nicht in sich. O. III. 45.
2. Nach Märkischem Provinzial-Recht gehört der Windbruch nur in sofern dazu, als die umgeworfenen Bäume sowohl zum Bauholz untauglich, als auch schon vorher abständig gewesen sind. R. III. 188 fg. O. IV. 65. 333.
3. In dessen Ermangelung haben in Westpreußen und dem Neuhavelland die Berechtigten keinen Anspruch auf stehendes Holz. . . . O. III. 196.

Landabfindung, f. Forstbechtigungen. 3.

1. kann für die Ablösung von Realkaften nur in Folge eines Vergleiches und auch nur dann eintreten, wenn der Umfang und die Grenzen derselben genau bestimmt worden sind. . . . R. VI. 212 fg.

2. Die im Auseinanderetzungs-Verfahren gegebene Landabfindung wird durch das Gesetz Zubehör des berechtigten Grundstücks und geht auf jeden neuen Besitzer desselben über. O. VII. 376.
- Landesbauschule, die, zu Potsdam, deren erweitertes Statut, Einrichtungs- und Betriebs-Plan. VII. 154 fg.
- Landeshauptmannsgefälle, die, in Schlesien, haben die Natur der Sporteln, nicht der Grundsteuer. O. II. 453.
- Landescultur-Gesetzgebung, die, des Preussischen Staates, von Lette und von Köhne. Deren Kritik von Forni. VII. 339 fg.
- Landes-Deconomie-Collegium, das, dessen Ressort-Verhältniß. VII. 7 fg.
- Landespolizeiliche Interesse, das. Dessen Wahrnehmung durch die Auseinanderetzungs-Behörden. R. I. 172. 331.
- Landstraßen, s. Magdeburg (Herzogthum). 2.
Aus dem A.L.R. ist ein privatrechtlicher, im Prozeß geltend zu machender Anspruch der Staats Einwohner auf Verpflichtung des Staats zum Landstraßenbau nicht herzuleiten. O. IV. 339.
- Landwirthschaftliche Lehranstalten, s. Disciplinar-Behörde.
1. Uebersicht der Studirenden im Sommer 1853. VI. 337 fg.
 2. Desgleichen im Winter-Semester von 18⁵³/₅₄. VII. 65.
 3. Deren Zahl, Ort und Mitglieder. . . . VII. 28 fg.
- Laßgerechtigkeit, die, an Grundstücken, in der Provinz Sachsen, ist nur in dem Falle als ein kündbares Pachtverhältniß anzusehen, wenn durch Pachtverträge die erfolgte Constituirung einer wirklichen Pacht nachgewiesen wird. R. V. 360. fg.
- Laßgüter,
1. sind in Magdeburg und Mannsfeld als Erbzinsgüter anzusehen, wenn nicht das Gegentheil durch Pachtcontracte nachgewiesen wird. O. II. 455.
 2. Deren Veräußerung ohne gutherrliche Bewilligung ist absolut nichtig. O. II. 455.
 3. Die Zurückgabe nicht regulirter Laßgüter an den Gutsherrn ist an keine bestimmte Form gebunden. R. II. 455. (vergl. jedoch die entgegengesetzte Ansicht des Ober-Tribunals sub 5.)

4. Die Rechte der Gutsherrn an „Laßgütern“ in der Provinz Sachsen sind durch die unterlassene Anmeldung zu den Hypotheken=Acten in Folge des Patents vom 16. Juni 1820 nicht präcludirt. R. V. 359.
 5. Zur Einziehung und Rückgabe von Laßgütern an den Gutsherrn bedarf es eines schriftlichen Vertrages; es ist daher die bloße gutherrliche Kündigung und Rückgabe des Hofes zur Aufhebung der Rechte des Hofesinhabers nicht ausreichend und zwar in Pommern selbst dann nicht, wenn der nicht auf kürzere Zeit, mithin präsumtiv lebenslänglich eingesetzte Wirth keine Regulirungs=Ansprüche haben sollte. O. VI. 407 fg.
- Laßfitten, s. Bauholzgerechtfame. 7. Verordnung.
- Auch gegen sie können Servitute durch Verjährung erworben werden. R. O. VI. 62 fg.
- Laßfittische Rechte,
1. welche erst nach Erlaß des Regul.=Ed. v. 14. Septbr. 1811 begründet worden sind, unterliegen dem Abl.=Ges. vom 2. März 1850 nicht und sind darüber entstehende Streitigkeiten den Gerichten zu überlassen. M. IV. 328.
 2. Dieselben haben die Natur eines objectiv=dinglichen Rechts. . . R. O. IV. 397. V. 205. VI. 396 fg.
- Lasten, die.
1. Ueber deren Begriff. R. I. 29.
 2. Ueber deren Dinglichkeit, s. Kaufbriefe 2.
- Laudemien, s. Besitzveränderungs=Abgaben.
- Legitimation. Die Bestimmungen des §. 109 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 und des Art. 15 des Ergänzungs=Ges. de eodem sind auch da in Anwendung zu bringen, wo noch kein Hypothekenbuch existirt. . . M. IV. 21.
- Lehm. Das Recht, Lehm zu graben, ist bei Gelegenheit einer Gemeintheilung aufhebbar. R. II. 201 fg.
- Lehngut. Die Verjährung der Forstgerechtfame auf Lehngüter gilt nur gegen den Lehnbesitzer, seine Descendenz, Erben und Singular=Successoren, nicht aber gegen die Agnaten. O. IV. 65.
- Lehnpfander, die, im vormaligen Königreich Westphalen sind keine Grundsteuern, sondern schlechthin auf dem Lehnverbande haftende Abgaben. . . O. IV. 68.
- Lehnretract, s. Retract.

Lehnwaare, die, f. Besitzveränderungs=Abgaben.

Gehört aus dem Grunde, weil sie erst nach gerichtlicher Zuschreibung des Grundstücks zu entrichten ist, nicht zu den nach §. 3 Nr. 5 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 unentgeltlich aufgehobenen Lasten. . . . R. V. 379 fg.

Lehranstalten, f. Ablösbarkeit. 1.

Leib- und Zeitgewinn=Güter, f. Berg (Großherzogthum) 3.

Leistungen. Ueber deren Begriff. R. I. 29. III. 292 fg.

Liquidationen, f. Kosten 7.

Schema zu Diäten- und Fuhrkosten=Liquidationen bei Dienstreisen der Staatsbeamten. . . . IV. 315.

Litisconsorten, f. Eid. 1. Appellation. 1. 2.

Litisconsortium.

1. Dessen Begriff bezüglich der Rechtsmittel. R. II. 248.

2. Es findet überall da, wo die subjektive Klage=kumulation für statthaft erachtet worden und namentlich bei den durch die Auseinandersetzungs=Behörden kumulirten Klagen der §. 14 a I. 14 A.=G.=D. Anwendung, so weit dieß mit der uneigentlichen Streitgenossenschaft verträglich ist. . . . O. VI. 469.

3. Dasselbe findet in Auseinandersetzungs=Sachen auch da Statt, wo jeder Litisconsorte ein selbstständiges Recht verfolgt. . . . O. VII. 377.

Litiscdenunciat, f. Rechtsmittel. 3.

Kann derselbe in dem Prozesse wegen des Regresses über die Festsetzungen des rechtskräftigen Erkenntnisses in der Hauptsache hinaus verurtheilt werden? O. V. 453.

Litiscdenunciation.

1. Die in den Tenor des Urteils im Hauptprozesse aufgenommenen Bestimmungen über die Wirkungen der Litiscdenunciation haben nicht die Kraft eines Urteils und findet dagegen ein Rechtsmittel nicht Statt.

O. V. 458.

2. Dieselbe unterbricht die Verjährung der von dem Litiscdenuncianten gegen den Litiscdenunciaten anzustellenden Regressklage. . . . O. VI. 467.

Loensches Hofrecht.

1. Nach demselben erwarb der Sohn mit dem Tode des Vaters das Recht der Nachfolge in den Hof, auf die angekauften Grundstücke aber nur gegen Zahlung

dessen, was ein anderes Kind für solche zahlen wollte.

O. VII. 381.

2. Die Loensche Hofesrolle ist kein Gesetz, sondern nur eine Beweisurkunde für das bestehende Hofesrecht.

O. VII. 381.

Löschung. Bei Befriedigung eingetragener Gläubiger durch Rentenbriefe muß die Löschung der prioritätlich eingetragenen Kapitalien kostenfrei erfolgen.

M. VII. 360 fg.

Löschung=Consens, s. Gerichtsstand.

Luxemburger Landrecht, das, vom 3. Juli 1709, dessen Einfluß auf die landwirthschaftlichen Verhältnisse des Kreises Witz, jetzt zu Malmedy gehörig. . . . P. II. 36 fg.

M.

Machtgeber, s. Genehmigung.

Magdeburg, (Herzogthum). s. Kommunikationswege 2. Laßgüter. 1. Schloß. 1.

1. Servituten werden nur in 40 Jahren durch Verjährung erworben, dies gilt jedoch nicht von Reallasten. O. II. 452. III. 263.

2. Verpflichtung der Unterthanen zur Unterhaltung der Land- und Heerstraßen auch während der Fremdherrschaft. O. III. 49.

3. Zur Erwerbng von Grundgerechtigkeiten gegen den Fiscus sind 44 Jahre erforderlich. O. IV. 332.

4. Zu der nach der Polizei=Ordnung vom 3. Januar 1688 für die Erstzung der Waldservituten erforderlichen patientia et scientia domini genügt der Nachweis, daß der Förster des Waldeigenthümers von der Besthandlung Kenntniß gehabt und solche nicht gehindert hat. O. V. 450.

5. Annahmegeld und Schutzgeld sind im zweifelhaften Falle für unentgeltlich aufgehoben zu erachten.

R. VII. 389 fg.

Mahlzwangrecht.

1. Die der berechtigten Mühle für dessen Aufhebung gewährte Staatsentschädigung bleibt den Realberechtigten der Mühle verhaftet. . . . O. II. 454.

2. Die für dessen Verleihung stipulirten Abgaben sind nicht unentgeltlich aufgehoben. . . R. III. 344.
 3. Dasselbe ist in der bloßen Gewerbeberechtigung nicht enthalten. R. III. 344.
 4. Wegen dessen Aufhebung findet ein Gewährleistungsanspruch gegen den Verkäufer nicht Statt.
R. III. 346.
 5. Begriff und Unterschied desselben von dem Exklusivrecht. R. III. 376.
 6. Dasselbe ist auch dann ein wirkliches, wenn es mehreren Mühlenbesitzern über die Eingefessenen eines bestimmten Orts oder Distrikts und den Verpflichteten die Wahl unter den berechtigten Mühlen zusteht. R. IV. 261.
 7. Die für dasselbe vor dem Erscheinen der Allg.=Gew.=Ordn. v. 17. Januar 1845 stipulirten Abgaben sind durch dieselbe nicht aufgehoben. . . O. VII. 368.
- Mandatariengebühren, können in Mühlenprozessen über die gewerbliche Natur der Mühlen=Abgaben nicht erstatet verlangt werden. M. VI. 15.
- Mannsfeld (Grafschaft), s. Laßgüter. 1.
- Mannsthaler. Identisch mit Auf- und Abzugsgeld (laudemium minus plenum). O. II. 332.
- Mark (Grafschaft), s. Hobbs- und Behandigungsgüter.
- Mark (die Provinz), s. Brandenburg.
- Marken, (wüste). Die Provokationsbefugniß auf Spezial-Separation wüster Marken ist durch die Verordnung vom 28. Juli 1838 nicht beschränkt. . M. R. II. 171 fg.
- Markenbeerbte. Denselben steht ein wahres Eigenthum, nicht eine bloße Servitut, an den Marken zu.
R. O. VI. 270 fg.
- Markenrichter (Markenherr). Ueber dessen Bedeutung und Obliegenheiten. R. VI. 204.
- Markgroschen (Kanzlei=Gebühr des Markgroschen), s. Zähl-gelder.
Ist eine unentgeltlich aufgehobene Spornel=Abgabe. R. I. 339 fg.
- Marktfuhrkosten, können von den Martini=Durchschnitts=Preisen nicht in Abrechnung gebracht werden. . R. I. 67.
- Martini=Durchschnitts=Preise. Deren Ermittlung und

Bekanntmachung erfolgt durch die General-Commissionen.

R. I. 75. M. IV. 308.

Massivbau. Durch den Massivbau eines ursprünglich in Fachwerk errichteten Gebäudes wird zwar die für das letztere bestehende Bauholzberechtigung ohne Weiteres nicht aufgehoben, es ist jedoch für deren Umfang die Bauart des berechtigten Gebäudes zur Zeit der Ablösung maassgebend. R. VII. 216 fg.

Mediatifirte. Das Ergänzungs-Ges. vom 2. März 1850 findet auch auf die den Mediatifirten durch Staatsverträge überwiesenen und garantirten Gerechtigkeiten Anwendung.

R. IV. 344 fg.

Meliorationshöfe, die,

1. in Pommern, sind für Zinsgüter zu erachten.

O. II. 455. V. 115 fg.

2. Deren Inhabern steht kein Anspruch zu, wenn ein früherer Besitzer den Hof an den Gutsherrn verkauft hat. O. III. 53.

Mennoniten, sind zum Erwerbe des Eigenthums ländlicher regulirungsfähiger Stellen im Wege der Regulirung nach dem Abl.=Ges. v. 2. März 1850 befugt.

R. IV. 399. M. VII. 89 fg.

Merkpfehl. Dessen Setzung ressortirt von der Landes-Polizei-Behörde. M. III. 159.

Meszkorn (Mischgetreide). Ueber dessen Qualität und Werthbestimmung nach der Ablös.=Ordn. vom 7. Juni 1821.

R. I. 67 fg.

Militair=Invaliden. Wegen Aufhören des Militair=Engagements bei erlangter Anstellung im Civildienste.

M. VII. 66.

Minden=Ravensberg (Fürstenthum und Grafschaft).

1. Vererbungsgrundsätze bei heimfallspflichtigen Kolonaten.

O. III. 54.

2. Die Gewohnheit, wonach der Brautschah des vor der Verheirathung verstorbenen Abfindlings bei der Stätte verblieb, ist bei den heimfallspflichtigen Kolonaten präsumtiv als Bedingung fortbestehend.

O. IV. 340.

3. Von früher eigenbehörigen Kolonaten ist nicht blos von aufheirathenden Ehegatten der Besitzer und von mahljährigern Besitzern, sondern von einem jeden

- neu antretenden Besitzer, mit Ausschluß des Unerben, also auch in Veräußerungs-Fällen Gewinngeld zu zahlen. R. VI. 380 fg.
4. Der Betrag des Gewinngeldes ist in der Regel unbestimmt und nach §. 43 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 zu ermitteln; nur bei mahljährigen Besitzern ist im Mangel einer besonderen Bestimmung die Hälfte des von dem eigentlichen Besitzer zu zahlenden vollen Gewinngeldes als Einheit anzunehmen. Der Betrag des Gewinngeldes ist daher in der Regel ein verschiedener und dessen Einheit nach §. 45 l. c. zu ermitteln. R. VI. 381 fg.
5. Auch nach aufgehobener Leibeigenschaft muß der volljährige eigenbehörige Besitzer die während seiner Besitzzeit fällig gewordenen Brautschätze abtragen, ohne sie vom Unerben erstattet verlangen zu können. O. VII. 379.
6. Der von dem Ehemann ohne Beziehung der mit ihm in Gütergemeinschaft lebenden Ehefrau abgeschlossene lästige Vertrag kann von der Frau deshalb nicht angefochten werden, weil er den Inbegriff des ganzen gemeinschaftlichen Vermögens betrifft. O. VII. 380.
- Ministerium, das, für landwirthschaftliche Angelegenheiten, dessen Ressort=Verhältniß. . . . VII. 3 fg.
- Mitbaurecht zur Hälfte, s. Schlesien. 2.
- Miteigenthum, kann durch Erziehung nicht erworben werden. O. VII. 375.
- Miterbe, der,
1. einzelne, ist zur Anfechtung eines Vertrages seines Erblassers und Forderung der Rückgabe des Vertragsgegenstandes zur Verlassenschaft legitimirt. O. III. 63.
 2. desgleichen auch befugt, vor getheilter Erbschaft zu derselben gehörige Sachen zur Erbschaftsmasse von einem Dritten zu vindiciren. O. VI. 466.
- Motive der Gesetzentwürfe. In wie weit bei der Auslegung der Gesetze auf dieselben zurückgegangen werden kann. R. IV. 57.
- Mühlen, s. Gerinne.
- Mühlen=Abgaben, s. Ablösungs=Maassstab. 4.

1. Ueber deren Fortentrichtung während des Prozesses. O. II. 454. III. 54.
2. Deren Anerkenntniß im Auseinanderseßungs-Verfahren und dessen Wirkung. . R. III. 83 fg.
3. Ein Streit über deren gewerbliche Natur zieht von Amtswegen die Ablösung aller auf dem Mühlengrundstück haftenden Reallasten nach sich. R. III. 177.
4. Der unentgeltliche Wegfall gewerblicher Mühlen-Abgaben kann aus dem Ges. v. 11. März 1850 nicht hergeleitet, auch überhaupt nicht mehr geltend gemacht werden, wenn darüber bereits rechtskräftig erkannt ist.
R. III. 313 fg.
5. Deren Bezeichnung, als Meßkorn, Mastgeld, Grundgeld entscheidet an sich über die Natur derselben nichts.
R. III. 315 fg. 358. 361. V. 396.
6. Deren hypothekarische Eintragung beweist an sich nichts für deren reale Natur. R. III. 322. 359. 390.
7. Deren Mißverhältniß zu dem Reinertrage der mit der Mühle verbundenen Realitäten beweist an sich weder für, noch gegen deren reale oder gewerbliche Natur.
R. III. 322. 359. 380. V. 350. 396.
8. Der Erwerb gewerblicher Mühlen-Abgaben durch Verjährung ist durch das Ed. v. 2. November 1810 beseitigt. R. III. 323. 356. 359.
9. Deren Anerkenntniß im Prozesse nach Erlaß des Edikts v. 2. November 1810 und der Allg.-Gew.-Ordn. vom 17. Januar 1845 und dessen Wirkung. R. III. 325.
10. Deren Umwandlung in eine Rente durch einen nach Erlaß der Gesetze ad 9 errichteten Meceß schließt den Einwand der gewerblichen Natur aus und dieser Meceß hat die Wirkung eines gerichtlichen Vergleiches oder rechtskräftigen Erkenntnisses. R. III. 327 fg.
11. Ein solcher Meceß bewirkt eine Novation, auch wenn die Bestätigung desselben schon vor Erlaß der ad 9 genannten Gesetze erfolgt war. . . . R. III. 334. 393.
12. Deren Bezeichnung als „Pacht“ „Mühlenpacht“ spricht nicht für die gewerbliche Natur derselben.
R. III. 335. 338. 358. 361.
13. Desgleichen die beigelegte Bestimmung „wie es die Mühle verdient.“ . . . R. III. 336. IV. 250.

14. Die Verwandlung derselben in einen Domainenzins enthält eine Novation. . . . R. III. 337.
15. In wie weit der §. 100 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 auf dieselben Anwendung findet. . . . R. III. 339.
16. Die für eingeräumte Mahlzangsberechtigungen resp. deren Erweiterung stipulirten, sind nicht unentgeltlich aufgehoben. . . . R. III. 342. IV. 243.
17. Bestimmte Kriterien über deren Natur. III. 346 fg. 374 fg.
18. Die für die gewerbliche Natur sprechende faktische Vermuthung hat nur die Wirkung die Mühle prästationsfähig zu erhalten. . . . R. III. 346 fg.
19. Beweistheorie über deren gewerbliche Natur.
R. III. 347 fg.
20. Deren Anerkenntniß bei Regulirung des Hypothekensuchs und dessen Wirkung. . . . ; R. III. 359.
21. Wirkung rechtskräftiger Judikate und rechtsgültiger Abkommen über dieselben mit Bezug auf §. 5 der Declar. vom 19. Februar 1832 und den Schlußsatz des §. 3 der Allg.=Gew.=Ordn. vom 17. Januar 1845. R. III. 369.
22. Bei den nach Erlaß des Edikts v. 2. November 1810 stipulirten streitet die tatsächliche Vermuthung gegen die gewerbliche Natur derselben.
R. III. 366. 372. 378. IV. 228. V. 349.
23. Die für das Exklusiv-Recht zum Betriebe des Mühlengewerbes stipulirten sind durch §. 30 des Edikts vom 2. November 1810 unentgeltlich aufgehoben. R. III. 377.
24. Deren Bezeichnung als „Mühlzins **von der Mühle**“ spricht an sich nicht für die gewerbliche Natur derselben. . . . R. III. 380. 391.
25. Die Stipulation gewerblicher nach dem Edikte vom 2. November 1810 ist verboten.
R. III. 382. 388. 391.
26. Die Bezeichnung derselben als „Erbzins“ spricht weder für noch gegen deren gewerbliche oder reale Natur.
R. III. 394. IV. 197.
27. Diejenigen, welche durch den Betrieb und die Benutzung des Mühlenwerks zu verdienen, sind deshalb noch nicht für die Ausübung des Gewerbebetriebes zu entrichten. . . . R. III. 396.
28. In wie weit auf dieselben die Bestimmung des §. 65

des Abl.=Gef. v. 2. März 1850 Anwendung findet.

M. III. 408. IV. 163.

29. Deren gewerbliche Natur folgt aus einer widerruflichen und an die Person des Mühlenbesizers geknüpften Concession. R. IV. 77.
30. Die für die Concession zur **Erbauung** einer Mühle ohne gleichzeitige Ueberlassung einer Mühlstätte stipulirten, sind für gewerbliche zu erachten. R. IV. 79. V. 193 fg.
31. Die für einen Platz und die Erlaubniß (Concession, Freiheit,) zur Erbauung einer Mühle auf demselben stipulirten, sind gemischter Natur. . . R. IV. 195 fg.
32. Ueber deren geschichtliche Entstehung.
R. IV. 204 fg. V. 402 fg.
33. Die für eine Exclusiv-Berechtigung in Neuvorpommern und Rügen stipulirten, sind unentgeltlich aufgehoben. R. IV. 218 fg.
34. Die nach dem Erlaß des Edikts v. 2. November 1810 für eine ausschließliche Gewerbeberechtigung stipulirten fallen unentgeltlich fort.
R. IV. 226 fg. V. 73 fg.
35. Die für eine polizeiliche Concession übernommenen, sind nicht gewerblicher Natur. R. IV. 232. V. 347 fg.
36. Die ohne gleichzeitige Ueberlassung von Realitäten übernommenen, sind gewerbliche. R. IV. 236.
37. Deren rechtmäßiger Besitz wird durch die Vermuthung für die Freiheit des Eigenthums nicht entkräftet. R. IV. 261.
38. Auch in den bereits rechtshängig gewesenen, aber noch nicht entschiedenen Streitigkeiten über dieselben kommt das Gef. v. 2. März 1850 zur Anwendung. O. IV. 336.
39. Die in der vormaligen Provinz Südpreußen nach Erlaß der Deklar. vom 30 April 1797 stipulirten sind im zweifelhaften Falle für Grundabgaben zu erachten.
R. IV. 408 fg.
40. Wenn solche, neben besonderen Abgaben für die Ueberlassung von Grundstücken, allein für die Bestattung zum Bau einer Mühle übernommen worden, so sind dieselben als Gewerbe-Concessions-Abgaben anzusehen. R. IV. 411 fg.

41. Die für eine Exclusiv-Berechtigung stipulirten unentgeltlich fortfallenden, müssen in denjenigen Landes-
theilen, in denen ihre Aufhebung erst durch die Allg.-
Gew.-Ordn. v. 17. Januar 1845 erfolgt ist, noch bis
zu dem Tage fortentrichtet werden, an welchem
der Betrieb des Müllergewerbes von einer Person be-
gonnen wird, gegen welche das Exclusiv-Recht hätte
geltend gemacht werden können. . . . R. V. 73 fg.
42. Die für die Belehnung mit der Mühlengerechtig-
keit auferlegten, sind unentgeltlich aufgehoben.
R. V. 84 fg.
43. Die bei Veräußerung einer Mühle mit der ausdrück-
lich verliehenen Berechtigung, Mehl zum Ver-
kauf zu mahlen, stipulirten, sind gemischter Natur.
R. V. 86 fg.
44. Die im Regdistrikt seit 1772, und im vormaligen
Südpreußen seit 1797 stipulirten, sind im zweifel-
haften Falle für Grundabgaben zu erachten.
R. V. 91 fg.
45. Deren gewerbliche Natur wird durch die Erbzinns-
Eigenschaft der belasteten Mühle nicht ausgeschlossen.
R. V. 95.
46. Die für die Befugniß zur Anlegung und Unter-
haltung einer Schiffsmühle in einem öffentlichen
Flusse stipulirten, sind nicht gewerblicher Natur.
R. V. 189 fg.
47. Diejenigen, bei deren Begründung eine zeitweilige
Abgabefreiheit oder Remission in Unglücks-
fällen zugesichert ist, sind deshalb noch nicht für
gewerbliche zu erachten. . . . R. V. 396.
48. Auch in den zu dem vormaligen Königreich West-
phalen gehörigen Landestheilen ist das K. Revisions-
Collegium für Landes-Cultur-Sachen zur ausschließ-
lichen Entscheidung über die streitige Natur der Müh-
lenabgaben befugt. . . . R. VI. 341 fg.
49. Nach welchen Verhältnissen die Sonderung gemisch-
ter Abgaben zu bewirken. . . . R. VII. 98 fg.
50. Kapitalien, als Restkaufgeld auf ein Grundstück rabi-
cirt und Seitens des Schuldners unkündbar,
sind für Gewerbe-Abgaben nicht zu erachten, auch

wenn durch solche eine Mühlen-Concession erkaufte worden.

R. VII. 275 fg.

Mühlengerechtigkeit, die. s. Mühlenabgaben. 44.

1. In Schlesien spricht nach Erlaß des Edicts v. 14. Februar 1772 die Vermuthung dagegen, daß solche den Rittergutsbesitzern als Exklusiv-Recht zugestanden hat.

R. IV. 246.

2. Dieselbe stand in Sachsen den Gerichtsherrschaften innerhalb ihrer Territorien zu. R. V. 196.

3. Desgleichen in der Niederlausitz den Patrimonial-Gerichtsherrschaften. R. V. 392 fg.

Mühlengrundstück, s. Kaufwerth. 1. 2. Reinertrag der Stelle. 2. Zinsgetreide. 3.

Münster, s. Weinkauf 1.

1. Ablieferungsort der Getreide- und Natural-Abgaben Behufs Bestimmung der anzuwendenden Normal-Preise.

R. I. 174. 185. O. 484.

2. Die Münstersche Eigenthumsordnung vom 10. Mai 1770 ist ein gültiges Provinzialgesetz.

R. I. 177. O. 484.

3. Die Veräußerung Münsterscher Kolonate ohne gutsherrliche Genehmigung ist nicht ipso jure nichtig.

O. II. 456.

4. Vererbpachtungen der eigenbehörigen Kolonen ohne gutsherrlichen Konsens sind durch die neuere Gesetzgebung convalsirt. O. III. 53.

5. Der auf einen bestimmten Tag in der Woche fixirte Spanndienst muß ebenfalls angefaßt werden.

O. IV. 335.

6. Dauer der Spanndienste bei Eigenbehörigen und Anrechnung des Hin- und Rückweges zum Dienstorte. O. IV. 335.

7. Der überlebende Ehegatte des Kolonatsanerben war auch beim Dasein von Kindern zur Zeit, als die Eigenthums-Ordnung kraft des Ges. v. 21. April 1825 wieder galt, befugt, im Wittwer- oder Wittwenstande den Kolonatsnachfolger zu bestimmen, und ist hierin durch das Erbfolge-Ges. vom 13. Juli 1836 und das dadurch wieder hergestellte Wahlrecht des Gutsherrn nicht beschränkt. O. IV. 339.

8. Das Verhältniß der Erbpächter von ganzen Erben, Höfen oder Kotten nach der Erbpachtsordnung v. 21. September 1783 zu dem Gutsherrn ist als ein gutsherrliches und bäuerliches zu betrachten.
R. V. 46.
9. Haben bäuerliche Eheleute in Gemäßheit des Ges. vom 13. Juli 1836 die Gütergemeinschaft nicht abgeschlossen, und ist demnach der Eine von ihnen vor Aufhebung dieses Gesetzes verstorben, so kann der nach §. 9 l. c. bestimmte Anerbe das Eigenthum des Kolonats nur dann für sich beanspruchen, wenn der Fall der Auseinanderetzung zwischen dem überlebenden Ehegatten und seinen Kindern vor der Gesetzeskraft der Verordnung v. 18. December 1848 eingetreten ist; entgegen gesetzten Falles erfolgt die Auseinanderetzung nach den Regeln der Münsterschen Gütergemeinschaft.
O. V. 455.
10. Die im §. 85 der Erbpachtsordnung und §. 6 Tit. 6. Th. II. der Eigenthumsordnung enthaltenen Bestimmungen sind, der Aufhebung der Gutsherrlichkeit ungeachtet, auch noch jetzt maassgebend. Die darin festgesetzte Alternative begründet jedoch nur ein Wahlrecht für den Abgabenberechtigten. O. VI. 470.
11. Die Erbpachtsordnung vom 21. September 1783 ist auch nach Wiedereinführung des A. L. R. in den Landestheilen, in welchen sie Geltung hatte, als ein gültiges Provinzialgesetz beibehalten worden, sie ist jedoch nur auf solche Erbpachten anwendbar, welche ein ganzes Erbe, Hof oder Kotten betrafen. . . R. VII. 127 fg.
12. Erbpachten über einzelne Grundstücke, welche keinen ganzen Hof oder Kotten betrafen, sind deshalb (11.) nach den zur Zeit des Vertragsabschlusses gültig gewesenen allgemeinen Gesetzen zu beurtheilen. R. VII. 127 fg.
- Mutterstuten. Für die Züchtung guter Mutterstuten werden Prämien nicht bloß Pferdezüchtern bäuerlichen Standes, sondern auch den Ackerbau treibenden Bewohnern kleinerer Städte bewilligt.
M. VI. 163.

N.

Nachschußrente, die,

1. bei Laudemien, deren terminus a quo. . . R. I. 243 fg.
2. darf bei der Domainen-Verwaltung nicht über 25 Jahre, zurück von dem letzten Falle gerechnet, nachgefordert werden. M. I. 243.

Näherrecht, das, unterliegt denselben Bestimmungen, wie das Vorkaufsrecht, und haben die Auseinandersetzungs-Be-
hörden nicht von Amtswegen das Interesse des Be-
rechtigten wahrzunehmen und denselben von einer Kapi-
talsablösung zu benachrichtigen. . . M. V. 446 fg.

Nassauiſche Landestheile, vormalige. In denselben konnte vor dem Abl.=Ges. v. 2. März 1850 der Ver-
pflichtete einseitig auf Kapitals=Ablösung an-
tragen; Landabfindung fand jedoch nicht Statt.

R. I. 87. 93.

Nahrung. Zu der bürgerlichen, gehörte in der Nieder-
laufs die Bierbrauerei. O. I. 485.

Natural-Fruchtzehnt, s. Zehnt.

Nebengeschäfte, s. Kompetenz. 1.

Nebenweiden, müssen sich auch die zu 1½ Kuhweide
veranschlagten Dorfsbewohner anrechnen lassen. O. II. 449.

Negatorienklage, die, gegen einen Servitut-Prätendenten
erfordert nicht den Beweis des Eigenthums, son-
dern es genügt vollständiger Besitz. O. II. 451. III. 45.

Negdistrikt, s. Mühlen=Abgaben. 44. Westpreußen.

Neumark, s. Chauffeebau.

1. Die Schäfereigerechtigkeit ist nach dem Provinzial-
recht ein gutsherrliches Vorrecht. . . R. II. 344.
2. Das Edikt vom 18. April 1792 wegen des Chauffee-
baus der Unterthanen in der Kurmark ist auch hier
Provinzial-Gesetz. O. II. 453.
3. Windbrüche gehören provincialrechtlich nicht zum La-
gerholz. O. V. 451.
4. Ueber die Natur des den Haidemiethern, insbesondere
den Amtsunterthanen zustehenden Rechts auf Raff-
lese- und Lagerholz in den K. Forsten. O. V. 469 fg.

Neuvorpommern und Rügen.

1. Eine allgemeine aus dem Regal oder der Gutsherr-

- lichkeit herzuleitende Concessionsbefugniß bezüglich des Betriebes des Müllergewerbes ist nicht begründet, wohl aber war der Erwerb einer Exklusiv-Berechtigung zulässig. R. IV. 218 fg.
2. Ueber die Beweisfähigkeit des Wendisch-Rügianischen Landesgebrauchs von Matthäus von Norrmann de 1529. R. IV. 221.
3. Der Pächter wird in possessorio summariissimo geschützt. O. V. 466.
4. Bei Grundstücken, welche ehemaligen Leibeigenen gegen bestimmte Abgaben und Leistungen zur Cultur und Benutzung überlassen worden sind, streitet ohne Rücksicht auf die Dauer des Besitzrechts die Vermuthung für die Zeitpacht; sind jedoch derartige Grundstücke zu erblichen, wenn auch laßitischen oder ähnlichen Rechten verliehen, so hat der Besitzer durch das Abl.-Ges. vom 2. März 1850 das volle Eigenthum erworben. R. VI. 231 fg.
5. Auch Leibeigene konnten trotz der Leibeigenschaft dingliche Rechte gegen den Gutsherrn erwerben. R. VII. 260 fg.
6. Auch ohne Erb- und Grundbriefe steht den ehemaligen Leibeigenen Besitzern eigenthümlicher Kathen die Vermuthung für ein erbliches Besitzrecht an ihren Kathenstellen nebst den damit verbundenen Nutzungen bis zur Führung des Gegenbeweises zur Seite. Dieses Besitzrecht hat die Natur des getheilten Eigenthums und ist durch das Abl.-Ges. vom 2. März 1850 in volles Eigenthum verwandelt und sind die auf demselben haftenden Verpflichtungen ablösbar. R. VII. 261. fg.
7. Das bei Kathenstellen vorkommende Superficiar-Recht (jus superficarium) ist keine Gerechtigkeit im Sinne des §. 6 des Abl.-Ges. vom 2. März 1850, sondern ein selbstständiges erbliches Besitzrecht und durch §. 2 Nr. 2 l. c. in volles Eigenthum verwandelt. R. VII. 290 fg.
8. Die erweiterte Bauerordnung vom 16. Mai 1616 findet auf die Besitzer von Kathenstellen keine Anwendung. R. VII. 290 fg.

9. Das den Gutsherrn durch §. 16 des provisorischen Regierungsraths vom 17. Mai 1810 im Betreff der ehemals leibeigenen Rathenleute eingeräumte Aufsagerecht ist durch Nichtgebrauch für erloschen zu erachten. R. VII. 290 fg.

Nichtigkeitsbeschwerde, die,

1. ist unzulässig, wenn über die Gültigkeit der von den Spezial-Commissarien wegen Nebengeschäfte aufgenommenen Verträge erkannt ist. R. II. 372.

2. Sie geht bei nicht revidiblen Grundgerechtigkeiten in Revision über, wenn eine im Streit mitbefangene Grundgerechtigkeit revidibel und in die Revision gediehen ist, auch beide aus Einem Geschäft oder Rechtsverhältniß herrühren. O. IV. 340.

Niederlausitz, s. Mühlengerechtigkeit. 3. Nahrung.

1. Die bäuerlichen Wirthen haben bei Unglücksfällen (durch Krieg oder Feuer) einen dreijährigen Dienst-erlass provincialrechtlich zu fordern. O. V. 17 fg.

2. Das Besitzrecht der herrschaftlichen Hausleute ist in der Regel für ein Tagelöhner-Verhältniß zu erachten und gewährt keinen Anspruch auf Eigenthumsverleihung durch Regulirung. R. O. VI. 126 fg.

3. Das von den Unterthanen an die Guts- und Gerichtsherrschaft zu entrichtende Schutgeld ist unentgeltlich aufgehoben. R. VI. 261 fg.

4. Die von den bäuerlichen Wirthen zu entrichtenden Rauchsteuern originiren aus dem früheren guts- und gerichtsherrlichen Verhältnisse, haben die Natur der Steuern, und sind durch §. 3 Nr. 10 des Abl.-Ges. vom 2. März 1850 unentgeltlich aufgehoben. R. VI. 261 fg.

5. Die Vorschriften des A.L.R. in Beziehung auf die Kirchenbau last sind durch das Patent vom 15. November 1816 eingeführt. O. VI. 473.

Notarielles Instrument. Ein solches verliert seine Kraft als ein notarielles dadurch allein nicht, daß daraus nicht erhellt, von wem der bei den Handzeichen eines Analphabeten erforderliche Vermerk beigefügt ist.

O. VI. 466.

Nothfrist. Bei eingetretenem Tode eines Vormundes ruht

die für den Curanden noch nicht abgelaufene Nothfrist bis zur Bestellung eines neuen Vormundes.

O. VII. 378.

Normaljahr, s. Besz. 2. Verjährung. 9.

Normal=Preise, s. Abschätzung.

1. Dieselben werden im Zweifel durch den Ort der Entrichtung der Abgaben bestimmt. . . . R. I. 176. 187.
 2. Zu denselben ist ein Aufschlag wegen Aufwendung größerer Kosten Seitens des Berechtigten bei Beschaffung des Erfasses für die abgelöste Leistung nicht zulässig. R. III. 267 fg.
 3. Für nicht in Körnern bestehende Natural=Abgaben sind nicht die Preise der Gegenwart, sondern die Preise der Vergangenheit und zwar in der Regel die in den letzten 20 Jahren Statt gehabten Preise zu berücksichtigen. R. VI. 240 fg.
- Novation. Deren Wirkungen. R. III. 312.



Ober=Emß=Departement. Die auf die Wegebauaufschlag bezüglichen Provinzial=Gesetze sind durch die Fremdherrschaft nicht aufgehoben. O. III. 51.

Oberlausitz, (Markgraftum).

Die vormaligen Gutsherrschaften haben provincialrechtlich kein Recht auf die Ueberschüsse der durch sie eingezogenen, auf dem Lande ausgeschriebenen Rauchsteuern.

O. V. 460.

Oberschlesien.

1. Ueber die Beschränkung der Regulirungsfähigkeit kleinerer ländlicher Stellen. P. II. 45 fg.
2. Rechts= Besz= und Dienst=Verhältnisse der Nichteigenthümer bis zum Jahre 1816. P. II. 50 fg.
3. Die Vermuthung streitet für die Erbllichkeit ländlicher Stellen. . . . P. II. 68 fg. 82. R. VI. 374 fg.
4. Einfluß des Regul.=Edikts v. 14 September 1811 und der Deklar. vom 29. Mai 1816 auf die Lage der uneigenthümlichen Stellenbesitzer und ihrer Gutsherrschaften. P. II. 82 fg.

5. Sterben die Besitzer einer uneigenthümlichen, aber erblichen, bäuerlichen Stelle mit Hinterlassung minderjähriger Kinder, so ist die Einziehung der Stelle nicht zulässig, vielmehr deren einstweilige Bewirthschaftung einem Interimswirth zu übertragen. R. 374 fg.
- Obmann, der im schiedsrichterlichen Verfahren ernannte, muß sein von dem Gutachten der Schiedsrichter abweichendes Superarbitrium begründen. R. VII. 206.
- Observanz, s. Reich.
1. Deren Rechtsquelle und Erweis in kirchlichen Gemeinerverhältnissen, auch vor Emanation des A.L.R. O. III. 58.
2. Dieselbe bildet nur Rechtsnormen für gegebene Rechtsverhältnisse. Zur Erwerbung bestimmter Gerechtsame zwischen Privatpersonen durch Besitz ist nur die Verjährung geeignet. O. VII. 370. 371.
- Oeffentliche Lasten. Ueber deren Begriff. O. VI. 181.
- Oekonomie=Commissarien, ohne Pensionsberechtigung, können ohne Einleitung eines förmlichen Disciplinar=Verfahrens entlassen werden. M. VI. 24.
- Oekonomie=Kommissions=Gehülfen, können nur ausnahmsweise selbstständige Aufträge erhalten. M. III. 161.
- Olye (Amt), s. Haubergsordnung.
- Oypeln (Fürstenthum), s. Besitzveränderungs=Abgaben. 13.
- Orbär (Orböhdde, Urbete, Urbethafer, Urbetzins), ist eine städtische Abgabe und hat präsumtiv die Natur der Steuern, wenn sie auch als auf die Grundstücke der Einwohner vertheilte Gemeindelast erhoben wird. R. O. IV. 335. V. 11. 12. VII. 384 fg.
- Ortsfeldmark, deren Begriff. R. II. 172.
- Orts=Observanz,
1. als Beweis für die Laudemialpflicht. O. I. 482
2. genügt aber zum Erweise des Descendenten=Laudemium nicht. O. I. 482.
- Ortsverfassung. Der §. 48 Lit. I. der Hypoth.=Ordn. bezieht sich auf Ansprüche, welche auf der Ortsverfassung beruhen, nicht aber auf solche, welche sich auf einen speciellen Titel, namentlich auf Verjährung gründen. O. VI. 469.

Ostpreußen.

1. Die große und kleine Kalende sind dingliche Abgaben ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniß des Grundbesizers. O. IV. 335.
2. Bei der kleinen Kalende wird hierin auch durch eine Dismembration des Grundstücks, in Folge deren sie dann von jeder Haushaltung ungetheilt zu entrichten ist, nichts geändert. O. IV. 335.



Waderborn (Fürstenthum).

1. Bei ausgeschlossener Gütergemeinschaft ist von einer eigenbehörigen Stätte für die Auffahrt der Ehefrau kein Weinkauf zu entrichten.
O. II. 448. III. 41.
2. Einführung des Code Napoléon und des Allg.-Landrechts.
R. VII. 181.
3. Der von dem Ehemanne ohne Zuziehung seiner mit ihm in Gütergemeinschaft lebenden Ehefrau abgeschlossene lästige Vertrag kann von der Letzteren deshalb nicht angefochten werden, weil er den Inbegriff des gemeinschaftlichen ganzen Vermögens betrifft. O. VII. 380.

Waderborn (Kreis). Die Berechtigten in den Kreisen Waderborn, Büren, Hörter und Warburg sind verpflichtet, sich auf die von dem Belasteten beantragte Ablösung der Reallasten nach den Vorschriften des Reglements vom 8. August 1836 und §. 58 des Rentenb.=Ges. vom 2. März 1850 einzulassen und können, wenn die Berechtigten nicht durch Baarzahlung ablösen wollen, nur den achtzehnfachen Betrag der Rente in Schuldverschreibungen der Waderborner=Lösungs-Kasse fordern.

R. VI. 350 fg.

Pächter, f. Patrimonial=Gerichtsbarkeit.

1. Die Verjährung gegen denselben zum Nachtheile des Gutseigenthümers findet Statt, wenn nicht ein ganzes Gut, sondern nur eine besondere Rubrik desselben verpachtet ist. O. II. 450.
2. Der §. 521 I. 9 A.L.R. enthält die Entscheidung einer gemeinrechtlichen Controverse.

O. II. 451. III. 66 fg.

3. Die Anwendung des §. 521 I. 9 A. L. R. wird ausgeschlossen durch die Wissenschaft des Eigenthümers von der die Verjährung begründenden Handlung.
O. VII. 370.

Parochial=Lasten, die,

1. sind in Pommern, wie nach dem A. L. R., in der Regel nicht als dingliche anzusehen und daher die zu besonderen Kirchengemeinden vereinigten A. L. R. von den Parochiallasten der übrigen Eingepfarrten frei.
O. VI. 472.

2. Nach Märkischem Provinzialrecht ist jeder Grundbesitzer des Parochialbezirks zu den dinglichen Parochiallasten ohne Unterschied der Konfession beizutragen verpflichtet. O. VII. 380.

Parzellenbesitzer, die, sind für den auf ihre Parzellen fallenden Antheil der auf dem Hauptgute haftenden unvertheilten Reallasten verhaftet und dem Berechtigten gegenüber zu dessen Ablösung verpflichtet. R. II. 415.

Parzellirungen, s. Dismembrationen.

Patrimonial=Gerichtsbarkeit. Durch deren Aufhebung wird der Pächter von der Entrichtung des nach dem Pachtanschlage übernommenen Deputats nicht frei, sondern muß solches an den Verpächter fortentrichten. . O. V. 454.

Patron, s. Warschau. Nietberg.

Zur Gültigkeit eines zwischen dem Pfarrer und einem Abgabepflichtigen abgeschlossenen Vergleichs genügt die Genehmigung der geistlichen Obern, selbst ohne Zustimmung oder beim Widerspruche des Patrons.

R. V. 297 fg.

Pauschquantum. Dessen Festsetzung in Auseinandersetzungs=Prozessen ist der Regel nach unzulässig.

M. III. 154.

Pensionsberechtigung. Der Mangel derselben ist kein Kriterium gegen die Beamten=Dualität. R. IV. 26.

Personal=Arrest, ist gegen Dekonomie=Kommissarien und Feldmesser Schulden halber unzulässig.

R. IV. 25.

Pertinenzstücke, s. Uebergabe.

1. Deren Unterschied von Theilen der Hauptsache.

R. II. 395 fg.

2. Die Beziehung neuer Pertinenzstücke zu den älteren Pflichten der Hauptsache. R. II. 395 fg.
Pfarrabgaben, s. Reisesuhren.

1. Unter der Herrschaft des Code civil konnten sie durch Erziehung nicht erworben werden. O. II. 452.

2. Sie können im Wege der freien Vereinigung unter Zustimmung der geistlichen Obern durch Kapitalzahlung abgelöst werden. M. V. 297.

Pfarrbauten, s. Kirchenbaulast.

Pfarrre, die., s. Gutsherliches und bäuerliches Verhältniß. 5.

1. Sie gilt bei einer ihr zustehenden Grundgerechtigkeit als praedium dominans. O. III. 225.

2. Dieselbe muß bei einer Gemeinheitstheilung zur Instandsetzung und Unterhaltung der neuen Privatwege und Triften beitragen. R. V. 216.

Pfarrer, s. Reisesuhren. Demselben steht, wenn er das auf seinem Hufenschlage gewachsene Holz herunterzuschlagen und selbst das Land zu Acker umschaffen läßt, weder nach der Konfistorial-Ordnung von 1573, noch nach dem A.L.R. ein Anspruch auf das Eigenthum des Holzes zu. O. VI. 467.

Pfeil, Forstmeister, über die Hindernisse einer zweckmäßigen Benützung der den kleineren Grundbesitzern gehörenden Forstgründe in den östlichen Provinzen Preußens. (Aufsatz.)

P. I. 373 fg.

Planlage, s. Schiedsrichterliches Verfahren.

Polizei-Verfassung. Ueber die Reform der ländlichen, insbesondere der Polizei-Gerichtsbarkeit der östlichen und mittleren Provinzen aus dem Gesichtspunkte der Landes-Cultur-Gesetzgebung, von dem Präsidenten Lette. P. I. 259 fg.

Pommern, s. Art. 2. Laßgüter. 5. Meliorationshöfe. Parochiallasten. 1. Vieh- und Kopfsteuer.

1. Die Unterhaltung der Land- und Heerstraßen liegt provinzialrechtlich denen ob, auf deren Grenzfluren solche belegen sind. O. III. 48.

2. Ueber das Besitzrecht der Bauern an ihren Höfen. R. IV. 396.

3. Nach der Pommerschen Kirchenordnung ist die Baupflicht der Eingepfarrten nicht auf diejenigen Pfarrgebäude beschränkt, welche von Alters her bestanden haben. O. V. 463.

4. Ueber die Steuerverhältnisse der ländlichen Grundstücke, insbesondere in den Landen Lauenburg und Bülow. R. VI. 305 fg.
 5. Die unter den Bauern bestehende Gütergemeinschaft erstreckt sich nicht auf die den Ehemännern zur Kultur und Nutzung überlassenen Höfe.
R. O. VI. 406 fg.
 6. Den auf Rittergütern angesetzten bäuerlichen nicht regulirungsfähigen Wirthen steht im Mangel entgegengesetzter Verabredungen ein lebenslängliches Besizrecht an ihren Höfen zu und kann denselben nur aus bestimmten gesetzlichen Ursachen gekündigt werden.
O. VI. 416.
 7. Die Abgaben an Scharfrichtereien sind dinglicher Natur, bedürfen keiner Eintragung und sind durch das Abl.=Ges. vom 2. März 1850 nicht aufgehoben.
O. VII. 365.
- Posen (Großherzogthum), s. Kommunikations=Wege 1. Orts=observanz.
1. Das Gewerbesteuer=Edikt v. 2. November 1810 ist in den Immediatstädten seit dem 1. Januar 1817 eingeführt.
O. I. 485.
 2. Zwangs= und Bannrechte konnten seit 1807 durch Verjährung nicht mehr erworben werden. O. I. 486.
 3. Ueber den Zustand der Städte und Einfluß der Agrargesetzgebung auf dieselben. P. III. 95 fg.
 4. Durch Einführung des Code mittelst transitorischen Gesetzes vom 1. Mai 1808 ist die früher angefangene Verjährung des Zehntrechts nicht unterbrochen worden. O. IV. 333 fg.
 5. Die Abfassung einer Rechtfertigungsschrift in Polnischer Sprache hat den Verlust des Rechtsmittels nicht zur Folge. O. IV. 336.
 6. Die Frage, ob vor dem 1. März 1817 eine Verjährung begonnen, ist nach den früheren Gesetzen zu entscheiden; bei jeder erlöschenden Verjährung gegen ein rechtskräftiges Urtheil findet aber der §. 560 I. 9 A.L.R. Anwendung. O. IV. 342.
 7. Die provinzialrechtlichen Normen über kirchliche Zehnten und andere Abgaben an Kirchen und Geist=

liche haben ihre Gültigkeit durch die Einführung des Code und A.L.R. verloren. . . O. V. 454.

8. Den Kirchen steht eine allgemeine Vermuthung für die Zehntpflichtigkeit aller und jeder daselbst belegenen Grundstücke nicht zur Seite. . . O. V. 454.

9. Die zeitempfhentische Qualität bauerlicher Stellen läßt sich aus einer im Verleihungs-Privilegium enthaltenen Zeitbestimmung an sich nicht herleiten, vielmehr ist eine solche, wenn sonst die Merkmale des Eigenthums nicht ausgeschlossen und namentlich die Stellen mit der Osara belastet sind, auf die übliche Bestätigung der Privilegien Seitens der Gutsherrschaften zu beziehen. R. VI. 254 fg.

Poffessorienklage, s. Besthklage. Ueber deren Begründung. O. III. 44.

Portofreies Rubrum, wegen mißbräuchlicher Anwendung desselben und deren Verhütung. . . M. IV. 303, 309.

Portofreiheit, die, steht den Kommunal-Behörden bei Uebersendung der für Rechnung der Rentenbank-Direktionen erhobenen Rentenbeträge zu. M. V. 10.

Präklusion, die,

1. der Realprätendenten eines Grundstücks ist auch gegen denjenigen von Wirkung, welcher sich im vollständigen Besitze des Grundstücks befindet. . . O. V. 464.

2. Die Präklusion in den §§. 4 und 9 des Hypotheken-Patents vom 22. Mai 1815 bezieht sich auf alle Leistungen, welche sich auf einen speciellen Titel, also auch auf Verjährung gründen. . . O. VI. 469.

3. Die in Folge des Patents vom 16. Juni 1820 §. 26 erfolgte Präklusion eines Real-Anspruchs wird dem dritten Besizer gegenüber dadurch nicht entkräftet, daß er von diesem Anspruche bei der Erwerbung des Grundstücks Wissenschaft gehabt hat und kann ein solcher präkludirter Anspruch dem dritten Besizer gegenüber als Titel zur Verjährung nicht dienen. . . O. VI. 470.

Präklusiv-Termin, der im § 78 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 festgesetzte bezieht sich nur auf Besizer, welche vor Erlaß des Ges. vom 9. Oktober 1848 aus dem Besitze der Stellen gekommen sind. M. III. 160.

Präsentations-Vermerk, s. Rechtsmittel. 7.

Prefarium. Die Vorschrift des §. 233 I. 21 A. L. R. bezieht sich nicht auf lästige Verträge und Eigenthums-Übertragungen. O. III. 58.

Preußen (Provinz), s. Art. 2.

Privatfluß, s. Fluß.

Pröve (retributions en nature), sind Natural-Bergütigungen bei Diensten. R. I. 36.

Protokolle, s. Verhandlungen.

Protokollführer,

1. im Privatdienst der Kommissarien sind keine Staatsbeamte und können keine selbstständigen Aufträge erhalten. M. III. 161.

jedoch mit Ausnahme der zur Oekonomie-Kommissarien-Karriere verstatteten. M. IV. 22. 24.

2. unvereidete, erhalten für die Führung des Protokolles keine Diäten. M. V. 5.

Provinzial-Rentenbanken, deren Zahl, Ort und Ressort-Verhältniß. VII. 5.

Provokation.

1. Ueber die Zulässigkeit des Rücktritts von einer Provokation auf Auseinandersetzung. . . R. I. 365.

2. Deren Zulässigkeit auf Special-Separation, und findet eine Beschränkung derselben nur bei den eigentlichen Ortsfeldmarken Statt. R. II. 165 fg.

3. Deren Zulässigkeit auf Ablösung der Reallasten bei Dismembrationen. R. II. 412 fg.

4. Die Provokation auf Ablösung von Grundgerechtigkeiten braucht sich nicht auf die Ablösung sämmtlicher, einem Grundstücke gegen das andere zustehenden Grundgerechtigkeiten zu erstrecken; dagegen muß das zur Ablösung gestellte Recht für sich ein selbstständiges Ganzes bilden und sich nicht bloß auf einen Theil eines solchen beschränken. R. III. 270.

5. Deren einstweilige Ausschließung in Betreff der Ablösung der den geistlichen Instituten zustehenden Reallasten ist durch Einigung der Partheien zulässig. M. IV. 159.

6. Der Antrag auf Kompensation einer Reallast mit einer in einem Gemeintheilungs-Ver-

- fahren festgestellten Rente involvirt für den Berechtigten keinen Zwang zur Provokation auf Ablösung aller übrigen Reallasten. M. IV. 162.
7. Anweisung über das Verfahren bei Anbringung oder Fortsetzung unvollständiger Provokationen auf Reallasten=Ablösung oder Regulirung und in wie weit die Zurücknahme einer solchen Provokation oder ein Zwang zur Ausdehnung derselben zulässig ist.
M. IV. 320. 324 fg.
8. Die Provokation eines Berechtigten auf Ablösung der dem §. 64 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 unterliegenden Reallasten hat nicht auch die Ablösung der demselben zustehenden, dem §. 65 unterliegenden wider seinen Willen zur Folge, wohl aber muß deren Verwandlung in eine feste Geldrente erfolgen.
R. V. 57 fg. M. VII. 69.
9. Zur Provokation auf Ablösung von Reallasten ist nur der Eigenthümer des belasteten Grundstücks befugt und nur eine von diesem, nicht aber die von dem Vorbesitzer nach erfolgter Uebergabe angebrachte Provokation hat die Wirkung des §. 47 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850. R. V. 379 fg.
10. Zur Begründung der Provokation auf Gemeinheitstheilung bedarf es nicht der Zustimmung der Besitzer des vierten Theils der Ackerländereien, welche der Gemeinheit unterliegen, oder in der Ortsfeldmark belegen sind, sondern nur der Besitzer des vierten Theils der Ackerländereien, welche durch den Umtausch betroffen werden.
R. VI. 66 fg.
11. Dieselbe kann in den Fällen des §. 65 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 auch auf die Ablösung einzelner Reallasten gerichtet werden, ohne einen Zwang zur Ablösung anderer auf demselben Grundstück haftender Reallasten zur Folge zu haben; es ist jedoch in diesem Falle keine bloße Rentenverwandlung, sondern nur eine definitive Ablösung durch Kapital oder Rentenbriefe zulässig. R. VII. 117 fg.
12. Die Zurücknahme der ausdrücklich auf Ablösung der dem §. 65 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 un-

terliegenden Reallasten gerichteten Provokation ist unzulässig. R. VII. 284 fg.
 Prozent=Laudemien, f. Besitzveränderungs=Abgaben.

R.

- Raesfeld (die Herrlichkeit), ein Haupthof, gehörte zum Französischen Lippe=Departement. R. IV. 107. 122.
- Raff= und Leseholz=Gerechtigkeit, f. Brandenburg. 3.
1. Deren Erweiterung durch Verjährung ist in Schlesiens unstatthaft. O. I. 483.
 2. Sonstige Zulässigkeit der Erweiterung derselben über die Grenzen des §. 215 I. 22 A.L.R. hinaus.
 O. II. 450. III. 211 fg.
 3. Der Gesamt=Ertrag des Raff= und Leseholzes eines Waldes wird bei der Insufficienz desselben für alle Berechtigten unter diese nach Verhältniß des wirthschaftlichen Bedürfnisses ihrer Stellen vertheilt. R. III. 186 fg.
 4. Der belastete Eigenthümer ist zur Theilnahme am Raff= und Leseholze befugt, jedoch ohne Nachtheil für die bestehenden Rechte der Servitutarien. O. III. 211.
 5. In wie weit dieselbe das Recht auf Aeste und Wipfel, welche sich nicht zum Einklastern eignen, in sich begreift. O. III. 216.
 6. Seit dem Forst=Regulativ vom 26. März 1788 hat in Schlesiens das Recht, mehr, als Raff= und Leseholz im gesetzlichen Sinne einzusammeln und sich der Art zu bedienen, nicht mehr durch Verjährung, sondern nur durch Abkommen erworben werden können.
 O. IV. 333.
- Ratibor (Fürstenthum), f. Besitzveränderungs=Abgaben. 13.
- Rauchsteuer, f. Niederlaufs. 4. Oberlaufs. 1.
- Raufen, f. Bauholz.
- Real=Ansprüche, f. Präklusion 2. 3. Verjährung.
- Reallasten, f. Ablösbarkeit. Ablösungs=Maassstab. Rückstände.
1. Die gesetzlich erfolgte Aufhebung einer Abgabe wird durch deren Natur als Realast nicht ausgeschlossen.
 O. II. 238.

2. Die Erſizung derſelben iſt durch die Einführung des Code civil unterbrochen worden. . . O. II. 453.
3. Deren dingliches Element iſt kein acceſſoriſches Recht, kommt vielmehr der Berechtigung an und für ſich ſelbſt zu. O. III. 63.
4. Deren dingliche Natur wird auch ohne Eintragung durch den Uebergang des entſprechenden Rechts (Ge= genleiſtung) auf den Beſitzer der Sache erhalten. O. III. 64.
5. Ueber den charakteriſtiſchen Unterſchied derſelben von Servituten. R. III. 246 fg. 253. 262. VI. 71 fg.
6. Deren Unterſchied von perſönlichen, erſt durch die Eintragung dinglich gewordenen Rechten. . R. V. 418.
7. Realkaften, welche für den Betrieb eines Gewerbes ſtipulirt worden, ſind unentgeltlich aufgehoben. R. VI. 246 fg.

Rechte,

1. affirmative, können auch als Gegenleiſtung für ein entſprechendes Recht des Verpflichteten durch Ver= führung erworben werden. O. III. 44.
 2. perſönliche zur Sache, ſind gegen den dritten Be= ſitzer derſelben verſolgbar, wenn dieſer zur Zeit der Uebergabe das früher entſtandene Recht des Andern gekannt hat. O. III. 57.
 3. negative, Erforderniſſe der Beſitzergreifung derſelben. O. III. 62. 66.
 4. negative, können nur auf fremde Sachen erworben werden, alſo nicht von demjenigen, welcher die den Ge= genſtand des Rechts bildende Sache als Eigenthümer zu beſitzen glaubt. O. V. 465.
 5. ſubjektiv= und objektiv=dingliche, erlöſchen, wenn ſie eingetragen ſind, nicht durch Konfuſion, ſo lange ſie nicht gelöſcht ſind. . . . O. VII. 371.
- Rechtsanwälte. Deren Gebühren, als Bevollmächtigte oder Aſſiſtanten in Außeinanderſetzungs=Sachen ſind nach dem Geſ. v. 12. Mai 1851 zu liquidiren. M. V. 107.
- Rechtsgeschäft. Folgen der Nichtbeobachtung der in den älteren Geſetzen vorgeſchriebenen Förmlichkeiten. O. III. 63.
- Rechtsgrundfaß, deſſen Verletzung iſt auch dann vorhanden,

wenn der Richter mit Verletzung eines Rechtsgrundsatzes sich für competent erklärt. O. IV. 70.

Rechtsmittel s. deren besondere Arten. Beschwerdepunkte. 1. Kirchengemeinde. Litisconsortium. 2. Nothfrist.

1. Dessen Zulässigkeit bei in Gelde schätzbaren Gegenständen ist nach dem Interesse der remedirenden Parthei zu bestimmen. O. III. 59.

2. Deren Anmeldung braucht nicht von der Parthei ge- und unterschrieben zu sein, sondern es genügt die schriftliche Abfassung und Unterschrift durch einen Dritten in deren Namen. O. III. 59. IV. 70.

3. Litisdenunciaten und Adcitaten können in dem Hauptprozeße nur dann selbstständig ein Rechtsmittel einwenden, wenn sie assistirt haben; in zweiter Instanz auch nur, wenn der Rechtsstreit zwischen den Hauptpartheien noch fortbauert. O. IV. 70.

4. In Bewässerungs=Angelegenheiten nach dem Ges. v. 28. Februar 1843 muß deren Anmeldung bei der Regierung erfolgen. R. IV. 167.

5. Dessen Zulässigkeit im Betreff des Gegenstandes wird durch den Zeitpunkt der Einlegung desselben bestimmt und kann die spätere Entfagung eines Theils der Forderung dasselbe nicht unzulässig machen.

O. VII. 377.

6. Ueber die Wahrung desselben innerhalb der Nothfrist entscheidet der Präsentations=Vermerk bis zum vollständigen Beweise der früher erfolgten Anmeldung. O. VII. 377.

Rechtstitel. Unter einem speziellen Rechtstitel, welcher der Verfügung einer Landespolizei=Behörde entgegen gesetzt werden kann, ist nur ein solcher zu verstehen, welcher geeignet ist, ein Rechtsverhältniß zwischen dieser und dem Kläger zu begründen, und welchen dieselbe für sich als verpflichtend anzuerkennen hat. K. VI. 473 fg.

Rechtskraft, einer Entscheidung, Beweislast. R. III. 324.

Rechtsweg, s. Kommunallasten. 4.

Gegen polizeiliche Anordnungen über die Räumung eines Grabens zur Beschaffung der Vorfluth ist der Rechtsweg unzulässig. . K. VI. 474.

Regierungen, s. Rezeffe 8.

Reglements, deren Erlaß durch die Ortspolizei wegen Räumung der Flüsse, Bäche und Gräben, so wie Angabe eines zweckmäßigen Schemas. M. III. 36. 164.

Regulirungs-Anspruch auf Eigenthumsverleihung.

1. Derselbe geht für laßtische Wirthe durch wiederholten Holzdiebstahl verloren. O. II. 441.

2. Wenn solcher per decretum zurück- oder zur Instruktion zu verweisen. M. IV. 35.

3. Dessen Verlust durch Verzichtleistung.

R. IV. 91 fg. V. 243 fg.

4. Dessen Verlust durch freiwillige Aufgabe oder Verlassung der Stelle, und ist diese Aufgabe an keine Form gebunden. . R. IV. 395. V. 226 fg.

Das Gegentheil ist jedoch von dem Ober-Tribunal angenommen. O. VI. 406.

5. erfordert einen vollständigen und redlichen Besitz der Stelle. R. V. 147 fg.

6. Derselbe geht nicht verloren durch ein in der Zeit von Verkündung des Ges. v. 9. Oktober 1848 bis zum Erlaß des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 ergangenes rechtskräftiges Erkenntniß, wonach der Bestzer einer regulirungsfähigen Stelle als bloßer Zeitpächter zur Räumung derselben verurtheilt ist.

R. O. V. 254 fg.

7. Zu dessen Begründung ist seit Erlaß des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 auch in dem Großherzogthum Posen kein schriftlicher, resp. von der General-Kommission bestätigter Wiederbesetzungs-Vertrag erforderlich; es genügt vielmehr schon ein mündlich geschlossener Vertrag.

R. O. VI. 146 fg.

8. Der frühere Bestzer einer an sich regulirungsfähigen Stelle, dessen Besitzrecht schon bei Erlaß des Ges. v. 9. Oktober 1848 durch Verjährung erloschen war, kann einen solchen Anspruch nicht geltend machen.

O. VII. 368.

9. Auch solche Bestzer, welche vor Erlaß des Ges. vom 9. Oktober 1848 rechtskräftig zur Räumung ihrer Stellen verurtheilt waren, haben keinen Anspruch auf Eigenthumsverleihung und können sich auf §. 97 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 nicht berufen. O. VII. 369.

Regulirungsfähigkeit ländlicher Stellen (objektive)
f. Niederlauffz 2.

1. Absicht des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 in Rücksicht derselben. R. O IV. 42. 58. V. 247. VI. 419.
2. Dieselbe wird durch ein reines Zeitpachtverhältniß ausgeschlossen. R. IV. 42. 55.
3. Deren Bedingungen. R. IV. 54. 391 fg. O. VI. 240 fg.
4. Dieselbe wird durch einen auf Zeit beschränkten Pacht=kontrakt an sich nicht ausgeschlossen.
R. IV. 91 fg. 395. V. 165. fg. O. VI. 429.
5. Sie erfordert den Nachweis der Begründung oder Fortsetzung eines gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisses. R. IV. 382 fg.
6. Dieselbe wird dadurch ausgeschlossen, daß die Stelle einem Wirthschaftsbeamten mit Rücksicht auf dieses Verhältniß zur Nutzung überlassen ist. R. IV. 384 fg.
7. Zu deren Begründung bedarf es außer den im §. 74 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 angegebenen Erfordernissen nicht noch eines besonderen Nachweises für die Begründung oder Fortsetzung eines gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisses. R. V. 186 fg. 221. O. V. 258.
8. Bei zeitempfhänglichen Stellen sind deren Erfordernisse lediglich nach den Vorschriften des §. 75 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 zu beurtheilen und findet der §. 74 l. c. auf sie keine Anwendung. R. V. 198 fg.
9. Sie wird durch die Umwandlung des gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisses in ein Tagelöhner=Verhältniß ausgeschlossen. R. V. 232 fg.
10. Der bloße Name einer ländlichen Stelle an sich, z. B. Dreschgärtnerstelle, beweist für dieselbe nichts.
R. V. 237 fg.
11. Bei Pfarrbauerhöfen und bei Pfarr= und Kirchen=Ländereien spricht die Vermuthung gegen deren Regulirungsfähigkeit, wenn nicht nachgewiesen wird, daß den Pfarren und Kirchen gutsherrliche Rechte zugestanden haben. R. V. 238 fg.
12. Von derselben sind solche Stellen ausgeschlossen, welche deren Besthern mit Rücksicht auf ihre Beschäftigung als Hüttenarbeiter überlassen sind.
R. VI. 123 fg.

13. Die erfolgte Verpachtung eines Vorwerks theilweise gegen die Verpflichtung zur Beaufsichtigung der gutherrlichen Forst schließt die Regulirungsfähigkeit desselben aus. R. VI. 251 fg.
14. Einzelne Ländereien kommen bei der Eigenthumsverleihung nur in so weit in Betracht, als sie zu einer regulirungsfähigen Stelle gehören, und unterliegen selbstständig derselben auch dann nicht, wenn sie früher zu einer regulirungsfähigen Stelle gehört haben. O. VI. 463. VII. 368.

Reiheschank, s. Sachsen. 2.

Reinertrag der Stelle.

1. Wegen Ermittlung desselben nach §. 63 des Abl.-Ges. v. 2. März 1850 sind die Pflichtigen bei erfolglicher Ueberweisung von Renten an die Rentenbank von Amtswegen zu belehren. M. V. 110.
2. Bei dessen Ermittlung in Hinsicht eines Mühlengrundstücks nach §. 6 des Ges. vom 11. März 1850 können nur wirklich gezahlte Entschädigungs-Kapitalien für Mahlzwang- oder Exklusiv-Rechte dem gegenwärtigen gemeinen Kaufwerthe zugerechnet werden, welche nicht zur Abstoßung von Reallasten verwandt sind. R. VI. 96 fg.

Reisefuhren, ungemessene für den Pfarrer, sind unentgeltlich durch das Ges. vom 21. April 1825 aufgehoben.

O. III. 47.

Reisekosten, s. Assessoren. 1.

1. in Königl. Dienstangelegenheiten auf Eisenbahnen und Dampfschiffen für Abgang und Zugang. M. IV. 39.
2. kommen den Spezial-Kommissarien zu, ohne daß es einer vorgängigen vergeblichen Aufforderung der Interessenten zur Bestellung eines Fuhrwerks bedarf. . M. VI. 14.

Rheinprovinz.

1. Erläuterung des Verfahrens bei Theilung gemeinschaftlicher Wälder, vom Oberforstmeister von Steffens.

P. I. 432 fg

2. Ueber Aufhebung der Gemeinheiten und Servituten, vom Präsidenten Lette. P. I. 450.

Rekurs, der,

1. an das Ministerium des Innern, als Rechtsmittel in Auseinandersetzungs-Sachen ist aufgehoben. R. I. 9 fg.
2. gegen ein Dekret auf Zurückweisung der Nichtigkeitsbeschwerde in Auseinandersetzungs-Prozessen muß binnen 4 Wochen angebracht werden. . . . O. III. 60.
3. an das K. Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten in Bewässerungs-Angelegenheiten nach dem Gesetz vom 28. Februar 1843, und wo derselbe anzumelden. . . . R. IV. 172 fg.
4. in Bagatell-Prozessen gegen Erkenntnisse erster Instanz wird durch eine bloße Anmeldung innerhalb der sechswochentlichen Nothfrist nicht erhalten, sondern ist nur dann gewahrt, wenn er innerhalb der Nothfrist bei der General-Kommission gerechtfertigt ist. Es genügt deshalb auch nicht die Anbringung und Rechtfertigung desselben bei der Spezial-Kommission. . . . R. VI. 151 fg.

Remission.

1. Erbpächter haben das gesetzliche oder vertragsmäßige Recht auf dieselbe durch §. 2 Nr. 2 des Abl.-Ges. vom 2. März 1850 nicht verloren. R. V. 410 fg.
2. Auch die bäuerlichen Wirthe haben das gesetzlich oder vertragmäßige Recht, in Unglücksfällen und bei Brand Remission an Diensten und Abgaben von ihrer Gutsherrschaft zu fordern, durch das Abl.-Ges. v. 2. März 1850 nicht verloren. . . . R. VI. 216 fg.

Rente, s. Ablösungsrente.

1. muß aus Landespolizeilichen Rücksichten als Abfindung für Forstberechtigungen angenommen werden, wenn solche in Land zweckmäßig nicht gegeben werden kann. . . . R. I. 331 fg. III. 289 fg. VI. 439 fg.
2. Die nach den Vorschriften der Gem.-Th.-Ord. v. 7. Juni 1821 vor Erlaß des Ergänzungs-Ges. v. 2. März 1850 festgesetzten Renten sind nur zum 25fachen Betrage ablösbar, wenngleich der Rezesß noch nicht vollzogen und bei deren Stipulation festgesetzt war, daß solche nach den zur Zeit der Kapitals-Ablösung oder Kündigung bestehenden Gesetzen ablöslich sein sollten. R. V. 419 fg.
3. Die Voraussetzungen für die Renten-Entschädigung der

Dienstbarkeitsberechtigten im §. 77 a und b der Gem.=Theil.=Ord. v. 7. Juni 1821 sind nicht disjunctiv, sondern kumulativ aufzufassen. . . . R. VI. 439 fg.

Rentenbank.

1. In wie weit sich deren Obliegenheit zur Prüfung der Rezesse erstreckt. M. III. 406.
 2. Dieselbe kann nur Renten, nicht aber Kapitalien Behufs Abfindung des Berechtigten übernehmen und den Berechtigten nur mit dem 20 fachen Betrage der vollen Rente abfinden. M. IV. 9 fg.
 3. Wenn der Verpflichtete in den Fällen der §§. 53 und 55 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 die Abfindung nach Maßgabe des Vertrages wählt, so findet eine Ueberweisung des Ablösungs=Kapitals gegen Rentenbriefe an die Rentenbank Seitens des Berechtigten nicht Statt. M. IV. 11.
 4. Die Kapitalzahlungen sind an die betreffenden Regierungshaupt=Kassen zu leisten, an die Kreis=Kasse aber nur auf eigene Gefahr des Zahlenden. M. IV. 15.
 5. Dieselbe ist zur Uebernahme von Abfindungs=Kapitalien für rückständige Reallasten und Laudemien gegen Rentenbriefe nicht befugt. M. V. 4.
 6. Sie muß die Renten, welche nicht unter die §§. 53 bis 55 und 65 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 fallen, ohne Rücksicht auf die Sicherheit der belasteten Grundstücke übernehmen, jedoch sind die General=Kommissionen verpflichtet, die Pflichtigen auf §. 63 l. c. aufmerksam zu machen. M. V. 109 fg.
 7. Zusammenstellung der bis zum 1. Oktober 1852 erzielten Resultate derselben. VI. 40.
Desgleichen bis zum 1. April 1853. . . VII. 54 fg.
- Rentenbank=Direktion. Verfahren bei Einzahlung und Einziehung von Ablösungs=Kapitalien und bei Ausantwortung der Rentenbriefe. M. IV. 18. 20.

Rentenbriefe.

1. Die Auseinandersetzungs=Behörden haben die Ausloosung der bei den Gerichten oder Kredit=Instituten deponirten Rentenbriefe genau zu kontrolliren und für die rechtzeitige Erhebung des Nennwerths

und dessen Verwendung bei eigener Verantwortung zu
forgen. M. V. 325 fg.

2. Zusammenstellung der bis zum April 1852 ausgegebenen.
VI. 38.

Desgleichen bis zum 1. April 1853. . . . VII. 54.

Renten=Rückstände, können auch durch die längere Tilgungs=
periode von 51 Jahren beim Zehntelerlaß abgelöst werden.
M. IV. 38.

Rentenverwandlung die, ist in der Regel nach dem
Abl.=Ges. vom 2. März 1850 nicht zulässig.

R. III. 386. VII. 117.

eine Ausnahme jedoch. M. III. 409. R. V. 57 fg.

M. VII. 69.

Restitution, die,

1. findet gegen die erst nach erreichter Volljährigkeit
vollendete Erskintiv=Verfährung zu Gunsten Minder=
jähriger nicht Statt. O. IV. 67.

2. zur Begründung derselben wegen neu aufgefundenener
Urkunden ist nicht erforderlich, daß diese ausschließ=
lich die anderweitige Entscheidung bedingen, wenn sonst
dieselben durch die Anführungen im Vorprozesse unter=
stützt werden. O. VII. 377.

Restitutionsklage. Deren Zulässigkeit nach Erlaß der De=
klar. vom 6. April 1839. O. III. 60.

Retardat=Rente, s. Nachschuß=Rente.

Retrakt, der, namentlich auch der Lehnsretrakt, kann
nach Gemeinem und Preussischem Rechte nicht kraft
Erbrechts, sondern nur vermöge eines eigenen Rechts
und nur von demjenigen, welcher zur Zeit der Veräußerung
schon lebte, ausgeübt werden. O. VI. 466.

Revision, die,

1. als Rechtsmittel unzulässig gegen Erkenntnisse wegen
Ungültigkeit der von den Spezial=Kommissarien über
Nebengeschäfte aufgenommenen Verträge.

O. II. 371.

2. Bei der Einigung der Partheien darüber, daß mit Ueber=
gehung der ersten Instanz sofort in zweiter Instanz ent=
schieden werde, findet gegen das Erkenntnis zweiter
Instanz nicht Revision, sondern nur Richtigkeits=
beschwerde Statt. O. VII. 232 fg.

Revisions-Kollegium für Landes-Cultur-Sachen.

1. Ueber dessen Organisation und Ressort-Verhältniß.

I. 488. VII. 9 fg.

2. Dasselbe ist Kompromißgericht in Prozessen über die gewerbliche Natur der Mühlenabgaben. R. III. 338.

3. Dasselbe ist befugt, die durch ein Erkenntniß erster Instanz von Amtswegen ausgesprochene Unablösbarkeit einer an sich streitig gewesenen Reallast durch die in der Hauptsache selbst zu erlassende Entscheidung auch ohne besondere Appellations-Beschwerde einer Parthei von Amtswegen zu beseitigen. . R. VII. 281 fg.

Revisions-Instanz, f. Einwand. 1.

Rezesse, f. Besitzveränderungs-Abgaben. 35. Grundgerechtigkeiten. 10. Rentenbank. 1.

1. Deren Abfassung bei Ablösungen und Regulirungen durch die Rentenbank nach dem Circular-Rescripte v. 15. Mai 1850. M. III. 20 fg. IV. 7.

2. Deren Verbindlichkeit gegen den Singular-Successor auch bei noch nicht erfolgter Hypothekenbuch-Berichtigung. O. III. 51

3. bestätigte, bewirken eine Novation und haben die Wirkung eines gerichtlichen Vergleichs im Prozesse oder eines rechtskräftigen Erkenntnisses. . R. III. 334, 340.

4. über Ablösungen durch Vermittelung der Rentenbank sind in der Regel vor Eintritt des Zahlungstermins des Ablösungs-Kapitals zu bestätigen. M. IV. 16, 19.

5. haben die Natur eines Vertrages und die aus der Ausführung derselben entstandenen Beschädigungen unterliegen nicht der dreijährigen Verjährung. R. IV. 402 fg.

6. Gegen deren innere Rechtsbeständigkeit und die Rechtsgültigkeit der Erklärungen der Kontrahenten sind Einwendungen, namentlich des Irrthums trotz des §. 170 der Verordn. vom 20. Juni 1817 zulässig. R. V. 16. VI. 75.

7. Die über die Ablösung von Passiv-Renten des Rgl. Fiskus im Wege des Vergleichs zu Stande gebrachten Rezesse können von den betreffenden Regierungen selbst bestätigt werden. . . M. VI. 334.

8. Deren Rechtsbeständigkeit kann im Wege der Nullitäts-

Klage nach erfolgter Beſtätigung nur vor den ordentlichen Gerichten angefochten werden. . . . O. K. VII. 450.

Rietberg (Graffſchaft).

Auch dort kommen jetzt die Vorſchriften des A. L. R. über die Beitragspflicht des Patrons zu den Kirchenbanlaſten in Anwendung. O. VI. 472.

Roggenernte, ſ. Marktfuhrkoſten. Zinsgetreide.

Rückerlohn iſt bei der Fixation einer Brennholzberechtigung auf eine beſtimmte Klafterzahl von dem Berechtigten nicht zu erſtatten. O. III. 282.

Rückſtände, ſ. Kompetenz. 8.

1. von Real-laſten, ſowohl verfaſſungsmäßigen, als eingetragenen und von Hypothekenzinſen, haben, ſo weit ſie nicht verjährt ſind, die Natur eines objektivdinglichen, gegen jeden dritten Beſitzer verfolgbaren Rechts. Außer dem Falle der Unzulänglichkeit der Kaufgelder des belaſteten Grundstücks oder des Konkurses findet eine Beſchränkung der Verfolgbarkeit dieſes Rechts auf einen zweijährigen Rückſtand nicht Statt.

O. IV. 343. V. 453.

2. Wenn der Verpflichtete ſolche bei der Ablöſung baar an den Berechtigten zahlt, ſo kann dieſer Baarbetrag der Rentenbank gegen Rentenbriefe nicht überwieſen werden. M. V. 4.

3. Für die in ſeine Beſitzzeit fallenden rückſtändigen Real-laſten haftet der Beſitzer des belaſteten Grundstücks auch nach deſſen Veräußerung noch perſönlich.

O. VII. 374.

4. Die Entſcheidung über die Rückſtände ſolcher Präſtationen, welche dem Außeinanderſetzungs=Verfahren unterliegen, ſteht den General-Kommiſſionen zu.

O. VII. 382.

Rücktritt, der,

1. von einem mündlichen, aber ſchriftlich zu errichten gewefenen Vertrage Seitens Deſjenigen, welcher die Erfüllung ganz oder theilweiſe angenommen hat, findet nur Statt, wenn die Sache in dem Zuſtande zurückgegeben werden kann, in welchem ſie ſich zur Zeit der Uebergabe befunden hat. O. IV. 67.

2. von einem Vertrage nach ergangenen günſtigen Urtheil

erster Instanz findet nur Statt, wenn der spezielle für die Nichterfüllung angegebene Weigerungsgrund für gerechtfertigt erachtet wird. O. IV. 338.
Rügen, s. Neuborpommern.

S.

Sachsen (Provinz), s. Laßgerechtigkeit. Laßgüter. 4. Mühlen-gerechtigkeit. 2. Präklusion. 3. Verjährung. 1.

1. Die kontraktliche Pflicht des Fiskus in den vormalig Sächsischen Landestheilen: „das Holz zum Bergbau vor Fremden für einen billigeren Preis den Bergwerksbesitzern überlassen zu wollen“ ist keine Grundgerechtigkeit und der Berechtigte zu deren Ablösung nicht befugt. O. IV. 334.
 2. Der in den Dörfern üblich gewesene Reiheschank ist, wie jede Schankwirthschaft, als Gegenstand des Privatrechts aufgehoben. O. V. 452.
 3. Vor Einführung des N.L.R. konnte zwar vermöge privatrechtlicher Verabredung das Recht auf Lehnwaare erlangt werden, war jedoch damals kein natürlicher Ausfluß des Erbzinsrechts, resp. des census reservativus. O. VI. 461.
 4. Bei Erbzinsgütern kann eine bloß auf frühere allgemeine Gesetze gegründete Laudemialpflicht bei Besitzveränderungen, welche erst nach Einführung des N.L.R. eingetreten sind, nur nach dessen Vorschriften und nicht nach Sächsischem Rechte beurtheilt werden.
O. VI. 461.
 5. Die Allerh.-Kab.-Ordre v. 11. Juni 1825 ist kein allgemeines Landesgesetz und findet auf Sachsen keine Anwendung; es müssen daher dort die Chaußeebau-Materialien von den angrenzenden Grundbesitzern gegen Entschädigung überlassen werden. . O. VI. 471.
 6. Das Churfürstl. Straßenbau-Mandat v. 28. April 1781 ist aufgehoben und für eine besondere Begeordnung nicht zu erachten. O. VII. 379.
- Sand. Das Recht Sand zu graben ist bei Gelegenheit einer Gemeinheitstheilung aufhebbar. R. II. 201 fg.

Schaafzoll, der, ist eine ablöbliche, nicht aufgehobene Real=Abgabe. R. II. 240 fg.

Schäferereigerechtigkeit, die,

1. erlöscht, auch in Schlesien, durch bloßen Nichtgebrauch. O. I. 111. 483.

2. ist in der Neumark ein gutsherrliches Vorrecht. R. II. 344 fg.

3. kann einseitig weder ganz, noch theilweise auf eine andere Sache übertragen werden. O. III. 44. Dagegen die andere Ansicht. P. III. 141.

4. kann auch in der Mark Brandenburg durch Verjährung nicht gegen die Gemeinde allein, sondern nur gegen diese und die Gutsherrschaft erworben werden. O. VII. 379.

Schärfkorn, das, s. Dorffschmidt.

1. in der Neumark bedarf keiner Eintragung in das Hypothekenbuch des Ritterguts; ebenso in der Kurmark. O. III. 50.

2. Die Leistungen einer Dorfgemeine, resp. der zu derselben gehörigen Wirthe an den Dorffschmidt (Schärfkorn, Kohlenfuhrn) für die dem letzteren als Eigenthümer des Schmiedegrundstücks obliegenden Arbeiten (Schärfen ic.) sind gleich dieser Verpflichtung nach Maafgabe des Abl.=Gef. vom 2. März 1850 ablösbar.

R. VI. 430 fg.

Schanfgerechtigkeit. Die mit einem ländlichen Grundstück verbundene, bereits bestandene, ist durch das Edikt vom 2. November 1810 und die Allg.=Gew.=Ordn. vom 17. Januar 1845 nicht aufgehoben. O. VI. 462.

Scharfrichterei=Abgaben, s. Pommern. 7.

Schau=Kommissionen. Deren Befugniß zur Festsetzung von Strafen gegen Mitglieder des Schau=Verbandes.

M. III. 163.

Schenken= und Erbenzins, der für eine Schenkergerechtigkeit nebst Viktualienhandel stipulirte ist für eine unentgeltlich aufgehobene Gewerbe=Abgabe zu erachten.

R. VI. 207 fg.

Schiedsgericht. Dessen Bildung im Auseinandersetzung=Verfahren nach Aufhebung des Art. 68. der Kreis=Bezirks= und Provinzial=Ordn. v. 11. März 1850 erfolgt

nach den hierüber früher bestandenen gesetzlichen Vorschriften. M. VI. 335.

Schiedsrichterliches Verfahren,

1. über die Planlage ist unzulässig. . . III. 410.
2. Nur gegen ein nach den Vorschriften der Instruktion vom 12. Oktober 1835 gehörig eingeleitetes, ist weder Appellation noch Rekurs zulässig. R. VII. 202 fg.
3. Dasselbe ist zur Ermittlung des Jahreswerths von Real-lasten Behufs der Ablösung nur in den Fällen zu-lässig, in welchen dasselbe als Beweismittel für die Schätzung ausdrücklich im Gesetze angeordnet ist.

R. VII. 202 fg.

Schiffsmühlen, s. Mühlenabgaben. 46.

sind im gesetzlichen Sinne zu den Mühlengrundstücken, also zu den Immobilien zu rechnen. . . . R. V. 191.

Schlägerlohn.

1. Bei Fixation einer Brennholzberechtigung auf Klästern müssen sich die Berechtigten den Abzug der-selben, nicht aber auch anderer Nebenkosten gefallen lassen. R. III. 280.
2. Zu dessen Entrichtung ist der zu freiem Bauholz Berechtigte auch ohne ausdrückliche Stipulation ver-pflichtet. R. VII. 217 fg.

Schlesien, s. Auenrecht. Art. 2. Besitzveränderungs-Ab-gaben. 16. 18. 19. 20. Dreidingsgeld. Juden. Kommu-nallasten. 1. Kommunikations-Wege. 3. Lagerholz. 1. Landeshauptmannsgefälle. Mühlengerechtigkeit. 1. Orts-Obseranz. Raff- und Lesholz-Gerechtigkeit. 1. Schäfe-reigerechtigkeit. 1. Stammgeld. 1. Zehnt. 3.

1. Die Befreiung evangelischer Eingepfarrten eines katholischen Kirchsprengels von den dem katholischen Pfarrer zustehenden Zehnten und anderen Abgaben bezieht sich nur auf die Mitglieder der protestan-tischen Konfessionen, nicht auf die der anglikani-schen Kirche. O. VI. 472.
2. Braunkohlen gehören zu den Bergwerks-Regalien. Das Mitbaurecht zur Hälfte steht nicht der Gutsherrschaft, sondern dem Eigenthümer des Grund und Bodens zu. O. VI. 472 fg.

Schmiede-Deputat, daß von der Gutsherrschaft vertrags-

mäßig übernommene ist auch ohne Eintragung für eine Reallast des Ritterguts zu erachten.

R. VII. 240 fg.

Schmiedezwang, der, s. Dorffschmidt, ist durch die Allg.=Gew.=Ordn. vom 17. Januar 1845 nicht aufgehoben, sondern nach deren Vorschriften ablösbar. . O. III. 50.

Schoß, der.

1. Ueber dessen Ursprung und rechtliche Natur als Steuer im Herzogthum Magdeburg. R. O. II. 229 fg. III. 48.

2. Derselbe ist in der Provinz Sachsen ebenfalls steuerartiger Natur und unentgeltlich aufgehoben.

R. O. V. 287 fg. VII. 367.

Schreibensunerfahrene.

1. Mangel der Angabe, daß und wie der zugezogene Unterschriftsbeistand der Unterzeichnung und Genehmigung des von einer einzelnen Gerichtsperson aufgenommenen Protokolles beigewohnt hat, macht das letztere für den Analphabeten unverbindlich. O. III. 57.

2. Zur Gültigkeit eines mit einem Analphabeten geschlossenen Vergleichs genügt die Gegenwart und Betheiligung eines Schreibenskundigen Titiskonforten nicht, wenn der letztere für den ersteren nach Inhalt des Protokolles nicht ausdrücklich als Beistand fungirt hat. O. V. 36 fg.

Schulabgaben, s. Ablösbarkeit. 1—3.

Schul=Dotation, die, bei Gemeinheitstheilungen

1. ist von den Separations=Interessenten auch für zwei im Orte befindliche Schulen zu gewähren

R. II. 175 fg. O. II. 315.

2. findet nur Statt, wenn ein Landumtausch vorkommt.

R. II. 178.

3. zu derselben müssen auch die Gutsherrschaften beitragen. R. II. 187.

4. Der Konfessionsunterschied ist für die Beitragspflicht der Separations=Interessenten zu derselben gleichgültig. R. II. 190. O. II. 315.

5. ist bei der ersten Separation zu gewähren. R. II. 192.

6. ist für bloße Katecheten (Kinderlehrer) nicht zu gewähren. R. II. 191.

7. Deren Betrag und Umfang. R. II. 193. O. II. 315.

8. unterliegt keiner Grundsteuer. . . . R. II. 194.
9. Deren Einzäunung liegt der Schulgemeinde und nicht ohne Weiteres den Separations-Interessenten ob. R. II. 194.
10. Andeutungen über deren zweckmäßige Benutzung. R. II. 195.
- Schulen. Darunter sind im Allgemeinen alle Lehranstalten zu verstehen. . . . R. IV. 267.
- Schulhausbauten.
1. Die Baumaterialien hat der Gutsherr herzugeben, wenn er auch nicht zugleich Gerichtsobrigkeit ist. O. IV. 338.
 2. Der Besitzer einer f. g. Herrschaft muß aus dem zu derselben gehörigen Walde das für die gemeinen Schulen erforderliche Bauholz hergeben, wenn er nicht nachweist, daß der Wald speziell zu einem einzelnen Gute der Herrschaft gehört, welches in dem Schulverbande nicht begriffen ist. . . . O. VI. 468.
- Schulzeugnisse. Die zu den Feldmesserprüfungen erforderlichen sind stempelfrei. . . . M. III. 179.
- Schulgeld, das, f. Magdeburg. 5. Niederlauffh. 3.
- Separation. Was unter der ersten Separation im §. 101 der Gem.=Theil.=Ordn. vom 7. Juni 1821 zu verstehen. R. II. 192.
- Servitutberechtigte, f. Dienstbarkeitsberechtigte.
- Servituten, f. Dienstbarkeiten. Verjährung 18.
- Servitudes discontinuae werden nach Gemeinem Rechte durch 30jährige Ersizung erworben. O. II. 452. III. 231.
- Siftirung, die,
1. der gutsherrlichen und bäuerlichen Prozesse in den wieder- und neuerworbenen Provinzen hat nur solche Prozesse betroffen, deren Entscheidung von der Auslegung und Anwendung der fremdherrlichen Gesetze abgehängt haben würde. . . . O. III. 54. VI. 171.
 2. Die durch die Kab.=Ordn. vom 5. Mai 1815 verordnete Suspension der gutsherrlichen und bäuerlichen Prozesse in den wiedererworbenen und neuen Provinzen hat nur hinsichtlich derartiger Ansprüche die Verjährung unterbrochen, wegen welcher der Prozeß schon anhängig

war oder während der Suspension angestellt wurde.

O. VI. 471.

Soest (Börde). Zu den wiederhergestellten älteren Vererbungsgrundfägen ist nicht zu rechnen, die Theilungsart und Abfindung bei den Kolonaten der Soester Börde im Falle der Auseinanderetzung des überlebenden Ehegatten mit seinen Kindern. O. IV. 339.

Spezial-Kommissarien. Die von denselben bei Gelegenheit der Regulirung aufgenommenen Verträge wegen Ueberlassung bäuerlicher Stellen, Gewährung von Altentheilen u. haben bei versagter Bestätigung derselben dennoch die Wirkung einer Puntation. . . R. II. 353. 365. O. III. 52.

Spezial-Separation. Deren Zulässigkeit ist durch die Verordnung vom 28. Juli 1838 nur bei eigentlichen Orts-Feldmarken beschränkt, nicht bei wüsten Marken oder Außenländereien. R. II. 165 fg.

Spinndienste, gehören nicht zu den durch §. 3 Nr. 8 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 unentgeltlich aufgehobenen Leistungen. R. VI. 57.

Spinn geld, s. Spinndienste.

Spruchkollegien, für landwirthschaftliche Angelegenheiten, deren Ressort-Verhältniß, Zahl und Ort.

VII. 26. fg.

Staatsanzeiger. Dessen Umwandlung in ein Central-Organ für amtliche Nachrichten. M. IV. 305 fg.

Stadtgemeinde, s. Verjährung. 5.

Ueber die Frage, ob nach der Gemeinbeordnung vom 11. März 1850 der Gemeindevorstand allein zur Aussetzung einer Vollmacht für dieselbe befugt ist.

M. V. 103 fg.

Stammgeld, daß,

1. müssen die in fiskalischen Forsten zu freiem Bau- und Ruhholz-Berechtigten in Westpreußen auch dann erlegen, wenn die Berechtigung vor Erlaß der Forstordn. v. 8. Oktober 1805 begründet wurde, wenn sie nicht eine ausdrückliche Befreiung nachweisen können. R. III. 277.
2. ist nach der Schlesischen Holz-, Mast- und Jagdordnung v. 19. April 1756 auch von den Servitutberechtigten zu entrichten. O. VI. 463.
3. müssen in der Mittelmark auch diejenigen Berechtigten

- zahlen, welche Holz ganz frei aus der K. Forst zu empfangen haben. R. VII. 217 fg.
- Stammchäuferei, die, zu Frankenselde, deren Aufseher und Administrator. VII. 31.
- Stauungsberechtigte. Deren Streitigkeiten unter einander wegen des Rechts zur Benutzung des Wassers gehören zum Rechtswege, nicht aber vor die obere Polizei=Behörde. O. III. 57.
- Stauwerke. Deren Regulirung durch die Landes=Polizei=Behörde. M. III. 159.
- Steinfurt (Graffschaft). Deren Territorial=Wechsel. R. VI. 202.
- Stelle. Ueber den Begriff einer ländlichen Stelle im Sinne des §. 74 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850. R. V. 179. VI. 150 fg.
- Stendal. Theilung der General=Kommission daselbst. M. IV. 153.
- Steuervergütigungs=Anspruch. Wegen desselben findet eine Ermäßigung der Ablösungs=Rente für die auf dem berechtigten Grundstück haftenden Reallasten nicht Statt. R. VII. 153 fg.
- Steuerverhältnisse, f. Pommern. 4.
- Stipuliren. Ueber dessen Begriff. . . . R. IV. 380 fg.
- Streitgenossenschaft, f. Litiskonfortium.
- Streitobjekt. Bei Leistungen, deren Jahreswerth nur nach jährlichen Durchschnitten zu bestimmen, ist nur der Jahresbetrag nach den betreffenden Ablösungs=Ordnungen, der Kapitalwerth aber nach §. 11 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. Mai 1851 zu bestimmen. . . . O. VII. 378.
- Streuberechtigung, f. Gemeinde. 2.
1. Deren Ausübung ist den forstpolizeilichen Anordnungen unbedingt unterworfen, ohne Rücksicht auf rechtsverjährten Besitz. O. I. 484. III. 43.
 2. Deren Umfang und Anrechnung der eigenen Streumittel des Berechtigten bei der Ablösung. . . . O. III. 47. 225.
- Südpreußen, f. Mühlenabgaben. 39. 44.
- Subhaftation, f. Hindernisse.

Bei einer nothwendigen Subhaftation bleiben nicht bloß die gemeinen, sondern auch die auf speziellen Titeln beruhenden Lasten des Grundstücks auf demselben haften und

gehen auf den Käufer über, wenngleich sie in der Taxe nicht veranschlagt worden sind. O. VII. 366.

Substitution, f. General-Bevollmächtigter.

Summa appellabilis. Grundgerechtigkeiten gehören unbedingt zu den appellablen Gegenständen, wenn die Partheien nicht über das Gegentheil einverstanden sind, und bedürfen Behufs Feststellung der appellablen Summe keiner Abschätzung. O. VII. 377.

Superficialrecht, (Superficies) f. Neuborppommern und Klügen. 7.

Suspension, f. Sistirung.

T.

Taxe, f. Holztaxe.

Tecklenburg (Grafschaft). Die Verpflichtung der Dorfgemeinen zum Bau der Landstraßen und Brücken besteht provincialrechtlich noch fort. O. I. 484.

Tertia marcalis, die, der Markenherrn oder Markenrichter an Westphälischen Marken ist durch das Abl.=Ges. vom 2. März 1850 nicht unentgeltlich aufgehoben, vielmehr bei Theilung der Marken in der Regel durch ein Drittel des nach Entschädigung aller Nutzungrechte verbleibenden Ueberrestes der Mark abzufinden. R. VI. 200 fg.

Thatfache, eine, kann nicht vermuthet werden, und ist dies ein Rechtsgrundsatz. O. III. 61.

Theilnahmrechte. Berechnung des Umfangs derselben Behufs Zulässigkeit der Spezial-Separation nach Maafgabe der Verordnung vom 28. Juli 1838. R. II. 170 fg.

Thüren, f. Bauholz. Dienstwohnungen.

Tilgungskassen, die,

1. in den Kreisen Baderborn, Büren, Höxter und Warburg stehen unter der Oberaufsicht der Central-Kommission für die Angelegenheiten der Rentenbanken. M. IV. 314.

2. Deren Reffort-Verhältniß. VII. 28.

Torf, denselben muß der Verpflichtete für den Brennholzberechtigten in den gesetzlichen Annahmefällen stehen und streichen lassen. O. II. 450. III. 43.

Treppenbekleidung, f. Bauholz.

II.

Uebergabe. Außer der Uebergabe der Hauptsache ist eine besondere Uebergabe verpachteter Pertinentien durch Anweisung nicht erforderlich. O. V. 457.

Ueble Wirthschaft, s. Waldwirthschaft.

Bei Benutzung eines mit Servituten belasteten Waldes, deren Begriff. O. IV. 66.

Ufer. Den Eigenthümern der Ufer an Privatflüssen liegt nach allgemeinen Gesetzen keine Pflicht zur Uferunterhaltung ob. R. VII. 198 fg.

Uferbesitzer.

1. An welchem Punkte derselbe das zur Bewässerung benutzte Wasser eines Privatflusses in denselben zurückleiten muß, auch mit Rücksicht auf den gegenüberliegenden Uferbesitzer. O. VII. 375.

2. Die von dem diesseitigen Uferbesitzer angelegte, über die Mitte des Flusses oder bis an das jenseitige Ufer reichende Mühlen-Anlage resp. das Stauwerk kann der gegenüberliegende Uferbesitzer nicht weggeräumt verlangen. O. VII. 376.

Union, deutsche-Hagel-Ver sicherungs-Gesellschaft in Weimar, deren Concessionirung in Preußen. VII. 45.

Universitäten s. Ablösbarkeit. 1.

Unterschrift, die,

1. eines Vertrages verpflichtet schriftlich den Vollziehenden, wenngleich derselbe nur seinen Namen schreiben, aber Geschriebenes lesen kann. O. III. 52.

2. bei schriftlichen Verträgen muß eigenhändig erfolgen, und in wie weit dieselbe von einem Dritten geleistet werden kann. O. III. 59.

Unterschriftszeuge.

1. Der Umstand, daß der zugezogene Unterschriftszeuge eine Gerichtsperson ist, reicht nicht aus, um eine mit Analphabeten aufgenommene Verhandlung, als eine von zwei Gerichtspersonen aufgenommene zu erachten. O. III. 52.

2. Bei zweiseitigen Verträgen von Analphabeten ist die Zuziehung nur eines Unterschriftszeugen für beide Schreibendunerfahrene Kontrahenten noch nicht ausreichend,

den Vertrag auf einseitiges Anrufen des einen Theils für nichtig zu erklären. O. III. 52.

Urbarium.

1. Ein konfirmirtes Schlesiſches Urbarium genügt zum Beweiſe der Landemialpflicht ohne Angabe des Rechtsgrundes, entſcheidet jedoch nicht darüber, ob die Abgabe grundherrlicher Natur iſt oder zu den Sporteln gehört. O. I. 481.
2. Beweisraft eines interimiftiſchen Urbariums über unftreitige Punkte. O. II. 455. III. 58. P. IV. 136.
3. Verfahren bei deren Errichtung und Beftätigung. P. IV. 127 fg.
4. Durch die bloße Exiſtenz eines Urbariums iſt die Erwerbung gutsherrlicher und bäuerlicher Laſten durch Erſtzung nicht ausgeſchloſſen. O. VII. 363.
5. Gegen den klaren Inhalt eines von den Schleiſſiſchen Staatsminiſtern beſtätigten Urbariums findet keine Verjährung weder gegen die Unterthanen, noch gegen die Gutsherrſchaft Statt. O. VII. 380.
6. In Rückſicht einer durch ein Schleiſſiſches Urbarium begründeten Raff- und Leſeholz=Berechtigung iſt dennoch die Verjährung in Anſehung der Lage und Transportmittel zuläſſig. O. VII. 380.

Urbarial=Verhandlungen, vorbereitende, über deren Beweisraft. O. I. 486.

Urbede ſ. Orbär.

Urkunde.

1. Eine bloß einſeitig und nur ſchriftlich ausgeſtellte Urkunde über den unentgeltlichen Erlaß von Real-laſten iſt ungenügend. R. V. 424 fg.
2. Der bloße Vermerk der erfolgten Verdollmetſchung einer öffentlichen Urkunde an den Sprachunkundigen erſetzt nicht die vorgeschriebene Vorlegung einer Ueberſetzung oder eines Nebenprotokolls; vielmehr iſt im Mangel einer gehörigen Verzichtleiſtung die Verhandlung für den Sprachunkundigen ungültig, wenn deren Richtigkeit ſonſt nicht nachgewieſen werden kann. O. V. 460.

Urlaubsgesuche, der Beamten, deren Beſchränkung.

M. IV. 303.

Urteil, s. Erkenntniß.

Urteilsgebühren des Revisions-Collegium in Prozessen über die gewerbliche Natur der Mühlen=Abgaben. R. III. 336. 360.

Urteilsgründe, deren Wirkung und Berücksichtigung. O. III. 59.

B.

Veränderung, s. Thatsache.

Verbotsgesetze, bezüglich der Verjährung, dazu gehören nur solche, deren Ueberschreitung eine unerlaubte Handlung involviren würde, selbst wenn der von der Verjährung Betroffene in solche consentirte. . . . R. O. III. 203 fg.

Verfahren, in Auseinandersehungssachen, wird durch die Verordnung vom 20. Juni 1817 mit ihren Ergänzungen bestimmt, welche an die Stelle des Tit. 43 Th. I. A. O. D. getreten ist. . . . R. I. 53.

Vergleich, ein gerichtlich geschlossener über rechtshängige Sachen, bewirkt nicht, wie eine rechtskräftige Entscheidung, eine Ausnahme von der Regel, daß zu der nach erfolgter Unterbrechung beginnenden neuen Verjährung eine der ursprünglichen gleichkommende Frist genüge. O. III. 62.

Verhandlungen, s. Urkunden. 2.

der Auseinandersehungssachen = Behörden im Auseinandersehungssachen = Verfahren sind im weiteren Sinne prozessualische. R. II. 253. III. 328.

und zwar ohne Rücksicht darauf, ob ein streitiger Gegenstand darin zur Erörterung kommt oder nicht. R. V. 367 fg.

Verjährung, s. Anerkenntniß. 7. Dienste. 2. Fiskus. Grundgerechtigkeiten. 15. Kirchengrundstücke. Lasten 1. Pächter. Posen. 2. 4. 6. Urbarium 4—6. Verbotsgesetz. Wege. 2. Wegegerechtigkeit.

1. Bei der unbordenklichen Verjährung nach Sächsischem Recht müssen die Zeugen=Aussagen einen Zeitraum von 31 Jahren 6 Wochen 3 Tagen umfassen, dies gilt auch gegen den Fiskus. . . . O. III. 46.

2. Die unbordenkliche Verjährung findet nur Statt, wenn die ordentliche ausgeschlossen ist, nicht aber in subsidium der letzteren. O. III. 46. R. O. VII. 186.

3. Wenn es nach §. 660 I. 9. A. L. R. wegen Ueberschreitung der Grenzen eines Vertrages der 50 jährigen Präscription bedarf, muß dieselbe vom 1. Juni 1794 ab berechnet und bei zugleich behauptetem Memorialbesth kann die vorlandrechtliche Zeit der 50jährigen Präscription nicht hinzugerechnet werden. O. III. 46. 62.
4. Deren rechtsgültiger Anfang ist nach den zur Zeit des Beginns geltend gewesenen Gesetzen zu beurtheilen, wengleich sie bei Einführung des A. L. R. noch nicht beendigt war. O. III. 61.
5. Die ungewöhnliche Verjährung von 44 Jahren steht nur dann den Stadtgemeinden zu, wenn ihnen in ihren Privilegien gleiche Rechte wie die dem Fiskus oder den Kirchen zukommenden verliehen worden sind. O. III. 62.
6. Der §. 512 I. 9. A. L. R., wonach keine Verjährung gegen denjenigen anfangen kann, welcher von seinem Rechte nicht hat unterrichtet sein können, ist nicht dahin zu verstehen, daß es dem Beeinträchtigten durchaus unmöglich gewesen sein muß, von seinem Rechte Kenntniß zu erhalten; es genügt vielmehr, wenn dasselbe ihm unbekannt geblieben ist. O. V. 458.

erwerbende,

7. Nach Sächsischem Recht genügt zu derselben gegen den Fiskus die gewöhnliche Frist von 31 Jahren 6 Wochen 3 Tagen nicht. . . O. II. 451. III. 208. dieselbe wird vielmehr binnen 40 Jahren vollendet, eine vierjährige Restitutionsfrist kommt dem Fiskus nur innerhalb und bis zum Ablauf dieser Frist zu Statten. O. III. 46.
8. Der 30 jährigen Verjährung steht unrechtfertiger Besitz nicht entgegen. O. III. 44.
9. Zur Verjährung durch Besitz in den Normaljahren genügt ein vollständiger und ruhiger Besitz, auf den Nachweis eines Titels kommt es nicht an. O. III. 52.
10. Wenn der Anfang und das Ende derselben erwiesen, so greift die Vermuthung für die Fortsetzung des Besitzes auch dann Platz, wenn der zwischen beiden liegende Zeitraum die Verjährungsfrist überschreitet. O. III. 64. IV. 68.

11. Einzelne fiskalische Stationen können gegen einander keine Rechte in Bezug auf das Staatsvermögen durch Verjährung erwerben. . . . O. IV. 337.
12. Durch das Hypotheken-Patent vom 22. Mai 1815 ist die Erfügung eines Realrechts unterbrochen worden, wenn dasselbe nicht rechtzeitig angemeldet ist.
O. V. 351 fg. 463.
13. Auch der putative Eigenthümer eines Grundstücks kann für dasselbe eine Grundgerechtigkeit durch Verjährung erwerben. O. V. 449.
14. Zum Erweise derselben genügt es, wenn Zeugen in Betreff aller Litisconforten ein gewisses Handeln befunden, und ist es nicht erforderlich, daß sie dies in Betreff jedes einzelnen, namentlich zu bezeichnenden Litisconforten thun. O. V. 450.
15. Die titellose 50jährige Erhebung von Kommunal-lasten von einem urkundlich von denselben frei gewesenen Grundstück begründet keine Verjährung.
O. V. 453.
16. Die Bestimmung des §. 126 I. 7. A.L.R. ist bei der Erfügung nicht anzuwenden. O. V. 457.
17. Ein Successor kann sich auf den Titel seines Auctors nur dann berufen, wenn der Auctor bereits selbst besessen hat. O. VI. 465.
18. Servitutes discontinuae werden dennoch nur innerhalb 40 Jahren erworben, wengleich sie während 30 Jahren alljährlich ausgeübt worden sind. . . . O. VI. 465.
19. In denjenigen Landestheilen, in denen der Code Napoléon oder vor dessen Einführung das Gemeine Recht gegolten hat, können Grundgerechtigkeiten nur durch die 30jährige titellose oder 10= resp. 20jährige titulierte Verjährung von Einführung des Code zurückgerechnet erworben werden und ist der Nachweis einer Immemorial-Präscription unzulässig. . . R. VII. 180 fg.
20. Durch Konfusion des herrschenden und dienenden Grundstücks in einer Hand wird die Erfügung unterbrochen.
O. VII. 370.

erlöschende

21. Dieselbe wird durch die Erfüllung unmittelbarer Gegenleistungen ausgeschlossen. O. III. 45

22. Zur Unterbrechung derselben durch die Klageanmeldung ist die namentliche Bezeichnung der Verklagten, insbesondere auch bei den eine Korporation bildenden, erforderlich. O. III. 61.
23. Dieselbe findet gegen den Pächter zum Nachtheile des Gutseigentümers auch dann nicht Statt, wenn sie vor Einführung des N.L.M. angefangen hat. O. III. 66.
24. ist gegen Domainenpächter zum Nachtheile des Fiskus unzulässig. O. III. 66.
25. Bei Rechten, welche nur bei gewissen Gelegenheiten ausgeübt werden können, ist es nicht nöthig, daß die letzte Gelegenheit am Ende der Frist liegt; es genügt, wenn sie innerhalb des Laufes dieser Frist vorgekommen ist. O. IV. 332.
26. Die Anwendung des §. 521 I. 9. N.L.M. wird nicht unbedingt dadurch ausgeschlossen, daß nur einzelne Pertinenzien oder Gerechtsame des Guts verpachtet sind; es kommt vielmehr auf die besonderen Verhältnisse jeden Falles an. O. IV. 341.
27. Die gesetzliche Unzulässigkeit des Anfangs der Verjährung gegen ein verpachtetes Gut wird durch die gleichzeitige Verwaltung desselben nicht ausgeschlossen. O. V. 453.
28. Der Einwand der erlöschenden Verjährung kann in der Revisions-Instanz nicht mehr geltend gemacht werden. O. V. 456.
29. Zu deren Unterbrechung gegen den wirklichen Schuldner ist es ausreichend, wenn die Klage gegen den vermeintlichen Schuldner innerhalb der Verjährungsfrist angemeldet ist. O. V. 458.
30. Das zur Unterbrechung derselben genügende Anerkenntniß ist an keine Form gebunden, und kann auch durch Handlungen ausgedrückt werden. O. V. 460.
31. Der Nachfolger des Fiskus im Besitze kann sich auf die 44 jährige Verjährung nicht berufen, wenn die zur gewöhnlichen Verjährung hinreichende Zeit bei seinem Erwerbe noch nicht abgelaufen war. . . . O. VI. 465.

Kürzere

32. Die Verjährung des Anspruchs auf Ersatz eines außerkontraktlichen Schadens wird dadurch nicht ausgeschlossen,

- daß über die Rechtmäßigkeit der beschädigenden Handlung Prozeß schwebt. O. IV. 66.
33. Die für eine nicht gewährte Holzgerechtigkeit zu zahlende Geldentschädigung verjährt auch dann nicht in vier Jahren, wenn dieselbe auf Grund jährlicher Durchschnitte nach jährlichen Terminen gefordert wird. O. IV. 337.
34. Die vierjährige Verjährung der Auseinandersetzungskosten beginnt von der Rezeßbestätigung. M. V. 107.
35. Die bei Rückforderung öffentlicher Abgaben angeordnete kurze Verjährungsfrist findet allgemeine Anwendung, mag von einer gänzlichen und persönlichen Befreiung oder einer Ermäßigung derselben die Rede sein. O. V. 459.
36. Der §. 54 I 6 A.L.R. findet bei Verletzung bestehender, nicht auf einen Kontrakt sich gründender Rechtsverhältnisse in soweit keine Anwendung, als die Klage nur die Natur eines Anspruchs auf Erfüllung oder Ersatz des Werths wegen verweigerter Erfüllung hat. O. VI. 464.
37. Zur Ausschließung derselben wegen rückständiger Reallasten ist es genügend, wenn die Verpflichtung zur Zahlung von Rückständen überhaupt, ohne spezielle Festsetzung des Betrages, rechtskräftig ausgesprochen ist. O. VII. 364.
- Vermessungs- = Revisoren, welche gleichzeitig Dekonomie-Kommissions- = Gehülfen sind, dürfen nicht in derselben Sache gleichzeitig ihre beiden Funktionen ausüben.
M. VI. 25.
- Vermuthung, die, s. Besizer. 1.
für die Freiheit des Eigenthums, überwiegt auch bei einem gutsherrlichen Verbande die Vermuthung für die Rechtmäßigkeit des Besizes des Rechts zu Beschränkungen und Belastungen des Grundstücks, in soweit nicht feststeht, daß solche für diesen Distrikt und für alle darin belegenen Grundstücke oder doch für dieselbe Klasse nach gesetzlicher Vorschrift (Urbarien, Zinsregister, Ortsverfassung) an die Gutsherrschaft zu entrichten sind. . . O. V. 456.
- Verordnung, die, Iegtwillige eines Iasibäuerlichen Wirths über den Hofesnachfolger aus seinen Kindern kann auch mündlich getroffen werden. R. II. 256.

Verfandung. Was unter „der gemeinschaftlichen Gefahr der Verfandung“ im §. 23 der Gem.-Theil.-Ordn. vom 7. Juni 1821 zu verstehen. . . . R. I. 102. II. 158.

Verfälschung. Für die Verfälschung der Grundstücke durch Naturereignisse nach der Ausführung des Separations-Plans braucht die Theilungs-Masse nicht aufzukommen. R. II. 156 fg.

Verfälschung, die, deren Beschränkung bei Bauerngütern ist aufgehoben. R. I. 169 fg.

Verträge, s. Rücktritt. Spezial-Kommissarien. Unterschrift. Urkunde. 2.

1. Die Vorschrift des §. 233 I. 21. A.L.R. bezieht sich nicht auf lästige Verträge und auf Eigenthums-Übertragungen. O. III. 58.
2. In wie weit der von einem mündlichen Vertrage Zurücktretende Ersatz der auf die zurückzugebende Sache verwendeten nothwendigen Kosten fordern kann. O. III. 65.
3. Zur Aufhebung eines mündlichen, von einem Kontrahenten jedoch schriftlich anerkannten und noch von keiner Seite erfüllten Vertrages bedarf es außer der wechselseitigen Einwilligung nicht der Kassation des einseitigen schriftlichen Anerkenntnisses. . . . O. IV. 337.

Verwalter, der, fremder Güter ist ohne Spezial-Vollmacht zur Erhebung noch nicht fälliger Einkünfte im Voraus nicht befugt. O. III. 63.

Verwendung, s. Fideikomnisse. 1.

1. Deren Kontrolle in Betreff der Kaufgelder beim Abverkauf kleinerer Grundstücke gehört zur Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden. M. III. 174.
2. Die Prüfung derselben steht auch diesen Behörden allein zu und können namentlich Branntweinbrennerei-Apparate für einen Gegenstand der Verwaltung nicht erachtet werden. M. VII. 47.

Verzugszinsen, welche bei der Einklagung des Hauptstuhls nicht zugleich mit eingeklagt sind, können nicht nachgefordert werden, auch wenn sie in der Klage vorbehalten sind und dieser Vorbehalt von dem erkennenden Richter festgesetzt worden ist. O. VII. 374.

Vieh- und Kopfsteuer, die, (auch Vieh- und Zuschubsteuer)

- in Pommern, welche Gutbesitzer bei Veräußerung von Grundstücken ausbedungen und für sich erhoben haben, ist, in soweit sie nicht als Staatssteuer fortgezahlt werden muß, unentgeltlich aufgehoben. . . R. V. 281 fg.
- Vieh-Versicherungsgesellschaft, die, Magdeburger, deren Konzeßionirung, Zweck, Umfang, Sitz. M. VII. 42.
- Viehzahl, bestimmte, s. Hütungs-Gerechtigkeiten. 2.
- Vierdungszins, der, in Schlesien, originirt nicht aus der aufgehobenen gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, sondern aus einem den Kirchen zugestandenen Zehntrecht, und ist nicht unentgeltlich aufgehoben. . R. VII. 396 fg.
- Vollmacht, s. Stadtgemeinde. 1.
1. Deren Ueberschreitung muß bei erfolgender Anzeige von dem Machtgeber innerhalb der §§. 90 fg. 1. 5 N.L.R. bestimmten Fristen genehmigt werden, wenn er sich die daraus entspringenden Vortheile aneignen will. O. III. 63.
 2. Die in der Vollmacht in Bezug genommene Instruktion ist kein wesentlicher Theil des Vollmichtsvertrages selbst. O. V. 464.
 3. Durch die bloße Zurückforderung der schriftlichen Vollmacht wird das später von dem im Besitze der Vollmacht verbliebenen Bevollmächtigten abgeschlossene Geschäft für den Machtgeber nicht unverbindlich. O. V. 464.
- Vorfluth. Das Vorfluthbedikt vom 20. December 1746 für Schlesien ist noch jetzt ein gültiges Provinzialgesetz. O. IV. 67.
- Vorfluths-Regulirung. In wie weit die Auseinandersetzungs-Behörden bei Gelegenheit von Gemeinheitstheilungen hierzu kompetent sind. R. VI. 16 fg.
- Vorkaufrecht.
1. Dessen Stipulation in allen Verkaufsfällen berechtigt noch nicht zur Geltendmachung desselben bei Verkäufen an Descendenten. R. VII. 116.
 2. Der im §. 618 I. 20 N.L.R. den Kontrahenten vorbehaltenen Rücktritt vom Kaufe wird durch die an den Käufer erfolgte Uebergabe ausgeschlossen. O. VII. 375.
- Vormund, s. Nothfrist.
- Vortrieb. Bei Anwendung des zehnjährigen Vortriebs bleibt der von Pachtländereien gehaltene Viehstand außer Anfaß. R. II. 330.

Vorwerke. Die auf Vererbpachteten Vorwerken haftenden Reallasten unterliegen der Regel nach dem §. 65 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850. R. IV. 178 fg.

W.

Wahlrecht, das, des Hofesannehmers durch die Gutsherrschaft.

1. ist bei nicht laffitischen Stellen aufgehoben. R. I. 169.
2. unter majorennen und minorennen Kindern des Wirths. O. I. 487. II. 293. 297.
3. Wirkung des ausgeübten Wahlrechts. . . O. I. 487.
4. bei laffitischen Stellen. . R. II. 290 fg. 381. 385.
5. Den nicht gewählten Kindern des Hofbesizers steht kein Widerspruchsrecht gegen die erfolgte Wahl zu. R. II. 382.
6. Ob dasselbe bei laffitischen Stellen schon durch das Edikt vom 9. Oktober 1807 resp. das Publikandum vom 24. Oktober 1810, oder erst durch das Abl.=Ges. vom 2. März 1850 und letzteren Falles seit Erlaß dieses Gesetzes oder des Gesetzes vom 9. Oktober 1848 für aufgehoben zu erachten? . R. O. VI. 394 fg. 403 fg.
7. Dasselbe stand dem Gutsherrn auch noch in dem Falle unter mehreren gleichberechtigten Erben zu, wenn der Todesfall des Besitzers einer laffitischen Stelle sich erst nach Erlaß des Gesetzes vom 9. Oktober 1848, aber vor der Rechtskraft des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 ereignet hatte; jedoch mußte dasselbe vor dieser Rechtskraft ausgeübt sein, widrigenfalls von da ab die gewöhnliche gesetzliche Erbfolge für die Erben des Besitzers eintrat; R. VI. 401 fg.
das Gegentheil aber von dem Ober-Tribunal angenommen. O. VII. 369.

Wahrgerechtigkeit, die, in den Marken, ist ein von der Holzgerechtigkeit der Markenbeerbten völlig verschiedenes Recht auf unschädliches Brandholz und hat die Natur einer Servitut, ruht aber, wenn sie von einem Beerbten erworben wird. R. O. VI. 274 fg.

Waldstreurecht, s. Streuberechtigung.

Waldweiderechtigung, die, wechselseitige, ist bei

Feldseparationen und bestehender Gemeinschaft der Feldhütung gleichzeitig mit aufzuheben. R. I. 97.

Waldwirthschaft. Unter der „üblen Wirthschaft“ ist der übertriebene Holzverkauf, als eine Art derselben schon mitbegriffen, und ist darunter nicht bloß eine positive Beschädigung des Waldes, sondern auch vernachlässigte Waldkultur zu verstehen. O. IV. 66. 332 fg.

Warburg (Kreis), s. Paderborn (Kreis).

Warschau (Herzogthum), s. Westpreußen.

Die Bildung einer Lokal=Obervanz, nach welcher dem Patron die Baulast der Kirchen= und Pfarrgebäude allein obliegt, ist durch den Code civil nicht ausgeschlossen

O. III. 48.

Wasserkraft.

1. Was hat der Gutsherr, welcher eine Wassermühle gegen fortdauernde Abgaben veräußert hat, bezüglich der Wasserkraft dem Mühlenbesitzer zu gewähren?

P. V. 137 fg.

2. Der Gutsherr ist ohne Uebnahme einer ausdrücklichen Verpflichtung nicht verbunden, dem Mühlenbesitzer dafür zu haften, daß er fortdauernd das zum Betriebe der Mühle erforderliche Wasser erhalte.

R. O. VII. 231 fg.

Wasserleitung.

1. Die bloße Gestattung der Mitbenutzung derselben ohne lästigen Vertrag begründet noch keine Verpflichtung für den Eigentümer derselben, solche im Interesse des Mitbenutzenden zu erhalten. R. VI. 178 fg.

2. Die Benutzung einer Wasserleitung durch Mehrere steht der Ablösbarkeit der einem Dritten obliegenden Verpflichtung zum Bau und zur Unterhaltung derselben nicht entgegen. R. VI. 178 fg.

Wassermühle, s. Bauholzgerechtfame. 8. Uferbesitzer. 2.

Weg, s. Besitzklage. 2.

1. Wegen Bestöhrung in der Benutzung eines öffentlichen Weges können auch einzelne Gemeinemitglieder Ansprüche erheben. O. I. 487.

2. Das Recht auf Unterhaltung eines Weges kann nicht durch 30jährige, sondern nur durch 40jährige Erziehung erworben werden. O. VII. 374.

Wegegerechtigkeit. Bei einer durch Verjährung erworbenen kann der Berechtigte auf die gesetzliche Breite des Weges nur in soweit Anspruch machen, als der Weg während der Verjährungszeit diese Breite gehabt hat.

O. V. 451.

Wehrbaupflicht, die, eines für mehrere Mühlen erforderlichen Wehrs ist auch im Betreff einer einzelnen von diesen mehreren Mühlen ablösbar. . R. V. 300 fg.

Weiderechtigkeiten, s. Hütungsgerechtigkeiten.

Weinkauf, (Gewinngeld) der, s. Auffahrt. Minden=Ravensberg. 3. 4.

muß von früher eigenbehörigen Gütern im Hochstift Münster nicht bloß bei den nach der Münsterschen Eigenthumsordnung eintretenden Successionsfällen, sondern überhaupt bei jeder Besitzveränderung von dem antretenden Besitzer gezahlt werden. . . R. VI. 220 fg.

Werden (Abtei). Die Abgaben der Hobes- und Behandlungsgüter an den Hohsherrn sind nach §. 64 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 ablösbar. R. VI. 80 fg.

Westphalen (Herzogthum).

1. Die Gem.=Theil.=Ordn. vom 7. Juni 1821 hat Gesetzeskraft und dadurch die Großherz.=Hessische Verordnung vom 9. Juli 1808 im Wesentlichen ihre Gültigkeit verloren. R. I. 51 fg.
2. Anspruch der Kirche auf Sicherstellung des Zehntablösekapitals gegen den Zehntherrn wegen der demselben obliegenden Kirchenbaulast. O. IV. 71. 337.
3. Weillieger sind für die Mitbehütung der Gemeinweide weder zur Zahlung eines Weilliegergeldes, noch eines Weidegeldes verpflichtet. O. IV. 70.
4. Ein unter die Großherzogl. Hessische=Verordnung vom 5. November 1809 fallendes Bauergut bedingt noch nicht eine von der gemeinen abweichende Erbfolge, ebenso wenig folgt diese aus der Unzulässigkeit der Naturaltheilung oder Zerplitterung derselben. . O. IV. 336.
5. Unter den in den §§. 2 und 3 des Publik. Patents vom 21. Juni 1825 bezeichneten „Gemeinen Rechten“ sind nur die Normen über solche Rechtsmaterien zu verstehen, welche als Gegenstände des gemeinen subdialren Rechts, und nicht vielmehr als Gegenstände der

Partikular=Gesetzgebung betrachtet worden sind. Das Jagdrecht ist partikularrechtlicher Natur
O. V. 458.

6. Die Bestimmung des §. 1 der Großherzogl. Hessischen Verordnung vom 6. August 1810 über die Verpflichtung der Jagdberechtigten zum Ersatz des Wildschadens ist durch das Patent vom 21. Juni 1825 nicht aufgehoben. O. V. 458.

Westphalen (Königreich), f. Erbpacht. 3. Erklusiv=Berechtigungen. 4. 5. Grundsteuervergütung.

1. Dienstgeld, als Surrogat der Gemeinde=Frohn=dienste ist unentgeltlich aufgehoben. . O. I. 485.
2. Für das Fortbestehen des an Stelle der Naturaldienste getretenen Dienstgeldes ist lediglich dessen Annahme und Prästation einmal im Jahr 1808, und zum Andern nach Erlaß des Ges. v. 21 April 1825 maasgebend. O. III. 48.
3. Für aufgehobene Gewerbe=Abgaben sind die §§. 1—3, 190 der Allg.=Gewerbe=Ordr. vom 17. Januar 1845 nicht anwendbar. O. III. 50.
4. Die ausschließlichen Gewerbeberechtigungen und das Recht, Konzessionsabgaben für den Betrieb des Gewerbes zu erheben, sind bereits durch die Dekrete vom 5. August 1808, 12. Februar 1810 und das Gesetz vom 21. April 1825 (Nr. 938) aufgehoben. R. VI. 341 fg.
5. Der dem Erbpächter vertragsmässig gegen den Erbverpächter zustehende Anspruch auf Vergütung der auf dem Erbpachtsgrundstücke haftenden Steuern, insbeson-dere der Grund= und Kommunal=Steuern, ist durch §. 2 Nr. 2 des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 so wenig, als durch das Gesetz vom 21. April 1825 aufgehoben.

R. VII. 153 fg.

6. Die Bestimmung des §. 4 der Deklar. v. 19. Februar 1832 ist durch §. 3 der Allg.=Gew.=Ordn. v. 17. Januar 1845 nicht eingeführt. O. VII. 368.

Westphalen (Provinz) f. Präkluslon. 2.

Westpreußen, f. Art. 1. Lagerholz. 3. Stammgeld. 1.

1. Das Wegereglement vom 4. Mai 1796 ist durch den Code Napoléon nicht aufgehoben und noch jetzt in Kraft. O. II. 453. III. 51.
2. Die Forstordnung für Westpreußen und den Nech=

distrikt vom 8. Oktober 1805 enthält nicht bloß Polizeivorschriften, sondern regelt auch materiell die Rechtsverhältnisse zwischen Berechtigten und Belasteten.

R. III. 278 fg.

3. Der §. 23 Tit. II. derselben Forstordnung verpflichtet den Bauholzberechtigten zwar, sich die Veranschlagung des Werths der Berechtigung nach der örtlich zweckmäßigsten und holzersparendsten Art gefallen zu lassen; gestattet aber, wenn der Werth der bisherigen Ausübung des Rechts ein höherer ist, die Anrechnung der nach der veranschlagten Bauart zu verwendenden Mehrkosten.

R. VII. 190 fg.

4. Der Bauholzbelastete muß auch zu Bodentreppen, Krippen, Unterzügen in den Ställen, zur Bedielung der Dachboden und zum Ausbohlen der Pferdeställe das Holz hergeben, wenn solches wirtschaftlich erforderlich resp. in den Verleihungs=Urkunden oder sonst zugesichert ist.

R. VII. 190 fg.

Weglar (Stadtgebiet). Das Ges. v. 4. Juli 1840 gestattet dem Verpflichteten den einseitigen Antrag auf Kapitals=Ablösung der im §. 22 bezeichneten Reallasten. R. I 87 fg.

Wiederbesetzung ländlicher Stellen, die,

1. mußte in Westpreußen gesetzlich erfolgen. R. V. 182.
2. ist auch in dem Falle als erfolgt anzusehen, wenn dem bisherigen zeitweisen Besitzer beim Ablauf seiner Besitzzeit die Stelle auf weitere Zeit überlassen worden ist.

R. O. VI. 144 fg.

3. Zu derselben waren die Gutsherrschaften auch hinsichtlich solcher Stellen gesetzlich verpflichtet, welche auf Borwerk=Land etablirt, und nicht in den Steuer=anschlügen der Provinz verzeichnet sind. O. VI. 407 fg.

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, die,

1. Die Klage hierauf wegen Minderjährigkeit gegen ein wegen versäumter Nachsuchung der gegen ein rechtskräftiges Kontumazial=Erkenntniß zulässigen Restitution (§. 69 I. 14. A.G.D.) ist durch Artikel 13 der Deklaration v. 6. April 1839 nicht aufgehoben. O. V. 457.
2. welche einem Minderjährigen gegen die vollendete Verjährung zusteht, bedarf keines besonderen Prozeßverfahrens, sondern kann im Wege der Einrede oder

- Replik von dem Vormunde oder dem Minderjährigen geltend gemacht werden. O. V. 462.
3. Dieselbe findet gegen die kürzeren Verjährungsfristen des Ges. v. 31. März 1838 nicht Statt. O. VI. 465.
- Wiesenhütung. Die nach §. 110 I. 22 A. L. R. maachgebende Ortsgewohnheit für die Dauer derselben und den Anfang der geschlossenen Zeit setzt ein bereits bestehendes Recht voraus. O. VII. 369.
- Wildschaden. Der Anspruch auf dessen Ersatz ist aufgehoben, jedoch nicht für vergangene Fälle. O. IV. 67.
- Wildzäune. Die Verpflichtung zu deren Anlegung und Unterhaltung beim Hegen hohen Wildes ist aufgehoben. O. IV. 67.
- Willenserklärung. Die einer Mehrheit von Personen gegenüber abgegebene Willenserklärung ist schon dann für erzwungen zu erachten, wenn nachgewiesen ist, daß gegründete Ursachen für den Erklärenden vorhanden waren, es werde der Einzelne den Zwang, so wie die Mehrheit ausüben, wenn die Willenserklärung ihm gegenüber nicht abgegeben werde. R. V. 424 fg.
- Windbruch, gehört weder nach dem A. L. R. noch nach Märkischem Provinzialrecht zum Lagerholz. O. III. 188. IV. 65. 333.
- Wohnungsmiethe. Die für Nichtgewährung freier Wohnung an die Spezial-Kommissarien von denselben zu liquidirenden Mehrausgaben sind nur dann gerechtfertigt, wenn nachgewiesen ist, daß sie die Beschaffung freier Wohnung vergeblich gefordert haben. M. VI. 14.
- Wohnungsrecht, ein, gehört nicht zu den nach dem Abl.=Ges. v. 2. März 1850 ablösbaren Reallasten, wenn gleich es im Hypothekenbuche eingetragen ist. . R. V. 415 fg.
- Wortwidrigkeit. Ueber deren Begriff als Nichtigkeitsgrund. O. VI. 173.

3.

- Zählgelber, auch Zeichengeld, f. Markgroschen, eine aufgehobene Sportel-Abgabe. R. I. 339 fg.
- Zaudengerichte, in Schlessien, deren Bedeutung und Wirkungskreis. P. IV. 438 fg.
- Zaunholzgerechtfame, f. Grundgerechtigkeiten. 3.
- Zehnt, f. Schlessien. 1.

1. Anrechnung des Futters eines abgelösten Zehnten bei der Durchwinterung. O. II. 449.
2. Nur ein solcher Pachtzins ist zur Feststellung des Jahreswerths eines Natural=Fruchtzehnten nach §. 32 des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 geeignet, welcher von dem Zehntpflichtigen selbst als Pächter des Zehnten gezahlt worden ist, nicht aber auch ein solcher Pachtzins, welchen der Zehntberechtigte von einem Dritten als Pächter des Natural=Fruchtzehnten erhoben hat. R. VII. 132 fg.
3. Auch die aus der Schlesiſchen Zehntverfassung entspringenden Zehnten sind ablösbare Reallasten, es muß jedoch bei deren Ablösung darauf Rücksicht genommen werden, daß evangelische Besitzer von deren Entrichtung frei sind. R. VII. 321 fg.

Zehntpflicht, s. Posen. 7. 8.

Das Anerkenntniß derselben Seitens des Besitzers des pflichtigen Grundstücks genügt für sich allein noch nicht, um die Dinglichkeit derselben für den Besitznachfolger zu begründen. O. V. 454.

Zehntrecht. Das Aufgebot unbekannter Real=Prätendenten erstreckt sich nicht auf das §. 865 II. 11 A.L.R. und §. 48 Tit. I. der Hypoth.=Ordnung bezeichnete Zehntrecht (Decem).
O. VI. 460.

Zehntschneider s. Erbdrescher.

Zeitempfhenteuse, s. Posen. 7. Regulirungsfähigkeit. 8.

1. berechtigt nach dem Ges. vom 8. April 1823 zur Eigenthumsverleihung. R. I. 49.
2. in der Provinz Preußen, deren Begriff und Merkmale. R. I. 357 fg. V. 260 fg.

Zeitempfhenten, s. Einkaufsgeld.

Zeller, bezeichnet einen erblichen Besitzer eines Bauerguts.
O. IV. 122.

Zerstückelung, s. Diämembrationen.

Zeugenverhör, s. Bevollmächtigter. 2.

Ziegelerde. Das einem Grundstücke beigelegte Recht, solche auf fremden Boden zu graben, ist auf den Bedarf des berechtigten Grundstücks beschränkt. . . O. IV. 334.

Zinsen,

1. vorbedingungen eines durch Vergleich festgesetzten Ab=

Lösungs=Kapitals sind nur dann nach den Vorschriften des Abl.=Ges. vom 2. März 1850 ablösbar, wenn eine spezielle Werthsermittlung der abgelösten Leistungen erfolgt und diese dem Vergleiche ganz entsprechend ist, nicht aber wenn der Vergleich in Bezug auf eine solche Ermittlung, aber doch im Pausch und Bogen vergleichsweise festgestellt ist. R. V. 374 fg.

2. Fiskus ist nach §. 26 des Anhanges zum A. L. R. bis zur Publikation des Gesetzes vom 7. Juli 1833 von Zahlung gesetzlicher Verzugszinsen befreit gewesen. O. VI. 464.

Zinsgetreide.

1. Wegen schlechterer Beschaffenheit desselben am Produktionsorte und für das Abholen desselben Seitens des Berechtigten findet kein Abzug von den Martini=Durchschnitt=Preisen Statt. R. I. 67.
2. Dasselbe ist in mittlerer und marktgängiger Qualität zu liefern. R. I. 76 fg.
3. bei Mühlengrundstücken jedoch im zweifelhaften Falle, so wie es die Mühle durch die Meze verdient. R. I. 83 fg.

Zinsgüter, s. Besitzveränderungs=Abgaben. 14.

Zugeständniß, s. Anerkenntniß.

Zunftälteste, (Altmeister) eines Gewerkes sind auch in Betreff auf Verhandlungen mit Dritten als Repräsentanten des Gewerkes anzusehen und befugt, ohne speziellen Auftrag der Korporation dieselbe im Prozesse zu vertreten. R. V. 367 fg.

Zuschubsteuer, s. Vieh- und Kopfsteuer.

Zwang, s. Willenserklärung. 1.

Zwangs- und Bannrechte.

1. Deren Erwerb durch Verjährung ist im Großherzogthum Posen seit 1807 unzulässig. O. I. 486.
2. Der §. 4 Nr. 3 und §. 5 der Allgemeinen=Gewerbe=Ordnung vom 17. Januar 1845 gelten nur für diejenigen Landestheile in denen das Edikt v. 28. Oktober 1811 noch nicht ausgeführt war. O. II. 454.
3. Der Singular=Successor des Besitzers vom Jahre 1810 hat ohne Verabredung keinen Anspruch auf die vom Staate zu gewährende Entschädigung. O. II. 454.
4. Die für derartige Rechte stipulirten Abgaben gehören nicht zu den aufgehobenen O. II. 454.

II.

Nachweisung

der

erläuterten oder zur Anwendung gebrachten
Gesetze und anderen Rechtsquellen.

II

Wahrheit

1911

Wahrheit ist dasjenige, was ist, und was sein soll.
Wahrheit ist dasjenige, was nicht sein darf.

A. Allgemeines Landrecht.

a. Publikations-Patent vom 5. Februar 1794.

§§. I — III. Bb. VI. 470.

= III. Bb. IV. 67.

= IX. Bb. I. 194. III. 68.

= XVII. Bb. III. 45. 61. 62. IV. 334.

b. Publikations-Patent vom 8. April 1803.

§§. IX. Bb. VII. 181.

c. Publikations-Patent vom 9. September 1814.

§§. II. Bb. I. 180. IV. 366. VII. 129.

= IV. Bb. VII. 184.

= V. Bb. III. 81. VI. 466.

= XI. Bb. III. 161.

= XII. Bb. VII. 182.

d. Publikations-Patent vom 15. November 1816.

§§. II. III. Bb. VII. 379.

= III. Bb. V. 459.

e. Publikations-Patent vom 9. November 1816.

§§. II. Bb. V. 454.

= XVI. Bb. III. 61. IV. 334. 342.

f. Publikations-Patent vom 21. Juni 1825.

§§. I. II. Bb. I. 51.

= II. III. Bb. V. 457. 461.

= VI—XIV. Bb. VI. 460.

= XIX. Bb. III. 233.

Einleitung.

§§. 3—4 Bb. VII. 375.		267. VI. 442. VII. 134. 256.
= 6. III. 422. VI. 435.	§§. 46. 54. Bb. I. 31. 73.	
= 12. III. 335. IV. 396.	= 46. 55. V. 180.	
= 14. III. 61. 310. IV. 364. 376 377.	= 61. IV. 67.	
= 14. 18. IV. 187.	= 91. VII. 363.	
= 15. VII. 370.	= 92. I. 90. VI. 357.	
= 15. 17. II. 267.	= 94. IV. 355.	
= 17. III. 63.	= 100. VII. 109.	
= 46. I. 127. III. 297. IV.	= 105. VII. 219.	
	= 108. IV. 341.	

Th e i l I.

	Titel 1.		Titel 3.
§. 29. Bb. VII. 378,		§§. 41. Bb. V. 39. 42.	
	Titel 2.	= 44. IV. 329.	
§§. 4. Bb. VII. 403.		= 81. V. 430.	
= 8. V. 427. VII. 373.			Titel 4.
= 36. II. 401. V. 29. 30.		§§. 19. Bb. V. 453.	
= 42. 43. 107. VII. 116.		= 31. 36. 37. V. 434.	
= 44. VII. 136.		= 42. IV. 396.	
= 46. V. 138.		= 43. 49. 50. V. 432.	
= 47. V. 30.		= 65. III. 241. VII. 114.	
= 47. 105. VII. 270.		= 65. 66. 69. V. 443. VII. 191.	
= 48. VII. 107.		= 66. VII. 363.	
= 79—80. III. 237.		= 66. 67. V. 480.	
= 84. III. 242.		= 151. III. 318.	
= 105. II. 401 451 VII. 107. 403.		= 167. II. 428. 435.	
= 105. 107. V. 428.			Titel 5.
= 127. 136. 137. VII. 364.		§§. 1. 2. 4. 79. Bb. IV. 69. 104.	
= 133. 134. VI. 470.		= 30. III. 63.	
= 135. 136. V. 454. VII. 365.		= 70. I. 170.	
= 136. III. 50. VII. 373.		= 74. III. 265.	
= 137. V. 453.			

§§. 78. 79. Эб. V. 430.
 = 84. II. 271.
 = 87. V. 431.
 = 109. V. 43. 160. VI. 467.
 = 116. 175—177. III. 59.
 = 120—122. 125. 126. II. 161.
 = 120—123. VI. 467.
 = 125. I. 18.
 = 131. IV. 397. VI. 413.
 = 131. 134. 172. VI. 417.
 = 134. IV. 397.
 = 135. IV. 332. 397. VII. 429 fg.
 = 154 fg. VI. 412.
 = 157. III. 65.
 = 157. 159. IV. 67.
 = 172—174. III. 52.
 = 178. V. 41.
 = Анhang §. 5. III. 59. V. 41.
 = 182. 184. V. 460.
 = 184. V. 42.
 = 185. III. 63. IV. 106. 329.
 = 185—191. IV. 66.
 = 200 fg. V. 15.
 = 201. VII. 376.
 = 230. III. 312.
 = 260. IV. 87.
 = 262—264. IV. 216.
 = 263. IV. 204.
 = 263—264. VII. 114.
 = 271. 326. V. 452.
 = 274. VI. 470.
 = 275. I. 77.
 = 317 fg. VI. 372.
 = 318. V. 138.
 = 319. 330. II. 159.
 = 322. II. 160. V. 455.
 = 322. 325. 330. V. 138.
 = 326. 328. V. 141.
 = 364. VII. 368.
 = 376. 387. 185. IV. 337.

Titel 6.

§§. 36. Эб. IV. 355.
 = 54. IV. 66. 406. VI. 464.

Titel 7.

§§. 3. 5. Эб. VI. 148.
 = 4. 5. 9. VII. 370.
 = 6. VII. 373.
 = 7. 10. 11. V. 355.
 = 7. 52—54. 66. V. 457.
 = 10. 11. 14. 222. V. 154.
 = 11. 14. III. 206.
 = 14. III. 44. V. 456. VI. 470.
 = 14. 179. VII. 376.
 = 18. 107. 179. III. 204.
 = 43. V. 452.
 = 43. 62. 81. 82. V. 449.
 = 45. V. 458.
 = 51. 81. 82. VII. 375.
 = 54. VI. 464.
 = 71. 73. IV. 69. 99. 105.
 = 77. 78. 81. V. 464.
 = 80. III. 44. 49. 63. 255.
 = 262. IV. 337. VI. 183.
 = 81. VI. 182.
 = 81—83. III. 68.
 = 82. III. 62.
 = 86. I. 201.
 = 98. V. 163.
 = 99. 104. VII. 370.
 = 100. III. 206.
 = 104. III. 67,
 = 107. II. 451. III. 62. VI. 464.
 = 109. III. 49.
 = 113. 130. III. 44.
 = 126. V. 457.
 = 128. I. 201.
 = 146—150. III. 61.
 = 154. III. 44.

Titel 11.

- §§. 12. 30. Bb. V. 428.
 = 74. IV. 67.
 = 78. 79. VII. 116.
 = 95. II. 160.
 = 124. 127. 135. V. 452. 455.
 = 140—142. VI. 467.
 = 175. II. 398. III. 63.
 = 198. 364. II. 159.
 = 207. 210. V. 141.
 = 259. IV. 407.
 = 261. II. 161.
 = 603. 604. II. 368.
 = 827. VI. 464.
 = Anhang §. 26. VI. 464.
 = 843—848. VII. 374.
 = 849. V. 458.
 = 1040. IV. 87.
 = 1058—1060. V. 430.
 = 1090. V. 431.

Titel 12.

- §§. 624. Bb. V. 456.

Titel 13.

- §§. 5. 6. 11. 49. 92 fg. Bb. V.
 463.
 = 99—109. V. 431.
 = 119. 120. IV. 341.
 = 122. 123. III. 63.
 = 142—146. IV. 66.
 = 145—146. III. 63.
 = 161. 167. 168. V. 464.

Titel 14.

- §§. 109. 116. 127. Bb. III. 63.
 = 174. III. 60. V. 457.
 = 174—177. VI. 465.

Titel 15.

- §§. 1 fg. Bb. V. 457.
 = 3. III. 57.
 = 8—10. VI. 467.
 = 23. IV. 340.
 = 25. 26. VI. 470.
 = 54. V. 464. VI. 460.

Titel 16.

- §§. 2. 4. Bb. IV. 356.
 = 7. 476. 482. VII. 366.
 = 178. III. 312.
 = 178. 468. V. 456.
 = 300. 301. I. 30.
 = 342—45. I. 30.
 = 380. V. 428. VI. 417.
 = 381. IV. 69. 83. 104. V. 456.
 VI. 374. 380. VII. 219.
 = 383. V. 465. VI. 300.
 = 387. IV. 397. VI. 387.
 = 392. V. 430.
 = 393. V. 427.
 = 405. III. 328. 340.
 = 417. VI. 78.
 = 417. 418. 439. II. 159. 271.
 = 418. III. 329. 335. 340.
 = 450—455. 460. VII. 368.
 = 454. 455. III. 397. V. 17.
 VI. 374.
 = 454. 468. III. 332.
 = 464. III. 341.
 = 467. 468. III. 398. 312. 340.
 = 476—78. 482. VII. 370.
 = 478. 479. VII. 136.
 = 482. 485. VII. 224 fg. 371.
 = Anhang §. 52. VII. 371.

Titel 17.

- §§. 1. 2. 10. 11. 115—117.
 Bb. III. 61.

- §§. 4. 50. Bb. I. 487.
 = 44. 241. III. 235.
 = 106. VI. 463.
 = 151. VI. 466.
 = 350. 351. III. 89.
 = 372. IV. 342.

Titel 18.

- §§. 288 fg. 660 fg. Bb. IV. 65.
 = 306. VI. 466.
 = 516. 517. I. 482.
 = 680. 681. III. 53. V. 122.
 = 685. V. 123.
 = 688. V. 100.
 = 698. II. 416. V. 367.
 VI. 372. VII. 122.
 = 703. III. 49. VII. 374.
 = 714. 720. 731. 732. I. 480.
 VI. 460. VII. 403.
 = 714. 816. VI. 460.
 = 715. III. 41.
 = 716. 717. VII. 123. 366.
 = 717. 719. I. 479. 481.
 = 719. V. 183. 439. VI. 145.
 = 720. VII. 363.
 = 721. I. 482. III. 42. VII.
 399 fg.
 = 725. III. 42.
 = 731. V. 379.
 = 747. II. 323.
 = 762. 763. V. 139. VI. 218.
 370.
 = 815—817. V. 414.
 = 816. I. 481.

Titel 19.

- §§. 1. 7. Bb. III. 263.
 = 3. III. 63.
 = 4—6. III. 47. 63.
 = 4—9. IV. 338.

- §§. 5. Bb. VII. 365.
 = 5. 7. 8. VII. 364.
 = 14. 15. V. 455.
 = 15. 20. III. 43.
 = 15. 28. IV. 338.
 = 17. III. 242.
 = 17. 18. 24. III. 227.
 = 17. 20. III. 221.
 = 18. III. 217.
 = 22. II. 450. III. 44. VII.
 104 fg. V. 25.
 = 22—25 V. 23. VI. 455 fg.
 = 24. VII. 219.
 = 31. IV. 341.
 = 32. III. 45. 63.
 = 230. 258. 262. 264. IV.
 95. 96.

Titel 20.

- §§. 6—11. Bb. V. 454. VII.
 373
 = 8. VII. 364.
 = 439. I. 170.
 = 454. II. 401.
 = 458. III. 92.
 = 461—465. VII. 414 fg.
 = 468. II. 411. VI. 466.
 = 482. 492—495. IV. 343.
 V. 453.
 = 584. VII. 123.
 = 594—596 fg. 608. VI. 466.
 = 618. 626 fg. VII. 375.

Titel 21.

- §§. 1. 7. Bb. III. 262.
 = 2. IV. 397.
 = 25. 91. 199. 201. V. 412 fg.
 = 82. 83. VII. 373.
 = 83. 187. 201. I. 483.
 = 91. VI. 64.

- §§. 185. ᐱb. V. 418.
- = 185—189. VI. 467.
- = 187. VII. 373.
- = 187—189. V. 272. 280.
- VII. 250. 367.
- = 187—201. 211. IV. 341.
- = 187. 230. 269. 324. 366.
- VII. 130.
- = 188. IV. 371.
- = 189. IV. 357. 360.
- = 192. 228. VII. 131.
- = 194. V. 69.
- = 200. II. 416.
- = 201. VII. 112.
- = 202. VI. 373.
- = 207. III. 346. VI. 218.
- = 207. 299. 420. 478. V. 139.
- = 214. 216. V. 442.
- = 231. 233. VI. 149.
- = 232. 233. IV. 397.
- = 233. III. 57. V. 457.
- = 259. 264. V. 188.
- = 325. 330. IV. 99. 100.
- = 421. V. 454.
- = 443. 444. 630. 632. V. 156.
- = 540. III. 346.
- = 624. IV. 390. 411.
- = 626. IV. 100. 392.
- = 626. 627. VI. 149.
- = 628. IV. 391. 395.
- = 629. II. 455.
- = 630. VI. 170.
- = 633. V. 154.
- = 634. II. 292. 299. IV. 340.
- 392.
- = 634. 637. VI. 374 fg.
- = 635. II. 293. 299. 381. VI.
- 395. 401. VII. 369.
- = 636. II. 256. 382.
- = 636. 542. IV. 397.

- §§. 636. 642. 648. ᐱb. VI. 413.
- = 637. II. 297. 300.
- = 639. II. 298. 307. 382.
- = 642. 643. II. 300.
- = 644. 645. II. 302.
- = 648. II. 456. IV. 389. 397.
- V. 227. VI. 380.
- SiteI 22.
- §§. 3 fg. ᐱb. VI. 463.
- = 3—7. VII. 471.
- = 11. 30. III. 254. 282.
- = 11. 197. IV. 336.
- = 12. II. 330. V. 389. VI.
- 72.
- = 13 fg. VII. 184.
- = 14. III. 62.
- = 15. 28. V. 449.
- = 16—23. VII. 371.
- = ᐱnᐱang §. 58. III. 225.
- VII. 371.
- = 19. II. 450.
- = 25. IV. 334.
- = 28. 78. 79. V. 451.
- = 29. I. 99.
- = 30. VII. 223.
- = 30. 35. 37. VII. 235.
- = 32—34. V. 450.
- = 35. 37. V. 143.
- = 43. V. 450.
- = 52. VII. 366.
- = 52—54. VII. 224 fg. 370.
- 371.
- = 54. I. 480.
- = 80—82. III. 224.
- = 82. VII. 369.
- = 89. I. 200 fg.
- = 90. 91. II. 330. III. 44.
- VII. 107.
- = 96. VI. 74.
- = 103. I. 197.

§§. 103—105. Bb. III. 419.
 = 105. I. 188 VI. 463.
 = 110. VII. 369.
 = 133—138. V. 38.
 = 135. I. 100. VII. 370.
 = 146. II. 345. VI. 74.
 = 146. 155. VII. 379.
 = 197. II. 450.
 = Anhång §. 61. II. 450.
 = 201. III. 45.
 = 201. 209. III. 254.
 = 203. III. 227. V. 24. VII.
 115 fg. 220.
 = 203. 205. 508. V. 23.
 = 208. III. 237. 240. VII.
 219.
 = 208—210. II. 449. III. 44.
 IV. 334.
 = 210. VII. 370.
 = 211. 212. III. 47. 221 fg.
 = 213. I. 484. III. 43. 221.
 = 215. II. 450. III. 211. 213.
 = 216. 217. IV. 65. 333.

§§. 219. 220. Bb. III. 197.
 = 221. III. 47. VI. 464.
 = 226. 227. II. 212. III. 187.
 215 fg. 234.
 = 226— 234. III. 183 fg.
 = 229. IV. 66.
 = 235. III. 225.
 = 237. 238. III. 254.
 = 243. VII. 294.
 = 513. 516. 521. IV. 65.
 = 514. 521. VII. 370.
 = 596. 649. VII. 374.
 = 649. III. 242.

Titel 23.

§§. 2. Bb. III. 50.
 = 2. 18—20. 25. 26. IV.
 262.
 = 26—30. IV. 263.
 = 37 fg. IV. 245.
 = 53. 56. 58. 68. VII. 367.
 = 56. V. 456.
 = 56. 58. VII. 367.

Th e i l II.

Titel 1.

§§. 188. 189. Bb. VII. 429 fg.
 = 216. II. 268.
 = 232—233. V. 453.
 = 377 fg. VII. 380.
 = 648. IV. 339.

Titel 2.

§§. 229. Bb. VII. 429 fg.
 = 302. VI. 468.

Titel 4.

§§. 87 fg. Bb. V. 332.
 = 239. 240. VI. 466.

Titel 6.

§§. 25. Bb. VI. 436.
 = 72. I. 487.
 = 116—118. V. 372.

Titel 7.

- §§. 14—16. Bb. II. 392. VI.
425.
= 18. 37—43. V. 209.
= 28. I. 483. IV. 193 fg.
= 29. 31. 32. IV. 191 fg.
= 30. IV. 194.
= 37. II. 3. 10. 16. III. 50.
V. 209. VI. 468.
433 fg.
= 56. V. 456.
= 87. 137. V. 209.
= 137. VII. 364. V. 452.
= 137—139. I. 479. III. 58.
= 138—140. 302. 303. V. 160.
= 141. 143. III. 58.
= 143. 144. VII. 364.
= 247. II. 411.
= 257. IV. 185.
= 272. II. 288. VI. 397. 404.
= 287—288. II. 443 fg.
= 288 fg. IV. 186.
= 290—292. II. 442 fg.
= 299. V. 205.
= 305. II. 456. IV. 340. 342.
VII. 130. 373.
= 475. 476. 479. I. 76. 83.
= 486. 487. II. 454. III. 54.

Titel 8.

- §§. 149. Bb. IV. 214.
= 191. 213. V. 372.

Titel 10.

- §§. 2. 3. Bb. IV. 27.
= 102. IV. 26.

Titel 11.

- §§. 17. 309. 645. 714 fg. Bb.
IV. 338.

- §§. 161. 167. 568. 584. 639 fg.
Bb. V. 299.
= 261. VII. 380.
= 261. 715. VI. 472.
= 352. 366. III. 58.
= 461. IV. 333.
= 579. 584. 585. 610. III. 63.
= 662 fg. V. 297.
= 710. 711. 731. 790. VI. 466.
472.
= 710. 714. III. 48. 58.
= 865. VI. 460.
= 925. 926. I. 77.

Titel 12.

- §§. 19. 57. Bb. IV. 267.
= 31. IV. 269.
= 36. IV. 338. VI. 468.
= 261. VII. 380.
= 857 fg. VII. 321 fg.
= 937. III. 266.

Titel 13.

- §§. 6. Bb. IV. 353.
= 15. VII. 413.
= 118. III. 56.

Titel 14.

- §§. 1. Bb. IV. 337. 348. VII.
372.
= 2. VII. 413.
= 9. V. 459.
= 9. 10. 75. 79. VI. 468.
= 11. IV. 348.
= 21. VII. 373.
= 24—26. IV. 351.
= 54. VII. 371.
= 78. 79. II. 398. VII. 381.

Titel 15.

- §§. 11 fg. Bb. III. 48. IV. 338.
VI. 373.

§§. 14. Bb. II. 3.	
= 15. III. 51. VII. 379.	Titel 16.
= 18. 19. VI. 471.	§§. 3. Bb. V. 127.
= 37. 38. 47. IV. 351.	= 71. 72. 124. VI. 472.
= 38. V. 191.	= 111. IV. 334.
= 38. 80. VII. 373.	= 141. III. 90.
= 39. 45. 233—238. VII.	Titel 17.
376.	§§. 116. Bb. II. 216. 327. VI.
= 63. VII 198 fg.	57 fg. 192. VII. 364.
= 63—65. V. 142.	= 116. 117. VII. 398 fg.
= 73. IV. 351.	Titel 18.
= 75. IV. 338.	§§. 746. 748. Bb. VII. 429 fg.
= 229 fg. V. 189 fg.	
= 233 fg. IV. 232. 233. 411.	

B. Allgemeine Gerichtsordnung.

T h e i l I.

Einleitung,	Anhang §. 47. V. 104.
§§. 16. 25. Bb. VII. 401.	§§. 49. V. 372.
= 34. IV. 176.	Titel 4.
= 66. III. 325.	§. 2. Bb. III. 61.
Titel 1.	Titel 5.
§§. 3. 4. Bb. VII. 378.	§§. 5. Bb. VII. 401.
= 16. 17. 19—21. VII. 429 fg.	= 21 fg. VI. 298.
= 36. II. 248.	Titel 7.
Titel 2.	§. 48. Bb. III. 91.
§§. 111. Bb. IV. 70.	Titel 8.
= 160. VII. 441.	§§. 14. Bb. III. 325. 331. VI.
= 161. VII. 455. 457.	120.
= 167 fg. VII. 208.	= 16. III. 325.
Titel 3.	Titel 9.
§§. 14 fg. Bb. V. 373.	§§. 11. Bb. V. 456.
= 40—44. V. 104.	= 16. VII. 363.

Titel 10.

- §§. 5 a. 5 b. Bb. VI. 298.
 = 19. V. 40.
 = Anhang 68—72. III. 57.
 V. 37 fg.
 = Anhang 71. III. 52.
 = Anhang 74. II. 253.
 = Anhang 75. V. 460.
 = 27 a. III. 331. VI. 120. 386.
 403.
 = 82. VI. 386.
 = 88 b. III. 360.
 = 124. III. 324. VII. 396.
 = 126. VI. 78.
 = 134. III. 59.
 = 252. VII. 365.
 = 314. VII. 378.
 = 377. III. 53.

Titel 11.

- §. 13. Bb. III. 329. VI. 78.

Titel 13.

- §§. 10. Bb. V. 450.
 = 27. III. 324. V. 196.
 = 28. III. 61. 356. V. 196.
 = 29. 30. VII. 321 fg.
 = 40. VII. 363.
 = 138. III. 59.

Titel 14.

- §§. 2. Bb. III. 59.
 = Anhang 108. VII. 377.
 = 4 b. III. 60.
 = 12. III. 60.
 = 14 a. II. 167. 246 fg. VI.
 469. VII. 377.
 = 19. 49. IV. 337.
 = 47. 48. III. 32. 33.
 = 69. V. 457.

Titel 15.

- §§. 16. Bb. VI. 294 fg.
 = 18. V. 456.
 = 26. VI. 78.

Titel 16.

- §§. 1. Bb. III. 53.
 = 12—16. III. 60.
 = 17. 20. 22. VII. 377.

Titel 17.

- §§. 3. Bb. V. 453.
 = 10. VI. 467.
 = 19. 22. 31. V. 458.
 = 31. 32. IV. 70.

Titel 22.

- §§. 7. 8. Bb. III. 53.

Titel 24.

- §§. 23. Bb. VII. 382.
 = Anhang 160. IV. 25.
 = Anhang 174. IV. 25.

Titel 25.

- §. 65. Bb. I. 487. III. 85. VI.
 119 fg. 461.

Titel 26.

- §. 18. Bb. VI. 151 fg.

Titel 31.

- §§. 3. 12. Bb. III. 44.

Titel 32.

- §§. 1. 2. 34. Bb. VI. 300 fg.
 = 2. V. 30.
 = 24—26. VI. 301.

<p style="text-align: center;">Titel 43.</p> <p>Wb. I. 53.</p> <p style="text-align: center;">Titel 50.</p> <p>§§. 150. 357. 492. Wb. IV 343. V. 453.</p> <p>= 269. 270. 356. 370. 374. 424. 425. 496. V. 459.</p>	<p style="text-align: center;">Titel 51.</p> <p>§§. 12. 39—46. Wb. V. 453. = 100 fg. V. 464. = 102. V. 357. = 102. 105. VI. 460.</p> <p style="text-align: center;">Titel 52.</p> <p>§§. 9. 10. VII. 382. = 48. V. 461.</p>
--	---

T h e i l II.

<p style="text-align: center;">Titel 1.</p> <p>§§. 3. Nr. 2b. Wb. VII. 131. = 6. II. 368. = 9. 12. V. 436.</p> <p style="text-align: center;">Titel 2.</p> <p>§§. 1—4. Wb. V. 436.</p>	<p>§§. 16. Wb. V. 40. = 46. V. 41.</p> <p style="text-align: center;">Titel 3.</p> <p>§§. 21. Wb. V. 15. = 25. VI. 78.</p>
--	--

T h e i l III.

Titel 7.

Anhang §. 462. Wb. IV. 24.

Registratur- und Kanzlei-Reglement.

§. 83 fg. Wb. VII. 377.

C. Allgemeine Hypothekenordnung.

<p style="text-align: center;">Titel 1.</p> <p>§§. 6. 14. Wb. V. 362. = 14. 15. VII. 295. = 45 III. 266. = 47—49. III. 262. = 48. III. 50. IV. 343. V. 351. 418. 453. VI. 460. 469. VII. 249. 364. 365.</p>	<p>§§. 48. 49. III. 47. 63. V. 352. 418. = 49. V. 452. = 50. V. 418.</p> <p style="text-align: center;">Titel 2.</p> <p>§§. 91. Wb. II. 411. = 92. 95. V. 464.</p>
---	--

Titel 4.

§§. 14 fg. 43. Bb. V. 357.

D. Ostpreussisches Provinzialrecht.

Zusatz 80. 118. Bb. VI. 65.
 = 213. §§. 4. 5. 13. IV. 335.

E Preussisches Landrecht von 1721.

Theil II. Buch II. Titel IV. Art. II. §. I. Bb. VII. 374.

F. Luxemburger Landrecht vom 3. Juli 1709.

Tit. 8 Art. 25. 28. Bb. II. 37 fg.

**G. Entwurf des Provinzialrechts für das Fürstenthum
 Neuvorpommern und Rügen.**

§§. 320—324. Bb. VI. 237. VII. 264 fg. 290. fg.
 = 326. VII. 267 fg.

H. Code civil.

Art. 2. Bb. IV. 364.	Art. 691. 686. Bb. II. 453.
= 538. 560. III. 51.	= 1234. 1300. 705. VII. 366.
= 691. V. 33 fg. VII. 182.	372.
185.	= 2281. IV. 334.

I. Corpus juris civilis.

a. Digesta.

Lib. 8. Tit. 1. Lex. 8. de servitutibus. Bb. III. 232.
 - 14. pr. de servit. III. 232.
 - 15. §. 1. de servit. III. 253.
 - 3. - 3. §. 1—6. de servit. praed. rustic. III. 254.
 - 5. - 10. si servitus, VII. 183.
 - 18. - 1. - ult. §. 1. de contr. emt. III. 254.

128 Digesta — Landes-Kultur-Edikt v. 14. Septbr. 1811.

- Lib. 39. Tit. 3. Lex. 1. §. 23.—2. §. 4 de aqua pluvia arc.
VII. 235.;
- 26. de aqua pluv. arc. VII. 235.
- 4. - 7. pr. de publican. III. 255.
- 40. - 1. - 2. — 42. §. 1—49. §. 2. de acquir. vel.
amitt. possessione. V. 451.
- 47. de usurp. et usucap. V. 452.
- 43. - 18. - 2. de superfic. VII. 303.
- 43. - 20. - 3. §. 4. de aqua quotid. VII. 183.
- 50. - 4. - 14. §. 2. de muneribus et honor. III. 255.
- 17. - 74. de regulis juris. III. 82.

b. Codex.

- Lib. 1. Tit. 14. Const. 7. de legibus. Bb. IV. 364.
- 3. - 31. - 1. de servit. VII. 183.
- 7. - 32. - 1. de acquir. et retinend. poss. V. 452.
- 12. de acquir. et retin. poss. III. 71.
- 39. - 4. de praescript. XXX. vel. XL. ann.
III. 208.
- 60. - 1. inter alios acta vel. III. 82.
- 10. - 5. - 1. ne fiscus rem. VII. 372.

c. Novellae.

Nov. 112. cap. 1. Bb. VII. 363.

**K. Regulirungs= Ablösungs= und Gemeinheits= Thei-
lungs= Gesetze.**

a. Regulirungs= Gesetze.

1. Edikt vom 9. Oktober 1807.

(G. G. de 1806—1810. S. 170.)

§§. 4. Bb. VI. 456. | §§. 10. Bb. II. 288. 411. 416.
= 6. 7. VI. 425 fg. | = 11. 13. V. 455.

2. Landes-Kultur-Edikt vom 14. September 1811.

(G. G. S. 281.)

§§. 1. Bb. V. 128, | §§. 1—3. 11—26. VI. Bb. 455 fg.
= 1—3. I. 169. | = 2. II. 406 fg. VII. 256.

§§. 2. 7. Bb. V. 449.	§§. 32. Bb. III. 224.
= 7. II. 433. 437. VI. 193 fg.	= 39. VII. 7.
VII. 131. 376.	

3. Regulirungs-Edikt vom 14. September 1811.
(G. G. G. 281.)

§§. 1. Bb. V. 128. 179.	§§. 16. Bb. VI. 193 fg.
= 1. 4. II. 290.	= 21. V. 477.
= 3. 4. 35. 36. V. 241.	= 31. II. 273. 290.
= 6. V. 156. 477.	= 32. V. 159.
= 8. V. 21.	= 35. IV. 395.
= 8—10. 30. VII. 146.	= 38. 54. II. 291.
= 11. VII. 108.	= 48. V. 214.
= 15. II. 450. III. 43. V. 477.	= 49. VI. 197.

4. Deklaration vom 29. Mai 1816. (G. G. G. 154.)

Artif. 1. Bb. II. 290. VI. 197.	Artif. 73. Bb. II. 273. 291. VI.
= 1. 4. V. 179.	395. 399.
= 4. 5. IV. 390.	= 74. VII. 140 fg.
= 5. 6. V. 241.	= 76. 77. IV. 398.
= 31. 96. V. 477.	= 78. III. 64.
= 36. 78. 95. V. 214.	= 96. V. 25. 32. VII. 106.
= 37—39. VI. 199.	370.
= 68. I. 41.	= 101. VI. 426.
= 69. V. 21.	

5. Regulirungs-Gesetz für das Großherzogthum Posen u. vom 8. April 1823. (G. G. G. 49.)

§§. 3. Bb. I. 49.	§§. 65. Bb. I. 99. II. 283.
= 6. I. 241. 353.	= 70. IV. 84 fg.
= 9. II. 368.	= 75—77. II. 274. 283. 361.
= 21. II. 392.	= 82. II. 442. IV. 186.
= 28. I. 41.	= 99. II. 383 fg. VI. 149.
= 28. 29. I. 47. 48. 362.	= 101. II. 392.
= 30. 38. I. 45.	= 102. 103. II. 384. 391.
= 37. I. 49. 355.	= 107. I. 11.
= 57 fg. II. 3.	= 112. II. 391.

6. Gesetz über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse in den vormalig eine Zeit lang zum **Königreich Westphalen, Großherzogthum Berg**, und den **französisch-hanseatischen Departements** gehörig gewesenen Landestheilen vom 25. September 1820. (G. S. S. 169.)

§§. 15. 17. 18. Bb. IV. 359.	§§. 18. Bb. V. 274.
= 16. V. 54.	= 29. 32. 55 fg. V. 49. 55.
	= 64. III. 64.

7. Gesetz über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse in den vormalig eine Zeit lang zum **Königreich Westphalen** gehörig gewesenen Landestheilen vom 21. April 1825. (G. S. S. 74.)

§§. 2. Bb. IV. 370.	§§. 57. Bb. III. 257 fg.
= 4. III. 41. 48.	= 58. II. 229. 242. 243. III.
= 5. Nr. 4, 6. 56. III. 47.	48. IV. 79. V. 11.
= 8—10. VII. 379.	VI. 346. 361 fg.
= 13. I. 485.	= 58. Nr. 1. V. 289 fg.
= 15. 55. VI. 228.	= 63—66. VI. 200 fg.
= 18. 38. 83. VII. 157.	= 67. II. 229 fg. 242. 245.
= 21. III. 257 fg. VI. 228.	III. 48.
= 21. 41. IV. 357. 361. 369.	= 78. III. 309.
= 37. IV. 340. V. 456.	= 79. 81. 83. IV. 68.
= 44—46. III. 41. 48.	= 89. III. 250. 251. 257.
= 46. II. 242.	= 98—101. VI. 347 fg. 371.
= 53. Nr. 5. III. 250. 257.	105. VI. 367.

8. Gesetz über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse u. in den eine Zeit lang zum vormaligen **Großherzogthum Berg** gehörig gewesenen Landestheilen vom 21. April 1825. (G. S. S. 94.)

§§. 2. Bb. IV. 370.	§§. 22. Nr. 1—4. Bb. V. 465.
= 4. 24. IV. 69.	= 24. III. 53. VI. 82.
= 15. V. 52.	= 35. VI. 80 fg.
= 15. 21. IV. 339.	= 44—47. VI. 200 fg.
= 15. 35. VI. 228.	= 58. III. 309.
= 21. IV. 357. 369. VI. 228.	= 91. 92. III. 54. 58. VI. 471.
= 22. III. 60. IV. 340.	

9. Gesetz über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse in den vormalß eine Zeit lang zu den **französisch-hanseatischen Departements** gehörig gewesenen Landestheilen vom 21. April 1825.
(G. S. S. 112 fg.)

§§. 2. Bd. IV. 370.	§§. 20. Bd. III. 53.
= 14. IV. 108.	= 21. 41. IV. 357. 361. 369.
= 15. IV. 69.	= 23. VI. 226.
= 15. 21. 33. VI. 229 fg. 471.	= 41. VI. 228.
VII. 129.	= 42—46. VI. 202 fg.
= 15—22. V. 274 fg. VI. 471.	= 56. III. 309.
= 15. 33. VI. 228.	= 80. 89. VI. 471.

b. Ablösungs-Gesetze.

1. Ablösungsordnung vom 7. Juni 1821. (G. S. S. 77.)

§§. 12. Bd. I. 31. 47. 49. 68.	§§. 33. Bd. I. 218.
= 20. VII. 413.	= 34. I. 220. 223. 227.
= 26. I. 67.	= 35. I. 223. 224.
= 27. I. 76. 85. IV. 425.	= 37. I. 243. 245. 255.
= 29. II. 406 fg. III. 49.	= 39. VII. 417 fg.
= 31. I. 10.	= 74. IV. 308.
= 32. VI. 118.	

2. Ablösungsordnung für die vormalß zum Königreich **Westphalen**, dem Großherzogthum **Berg** und den **französischen Departements** eine Zeit lang gehörig gewesenen Landestheile vom 13. Juli 1829.
(G. S. S. 65.)

§§. 5. Bd. III. 251.	§§. 51. Bd. IV. 425.
= 9. V. 248.	= 54. VI. 244.
= 11. 12. II. 437.	= 73. I. 245. 247.
= 13. 15. VI. 467.	= 74. II. 245.
= 19. VI. 118.	= 105. V. 332.
= 46. I. 174. 186.	= 127. V. 55. VII. 158.
= 49. IV. 308.	= 130. I. 367.

3. Ablösungsordnung für das Herzogthum Westphalen vom 18. Juni 1840.

§§. 29. 30. Bd. I. 54.
= 55. VI. 244.

§§. 75. Bd. I. 247.
= 102—104. IV. 71. 337.

4. Ablösungs-Gesetz für die vormalig Nassauischen Landestheile und das Stadtgebiet Wehlar v. 4. Juli 1840. (G. S. S. 195.)

§§. 1. 2. 4. Bd. III. 244.
= 18. 19. I. 87.
= 22. I. 87.

§§. 36. Bd. VI. 244.
= 55. I. 247.
= 59. III. 245.

5. Gesetz betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse vom 2. März 1850. (G. S. S. 77.)

§§. 1. Bd. IV. 337.
= 1. Nr. 12. IV. 400. V. 462.
= 2. 3. III. 295 fg. VI. 218.
= 2. Nr. 2. IV. 357. 360.
V. 278 fg. 410 fg. 462.
VI. 238. 467. 471.
VII. 157. 250 fg. 261 fg.
320. 367.
= 2. Nr. 4. III. 308 fg. IV.
375.
= 3. Nr. 3. VI. 203 fg.
= 3. Nr. 4. V. 406 fg. VI.
60. 203 fg. VII.
389 fg. 396 fg.
= 3. Nr. 4. 5. IV. 331. VII.
364.
= 3. Nr. 5. V. 379 fg. VI.
59. VII. 389 fg.
= 3. Nr. 6. III. 298 fg. VII.
364. 365.
= 3. Nr. 7. III. 302 fg.
= 3. Nr. 8. VI. 57 fg.
= 3. Nr. 10. IV. 335. V.
281 fg. 288 fg. VI.

266 fg. VII. 367.
384 fg.
§§. 3. Nr. 13. Bd. IV. 72.
= 3. Nr. 14. VII. 83.
= 3. Nr. 15. VI. 218.
= 3. Schlußsatz V. 284. VI.
59.
= 3. vorletzten Satz. VI.
185 fg.
= 5. IV. 341.
= 6. IV. 371. 424. V. 417.
VI. 51. 71. 182.
230. 432. VII. 249.
261. 274. 293. 321.
= 6. 72. IV. 380.
= 7. V. 417. VI. 72. VII.
295.
= 8. VII. 215.
= 9. VI. 474. VII. 132 fg.
= 18—28. III. 269. IV. 426.
= 19—26. VI. 95.
= 22. IV. 308. 309.
= 26. VI. 93 fg.
= 28. IV. 419. 424. VI. 93 fg.

- | | |
|-----------------------------------|-------------------------------|
| §§. 29. 32. Bb. VII. 132 fg. | §§. 67. Bb. IV. 308. |
| = 30. VI. 240 fg. | = 73. VI. 232. |
| = 33. VII. 215. | = 74. IV. 43 fg. 49. 53. 60. |
| = 37. 43. V. 449. | 382. 389. V. 153. 159. |
| = 38. V. 381. | 165 fg. 173. 184. 216. |
| = 39. IV. 331. 478. V. 381. | 224. 232. 238 254. |
| = 40. VI. 461. 462. VII. 363. | VI. 125. 129. 142 fg. |
| 364. 402. | 170 fg. 251. 462. VII. |
| = 42. V. 437 fg. | 368. |
| = 42. Nr. 3. 4. VII. 122 fg. | = 74. Absatz 3. V. 186. 236. |
| = 42. 45. III. 399. | = 74. 75. IV. 328. |
| = 42. 43. 45. VI. 381 fg. | = 74—79. 97. IV. 30 fg. |
| = 44. VII. 399 fg. 406. | = 75 a. V. 198 fg. 232. |
| = 47. V. 383. VI. 226. 462. | = 75 b. V. 254 fg. 259 fg. |
| = 52. 53. IV. 10. 419. 425 fg. | = 76. IV. 389. V. 147. 153. |
| = 52—55. V. 72. 109. 376. | 184. 224. 251. 253. |
| VI. 84. | 267. VI. 147. 374. |
| = 53. 56. 65. 95. VII. 69. | 394. VI. 401. fg. VII. |
| = 55. IV. 11. | 368. 369. |
| = 56. IV. 10. 328. V. 110 fg. | = 77. V. 262. VI. 374. 423. |
| = 58. Absatz 2. V. 322. VI. | 427. |
| 94. VII. 245 fg. | = 78. III. 160. V. 251. VI. |
| = 58. 59. VI. 430 fg. VII. | 402. 418. |
| 209. 321 fg. | = 79. VI. 394 fg. 401 fg. |
| = 59. VII. 151. 209 fg. | 409. VII. 369. |
| = 60. IV. 71. 337. VII. 126. 151. | = 80. V. 156. 202. VII. 148. |
| = 62. VI. 245. | = 80 b. Nr. 5. V. 477. |
| = 63. IV. 379. V. 109. VI. 55. | = 80. 83. VII. 140 fg. |
| = 63—65. III. 407. 409. V. 55. | = 81. V. 148. 161 fg. 251. |
| = 64. IV. 181. 419 fg. V. 57 fg. | 268. VI. 430. VII. 368. |
| VI. 81. 115 fg. 351 fg. | = 84. V. 202 fg. |
| = 65. IV. 11. 12. 159. 163 fg. | = 84. 85. VII. 140. |
| 178 fg. 328. V. 57 fg. | = 85. IV. 379. |
| VI. 51. 81. VII. 124. | = 87. VII. 358. 382. |
| 284. | = 90. V. 147. VII. 148. |
| = 65. Absatz 4. IV. 264. 299. | = 91. IV. 326. V. 71. VI. 9. |
| V. 294. 297. VI. 51. | VII. 261 fg. |
| 114. | = 92. V. 71. VII. 275 fg. |
| = 65. 66. VII. 151. | = 95. IV. 159. 161. 319. 324. |
| = 66. IV. 8 fg. VII. 153. 419. | |

	V. 57 fg. VII. 69. 124 fg. 151. 284.	§§. 99. Schlußsatz Bb. IV. 38. = 99. 100. IV. 71. 337. 378.
§§. 96.	Bb. VII. 159. 421.	= 100. III. 309. 339. 397. IV.
= 97.	IV. 29. 37. 43. 53. 61. 97 fg. V. 71. 231. 246, 269. VI. 137. VII. 368. 369.	88. 381. V. 249. 376. VI. 150.
= 98.	VI. 214 fg. VII. 376.	= 101. IV. 319. 324. V. 65.
= 99.	IV. 30. 75. 188. 376 fg. V. 4. 8. 269. VI. 399.	= 104. IV. 9. = 107. III. 34. IV. 4.
= 99.	Absatz 2. III. 309. V. 461.	= 108. IV. 9. = 109. IV. 21. = 112. III. 411. VII. 360. = 113. III. 339. 397. VI. 399.

6. Gesetz über die Errichtung von Rentenbanken vom 2. März 1850. (G. S. S. 112.)

§§. 2.	Bb. IV. 9.	§§. 41.	Bb. V. 327.
= 4.	12. IV. 329.	= 43.	45. V. 326.
= 6.	IV. 10. 326. V. 61.	= 49.	V. 326. 447. VI. 280.
= 9.	V. 62.		284.
= 10	fg. IV. 10.	= 51.	VII. 419.
= 15.	IV. 9. 10.	= 55.	VII. 360.
= 17.	IV. 9.	= 58.	VI. 351 fg.
= 21.	IV. 301. V. 10.	= 59—63.	IV. 13. 14.
= 22	fg. IV. 10.	= 59—65.	IV. 300.
= 28.	IV. 10. VI. 351 fg.	= 64.	V. 61. 65.
= 31.	IV. 18.		

7. Gesetz betreffend die auf Mühlengrundstücken haftenden Reallasten vom 11. März 1850. (G. S. S. 146.)

§§. 1.	Bb. III. 313. 338. IV. 336. V. 195. VI. 249. 343.	VI 51. 115. 343. VII. 94. 151.	
= 1—3.	7. V. 191.	§§. 3.	Bb. III. 317. 320. 336.
= 2.	III. 177. 339. 408. IV. 163. 324. V. 7. 9.	IV. 238. V. 89. VI. 15. 343.	
		= 6.	VI. 104 fg. 111 fg. 119 fg.

c. **Gemeinheitstheilungs-Gesetz.**

1. **Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821.**
(G. C. S. 53.)

§§. 1. 2. Bb. II. 185. 425.	§§. 91. Bb. I. 202. VII. 221.
III. 274. 275. IV.	= 93. I. 202. VII. 221.
351. V. 34.	= 94. I. 101.
= 2. VI. 455.	= 95. 96. 98. 99. V. 215.
= 2. 164. V. 34.	= 96. II. 12.
= 4. III. 273. 276.	= 96. 97. V. 323. VI. 20.
= 12. V. 333.	= 99. II. 205.
= 18. 25. III. 273. 276.	= 101. 102. II. 175.
= 20. III. 274. 276.	= 103. 105. III. 413.
= 23. I. 102. VI. 444.	= 108. III. 223.
= 24. VI. 195.	= 115. III. 73. 210. V. 224 fg.
= 27. II. 426. 435. III. 45.	VII. 462 fg.
= 28. II. 437.	= 117. VI. 449 fg.
= 31. VII. 193.	= 120. III. 240.
= 32—35. II. 328 fg	= 124. III. 223.
= 36. II. 449.	= 127. I. 337. III. 286. VI.
= 41. 42. IV. 194.	440. -
= 44. II. 449.	= 128. II. 199. VI. 449 fg.
= 47. III. 451.	= 132. VII. 222.
= 51. I. 188. II. 449. III. 419.	= 138. VI. 448 fg.
VI. 463.	= 142. II. 201. III. 89. 274.
= 56. I. 202. VI. 444.	= 147. IV. 191. 334. 353.
= 56. 108. VII. 189.	= 147—151. VII. 376.
= 60. VI. 445.	= 148. 150. VII. 413 fg.
= 61. VI. 451.	= 150. 151. VII. 417 fg.
= 64. 65. VI. 21. 448.	= 153. V. 333.
= 66. I. 337. VI. 445 fg.	= 156. IV. 192. VII. 414.
= 73. 74. I. 67.	= 164. I. 483. II. 426. 434.
= 75. V. 72. 422.	439. III. 45. V. 33.
= 77. I. 337. III. 285. VI.	VI. 9. 194.
440.	= 165. II. 426. 436.
= 82. 83. I. 100. 204.	= 166—168. VI. 458.
= 86. I. 101. 337. III. 284.	= 173. Nr. 8. V. 324.
VI. 6.	= 174. I. 99.
= 87. III. 92. 223. VII. 421.	= 175. V. 207.
= 89. 90. III. 420.	= 177. I. 99.

2. Gesetz betreffend die Ergänzung und Abänderung der Gemeintheilungsordnung und einiger anderer über Gemeintheilungen ergangener Gesetze vom 2. März 1850. (G. S. S. 139.)

Artif. 1. Nr. 7. Bb. IV. 345.	Artif. 10. III. 285. VI. 440 fg.
351.	= 12. VI. 9.
= 1. VI. 455 fg.	= 14. III. 410. VII. 211.
= 4. III. 225. VI. 464.	= 15. III. 161. IV. 21. VI.
= 6. 8. IV. 354.	11.
= 8. V. 421 fg. VI. 9.	= 16. VI. 6.
= 9. III. 285. VI. 6. VII.	= 17. III. 285. VI. 441.
189.	

3. Gemeintheilungsordnung für die Rheinprovinz, Neuvorpommern und Rügen vom 19. Mai 1851. (G. S. S. 371.)

§. 4. Bb. VI. 206.

L. Gesetze betreffend das Verfahren und Kostenwesen in Auseinandersetzungs-Sachen.

1. Verordnung vom 20. Juni 1817. (G. S. S. 161.)

§§. 4. Bb. VII. 281 fg.	§§. 131. Bb. III. 395.
= 4. 17. II. 225.	= 138. VI. 20.
= 5. VII. 359. 437.	= 140. 145. III. 329.
= 5. 9. V. 106.	= 146. VI. 300.
= 6. II. 306. 357.	= 158. III. 328.
= 11. V. 371.	= 169. III. 335. V. 14. VI.
= 20. 22. VI. 474.	78.
= 42. I. 487. VI. 119 fg.	= 170. III. 330. 335. 397.
= 43. I. 171. VI. 197. VII.	V. 14. 420. VI. 79.
281.	462.
= 55. II. 350. 362. III. 51.	= 170. 171. 205. VII. 358.
= 78. VII. 380.	382.
= 82. II. 151. IV. 405.	= 171. IV. 401. 406.
= 89. Nr. 7. II. 270.	= 171. Nr. 2. V. 323.
= 107. III. 412.	= 202. 203. II. 156. 277.
= 108. VII. 437.	= 205. VII. 382.
= 127. VII. 213.	= 212. V. 320.
= 130. III. 329.	

2. Ausführungsgesetz vom 7. Juni 1821. (G. S. S. 83.)

§§. 5. 6. Bb. VII. 437.	§§. 14. Bb. V. 332.
= 6. V. 371. VII. 359.	= 25. II. 269.
= 9. I. 335. 172.	= 26. V. 320.
= 10. I. 53.	

3. Verordnung vom 30. Juni 1834 wegen des Geschäftsbetriebes u. (G. S. S. 96.)

§§. 2. Bb. V. 101.	§§. 17. Bb. III. 356. 395. V.
= 2. 32. 33. VI. 335.	196. 371. VI. 299 fg.
= 3. V. 102.	= 22. II. 261 fg. VII. 429 fg.
= 4. Nr. 1. V. 333.	= 24. V. 332.
= 7. V. 8. 106. 324. VI.	= 26. 27. II. 340.
209. 474. VII. 95.	= 31 c. VII. 212.
359. 382. 437.	= 31—34. III. 410.
= 7. 8. II. 206. 270. 353.	= 32. V. 101.
362. III. 51.	= 34. VII. 188. 202 fg.
= 7. 8. 9. VII. 382. VI.	= 35. III. 411.
473.	= 38. I. 335. 353. 362.
= 8. V. 323. VI. 16 fg. VII.	= 39. V. 12.
437.	= 40. V. 11 fg.
= 9. V. 155. VII. 11.	= 48. V. 333.
= 10. V. 332. VI. 281.	= 51. II. 371.
= 11. I. 172. 335. II. 225.	= 58. VII. 418.
VII. 411.	= 61. V. 332. 334. VII. 376.
= 13. 38. 44. VI. 467.	

4. Gesetz wegen Sicherstellung der Rechte dritter Personen u., vom 29. Juni 1835. (G. S. S. 135.)

§§. 1—4. Bb. VII. 376.	§§. 4. Bb. V. 333.
= 3. V. 334.	= 8. VII. 407 fg.

5. Instruktion wegen des schiedsrichterlichen Verfahrens vom 12. Oktober 1835. (v. Kampf Annalen, Bb. 19. S. 75.)

§§. 6. Bb. III. 411. VI. 335.	§§. 16. 17. VI. 119. VII. 206.
VII. 214.	= 18. VII. 188.
= 14. VII. 205.	

138 Kost.=Regul. v. 25. April — Instruf. v. 16. Juni 1836.

6. Kosten Regulativ vom 25. April 1836.
(G. G. G. 181.)

§§. 1. Bb. V. 103.

= 3. VII. 362.

= 4. III. 336. 360.

= 5. IV. 407. VI. 14.

§§. 6. Bb. V. 320.

= 9. IV. 313.

= 9. Nr. 3. VII. 360.

= 10. V. 5.

7. Instruktion zu dem Kosten=Regulative vom
16. Juni 1836. (G. G. G. 187.)

§§. 6. Bb. V. 103.

= 11. VI. 14.

= 16. III. 154.

M. Einzelne Gesetze und Verordnungen.

Jahr	Tag	
1504	=	Kollowratischer Vertrag (Korn, Sammlung alter und neuer Schlesiſcher Geſetze de 1771. S. 7—10) Bd. VI. 377. VII. 321.
1512	21. April	Sächſiſche Conſtitution. VI. 461.
1528	22. Septbr.	Kaiſer Ferdinand I. Landfrieden. (Korn a. a. D. S. 15.). VI. 378.
1535	=	Pommernſche Kirchenordnung Bd. V. 463.
1550	12. Novbr.	Sächſiſche Landesordnung. VI. 461.
1559	4. Januar	Ordnung Kaiſer Ferdinand I. wegen der Roboten und Hofarbeiten im Oppeln- und Ratiborſchen Fürſtenthume II. 55. VI. 378. (Korn a. a. D. S. 387.)
1562	=	Landesordnung von Oppeln und Ratibor I. 113. II. 56. VI. 378. (Korn. a. a. D. S. 387.)
1571	31. Oktbr.	Münſterſche Landgerichtsordnung Th. III. Tit. 4—9. VI. 206.
1573	=	Teſchenſche Landesordnung Art. 2. IV. 440.
	=	Konſiſtorial-Ordnung Kurfürſt's Johann Georg von Brandenburg. (C. C. M. Th. I. Abth. I. Nr. VII. Col. 273 fg. von Kampz Samml. der Provinz.-Geſetze der Mark Brandenburg. Abth. I. S. 24.) VI. 467.
1603	12. März	Erörterung der Landesgebreden auf dem Landtage zu Torgau. (Cod. Aug. Th. I. S. 162.) V. 98. 402.
1609	1. Mai	Generalbefehl (Cod. Aug. Th. II. S. 1363.) V. 291.
1616	16. Mai	Erweiterte Bauerordnung für Neuborpommern und Rügen (Dähnerts, Samml. Pommernſcher und Rügenſcher Landesurkunden, Geſetze u. Bd. 3. S. 386.) Tit. 11. §. 12. VII. 260. 290. §. 16. VII. 305.
1617	27. April	Landesordnung von Deß (Suarez, Samml.

Jahr	Tag	
		Schlesischer Provinz.=Gez. Bd. I. S. 440.) I. 113. Th. II. Art. 6. II. 217. 318. 326. V. 408.
1622	1. Februar	Kur= und Neumärkische Holz=, Jagd= und Mast=Ordnung (C. C. M. Th. 4. S. 527. v. Kampy a. a. D. S. 284.) Bd. III. 189.
	28. Juli	Sächsische Prozeß= und Gerichtsordnung (Cod. Aug. Th. I. S. 1107). Tit. 42. §. 6. V. 290.
1634	22. Novbr.	Päpstliches Breve von Urban VIII. (Zalaskowski, Jus regni Poloniae. Th. I. S. 101.) V. 454.
1635	=	Polnische Reichstags= Konstitution Wladislaus II. (Zalaskowski a. a. D. Th. I. S. 700.) V. 454.
1651	2. Dezbr.	Landesordnung für die Niederlausitz §. 12. 13. V. 17.
1652	8. Juni	Rezeß mit den Städten diesseits und jenseits der Elbe d. d. Köln a. d. Spree. (C. C. M. Th. VI. S. 422.) V. 209.
	1. Oktbr.	Berordnung und Ausfah der Herren Fürsten und Stände in Ober= und Nieder= Schlesien, wie es mit den entwichenen Unterthanen gehalten werden solle. (Korn a. a. D. S. 25—30, 39—41.) II. 57. VI. 378.
1653	26. Juli	Kurfürstlicher Landtagsrezeß für die ganze Mark. (v. Kampy a. a. D. Abth. I. S. 437.) III. 50. VI. 431.
1660	1. Septbr.	Wiegensche Dreidingsordnung. (Brachvogel, Samml. Schlesischer Urkunden. S. 1144.) I. 114.
1661	22. Juni	Kursächsischer Erledigung der Landesgebrechen. (Cod. Aug. Th. I. S. 199.) V. 290.
1665	28. Januar	Laxordnung für Wiegens und Brieg. (Brachvogel a. a. D. S. 750.) IV. 441.
1669	=	Revidirte Landesordnung für die Niederlausitz, §§. 6. 15. 16. 17. V. 17.
1677	3. Juni	Malafowäkischer Vergleich. II. 181.
1680	5. Februar	Münstersches Edikt de non dismembrandis praediis. (von Kampy Jahrb. Bd. 29. S. 276.) III. 53.
	13. Febr.	Kardianl Hessensche Sporteltaxe. Bd. II 447. IV. 443.
1685	14. Septbr.	Neumärkische Gesende= und Schäferordnung. Tit. 5. §. 21. II. 346.
1687	29. Juni	Neumärkische Bauerordnung. (C. C. M. Th. 5.

Jahr	Tag	
1688	3. Januar	Abth. 3. Cap. 1. §. 213. Nr. 26. Rabe, Samml. Th. I. §. 162.) Bd. VI. 431. Kurfürstlich Brandenburgische im Herzogthum Magdeburg und der Grafschaft Mansfeld publicirte Polizeiordnung. (Mylius Corp. Const. Magdeb. Th. III. Nr. 1.) Kap. 9. §. I. §. 4. IV. 68. Kap. 31. §. 2. II. 452. IV. 332. V. 450.
1690	"	Pommersche Kirchenordnung. V. §. 463.
1693	10. April	Kaiserliche Sanctio pragmatica wegen der großen Kanzlei-Laxe in Schlessen. (Brachvogel, Continuatio. Bd. 3. §. 775.) II. 324. 326. 447. IV. 441. VII. 364.
	10. April	Taxordnung für Breslau. (Brachvogel, Samml. §. 780.) IV. 441.
1702	16. Dezbr.	Flecken-, Dorf- und Ackerordnung für die Kurmark. §§. 6. 33. V. 210. VII. 380.
1704	14. März	Taxordnung für Schweidnitz und Zauer. (Brachvogel, Samml. §. 804.) IV. 441.
1708	19. März	Fürstlich Dels-Bernstädtische Final-Resolution. (Brachvogel, Samml. Bd. 3. §. 598.) IV. 331.
	20. Dezbr.	Patent. V. 285.
1710	7. Juni	Patent. V. 285.
	11. Dezbr.	Verordnung wegen der Kirchen- und Pfarrbauten in der Mark. V. 460.
1711	7. Februar	Verordnung, denselben Gegenstand betreffend. V. 460.
1712	4. Januar	Patent. V. 285.
	17. Juni	Rescript, die Geldbeiträge der bäuerlichen Wirthe in der Neumark zu Pfarrbauten betreffend. (C. C. M. Th. 6. Abth. 2. §. 127. Nr. 69.) VI. 436.
	14. Juli	Rescript über denselben Gegenstand. (C. C. M. a. a. D. §. 127. Nr. 70.) VI. 436.
1714	4. Mai	Taxordnung f. Wohlau. (Brachvogel, Samml. §. 1006.) IV. 441.
1715	23. August	Patent. V. 285.
1716	27. April	Taxordnung für Glogau. (Brachvogel, a. a. D. §. 1299.) IV. 441.
1717	30. Juni	Brandenburgische Affekuration für die Ritterschaft. (C. C. M. Th. II. Sect. 5. §. 93.) IV. 68.
1718	28. März	Patent. V. 285.
1720	20. Mai	Renovirte Holz-, Maß- und Jagdordnung für die Mittel-, Alt-, Neu- und Uckermark.

Jahr	Tag	
1721	12. August	(C. C. M. Th. 4. S. 683. v. Kampß a. a. D. S. 318.) Tit. 4 §§. 1—5. Bd. V. 387. 451. Tit. 4. §§. 3. 4. III. 189. 197. Tit. 10. §. 1. VII. 223. Verordnung, wegen der den Unterthanen bei Unglücksfällen von den Gerichtsobrigkeiten zu gewährenden Remissionen. (C. C. M. Th. V. Abth. III. Kap. II. Col. 373. v. Kampß a. a. D. S. 364.) VI. 217.
1722	24. August	Gesindeordnung für die Kurmark. (Rabe a. a. D. Bd. 1. Abth. 1. S. 607.) II. 349.
1723	19. April	Reglement über die Einliegerdienste in Neuvorpommern und Rügen. (Neueste Grundgesetze der Staatsverfassung in Pommern und Rügen. S. 149.) VII. 271.
1724	20. Septbr.	Polizeiordnung für das Herzogthum Westphalen. Tit. 31. §. 16. Tit. 35. §. 2. IV. 336.
1725	9. August	Dels=Bernstädtische Landeseinrichtung. (Brachvogel a. a. D. Bd. 6. S. 1793 fg.) IV. 65. 331.
1728	4. Dezbr.	Patent. V. 285.
1735	14. Dezbr.	Gesinde=Ordnung für die Altmark. (Rabe a. a. D. Bd. 1. Abth. 2. S. 86.) II. 349.
1741	26. Novbr.	Minden=Ravensbergische Eigenthumsordnung. (Stengels Beiträge, Bd. 14. S. 12. — Wigand, Prov.=Recht des Fürstenthums Minden Bd. 2. S. 332 fg.) III. 41. Kap. 7. §§. 1. 2. Bd. VI. 223. 381. = 11. = 4. = VI. 381. §§. 3. 4. 9. 10. IV. 121. §§. 10. 11. III. 54. VI. 390. VII. 379. = 12. = 8—11. = IV. 121. VII. 379. = 16. = 3. = VI. 384.
1742	14. Juli	Edikt wegen der Fuhrn und Handdienste bei Reparatur der Land- und Poststraßen im Herzogthum Magdeburg. Bd. III. 49.
	13. Dezbr.	Kurfürstliches Rescript. (Cod. Aug. Cont. I. S. 1573.) V. 98. 402.
1744	13. Juni	Edikt wegen Regulirung der sogenannten großen Kanzlei=Laxe im Herzogthum Schlesien. (Suarez, Sammlung Schlesiischer Gesetze Th. II. Abth. 1. S. 118 f.) II. 326. III. 42. IV. 443.

Jahr	Tag	
1746	20. Dezbr.	Edikt wegen Räumung der Flüsse und wegen der Vorfluth in Schlesien. (Suarez a. a. D. Th. II. S. 132.) IV. 67. V. 142.
1747	9. März	Sportelreglement für die Magistrate und Schöppengerichte in Schlesien. (Suarez a. a. D. II. 1. S. 141.) II. 326. III. 43. IV. 443.
1749	14. Juli	Konstitution, betreffend das Verbot wegen Einziehung der Bauerhöfe im Herzogthum Schlesien zc. (Korn a. a. D. Bd. III. S. 115 fg.) II. 61. III. 64.
	12. August	Edikt wegen Verbots der Einziehung bäuerlicher Stellen zu den Vorwerken. (C. C. M. Cont. IV. Col. 181.) V. 124. 182. VI. 423.
1750	4. August	Revidirte Tax- und Sportelordnung für die Schlesiſchen Oberamtsregierungen. (Suarez a. a. D. II. 1. S. 377.) III. 43. IV. 443.
1751	3. Novbr.	Sächſiſches Generale. VI. 461.
1752	1. Januar	Kurfürſtliche Beiliegerordnung. (Scotti, Sammlung I. 2. S. 772.) IV. 70.
	25. Juni	Wegeordnung für das Herzogthum Pommern. (Nabe a. a. D. I. 2. S. 510.) §. 9. III. 48.
1754	10. Septbr.	Kabinetſordre wegen Nichtänderung der groſſen Kanzlei-Taxe. II. 447. IV. 446.
1755	=	Kanzlei-Taxe des Fürſtlichen Stifts Lebuſ. I. 347.
1756	19. April	Schleiſche Holz-, Maſt- und Jagdordnung. III. 45. Tit. 2. §. 2. e. Tit. 6. §§. 5. 6. Tit. 10. §. 1. Tit. 12. §. 3 VI. 463.
1758	3. März	Kabinetſordre wegen Befreiung der Ewangelischen in Schleſten von den Zehnten an die katholiſchen Pfarrer. (Suarez a. a. D. Bd. III. S. 878.) II. 451. VI. 472. VII. 321.
1763	30. Mai	Kurfürſt. Sächſ. Generale wegen Wiederbeſetzung der wüſte gewordenen Grundſtücke. (Cod. Aug. Th. II. Bd. II. Kap. 1. S. 406.) V. 392.
1764	23. März	Straſſen- und Wegebeſſerungsreglement für die Kurmarf. (Nov. C. C. Th. III. S. 379.) V. 210.
	12. Juli	Edikt wegen Herausgabe eingezogener Stellen.

Jahr	Tag	
		(N. C. C. M. Th. III. Nr. 42. S. 449.) II. 62. V. 182. VI. 423.
1764	30. Dezbr.	Pommersche Bauerordnung. (N. C. C. III. 535.) Tit. 3. §§. 1. 10. Bb. VI. 429. §. 11. Bb. VI. 416. Tit. 4. §. 2. VI. 408.
1766	13. Mai	Erneuertes Stempelédikt. (Edikt.-Sammlung IV. Col. 404.) IV. 474.
	4. Juli	Ermländische Landesordnung. VII. 381.
1769	5. Juni	Revidirte Bergordnung für das Herzogthum Schlesien. (Korn, Edikt.-Sammlung de 1769. S. 89.) IV. 472.
1770	10. Mai	Münsterische Eigenthumsordnung. (v. Kampff, Jahrb. Bb. 29. S. 276. Schlüters Westphäl. Prov.=Recht Bb. I. S. 257. Th. II. Tit. 1. §§. 1. 2. 5. IV. 121. §. 41. IV. 103. = = = 2. §§. 3—9. IV. 121. §. 4. II. 456. III. 53. VI. 222. = = = 3. §. 1. IV. 121. = = = 4. §§. 4. 5. IV. 121. = = = 6. §§. 5. 6. I. 174. 484. §. 6. VI. 470. = = = 7. §. 12. IV. 335. = = = 9. §. 11. III. 53. IV. 69.
	1. Juni	Instruktion wegen Revision der Forstordnun- gen. (Rabe a. a. D. I. 4. S. 46.) III. 189. V. 469.
1772	13. Januar	Kabinettsordre wegen der Meliorationskolo- nisten-Höfe in Pommern. II. 455. III. 53. V. 117.
	4. Februar	Mühlenedikt für das Herzogthum Schlesien und die Grafschaft Glatz. (Korns Edikt.- Samml. Bb. 13. S. 182.) IV. 233. 246. 248.
	29. April	Publikandum. VII. 365.
	28. Septbr.	Notifikations-Patent, betreffend die Einrich- tung des geistlichen und weltlichen Zu- stizwesens in Preußen, Pommern und Groß-Polen. (Edikt.-Sammlung Th. 1. Col. 45. Rabe, Samml. I. 4. S. 335.) V. 93.
1773	6. Juli	Erneuertes Edikt wegen zu verschaffender Vor- stuth. (Edikt.-Samml. V. 371.) IV. 67.
	21. Septbr.	Westpreuß. Regierungs-Instruktion. §. 13. g.

Jahr	Tag	
		§. 24. (Edikt.-Sammlung Bd. V. Th. 2. S. 125.) V. 93.
1774	5. Februar	Instruktion für die Auseinanderseßungs-Kommissarien bei Gemeinheitstheilungen. (C. C. M. pro 1774. S. 82.) II. 349.
	5. Februar	Hofreskript. VII. 37 ^a .
1775	3. Dezbr.	Forstordnung für Ostpreußen und Litthauen. (N. C. C. Th. V. e. S. 273. Nr. 55 de 1775.) Lit. 3. §. 6. Lit. 14. §. 11. Bd. III. 199. V. 470. = 5. = 19. Lit. 14. §. 20. Bd. III. 197.
	16. Dezbr.	Kabinettsordre wegen der Meliorationskolonistenhöfe in Pommern. V. 118.
1776	5. Dezbr.	General-Direktorialreskript, wegen Deklaration des Remissions-Edikts v. 12. August 1721. (v. Kamph a. a. D. Abth. 2. S. 847.) VI. 217.
1777	20. Februar	Kabinettsordre wegen der Domainenbauern. I. 483. II. 64. VI. 65.
	28. August	Mühlenordnung für Schlessien. (Korn, Edikt.-Samml. XV. 278.) IV. 67.
	24. Dezbr.	Forstordnung für Pommern. (N. C. C. Th. 6. S. 1057. Nr. 55 de 1777.) Lit. 5. §. 14. Bd. V. 471. §. 18. Lit. 14. §. 20. Bd. III. 197. V. 470. Lit. 13. §§. 2. 3. Bd. VII. 365.
1779	20. Dezbr.	Jurisdiktionsreglement für Cleve, Mörs und Mark. §§. VIII X. XIV. Bd. VII. 422 fg.
1781	28. April	Kursächsisches Straßenbau-Mandat. VII. 379.
1783	21. Septbr.	Münstersche Erbpachtsordnung. (Schlüters Provinz.-Recht von Westphalen. Bd. 1. S. 378.) VII. 129. Vorbericht. §. 4. V. 271. VII. 130. Th. II. Lit. 1. §. 40. V. 272. VII. 255. §. 41. IV. 69. §. 44. IV. 117. §§. 10. 142. VII. 130. §. 85 VI. 470. §. 129. V. 44. = = = 2. §. 1. IV. 121. §. 4. IV. 360. VII. 130. §. 49. IV. 113. = = = 3. §§. 16—17. IV. 121. = = = 4. §. 70. IV. 112. = = = 5. §§. 50—52. IV. 113. = = = 6. §§. 26—27. IV. 121.

Jahr	Tag	
1784	12. Dezbr.	Publikandum wegen zu errichtender vollständiger Urbarien im Herzogthum Schlesien und der Graffschaft Olag. (Korn's Schles. Edikt.-Samml. Bd. 18. S. 253.) II. 65. V. 182. VI. 423.
1785	20. Januar	Instruktion der beiden Schlesiſchen Etatsminister für die Haupt-Urbarien-Kommissionen zu Breslau und Ologau. (Korn a. a. D. S. 265.) II. 65. III. 58. VII. 380.
	4. März	Anleitung der Haupt-Urbarien-Kommissionen über die Errichtung der Urbarien. (Korn a. a. D. S. 290.) IV. 127. VII. 380.
	4. August	Reskript wegen verweigerter Unterschrift der Urbarien. IV. 128.
	20. August	Reskript wegen Errichtung der Urbarien auf Lehne und Fideikommissgütern. IV. 137.
1787	13. Novbr.	Publikandum wegen der Obliegenheiten der Unterthanen im Magdeburgschen und Halberstädtſchen beim Chausſeebau. III. 49.
1788	26. März	Schlesiſches Forſtregulativ. (Korn's Edikt.-Samml. II. S. 30.) I. 483. III. 45. §. 14. III. 197. IV. 333. VII. 380.
	16. April	Deklaration der Schlesiſchen Forſtordnung. IV. 131. 134.
1789	30. Juli	Edikt. IV. S. 400.
	9. Dezbr.	Kabinettsordre wegen Deklaration des Edikts vom 30. Juli 1789. IV. 131.
1790	25. März	Deklaration wegen Verleihung des Eigenthums in den Domainengütern. (Rabe a. a. D. II. S. 29.) §. 3. II. 258. 267. 301. 307. 310. VI. 65. 423. 468.
	30. Dezbr.	Fürſtlich Kauniz-Nietbergſche Reſolution über das kirchliche Bauweſen. VI. 471.
1791	18. Januar	Reskript über die Steuerfreiheit der geistlichen Güter in der Kurmark. (v. Kämpf, Jahrb. Bd. I. S. 138. VII. S. 94.) V. 214.
1792	18. April	Edikt über die Verbindlichkeit der Unterthanen in der Kurmark in Anſehung des Chausſeebaues. (Edikt.-Samml. Bd. 9. S. 333.) II. 453. §. 2. V. 210. VII. 371.
1794	28. März	Edikt wegen der Geſetze und Rechte in Südpreußen. (Edikt.-Samml. XI. S. 2097.) §§. 1. 5. IV. 409. V. 93.

Jahr	Tag	
1795	12. Januar	Kurfölnisches Beiliegerebdict. (Scotti, Samml. I. 2. S. 1224.) Bd. IV. 70.
1796	4. Mai	Regereglement für Westpreußen und den Negebdistrikt. (Edict.-Samml. X. 315.) II. 453.
1797	30. April	Deklaration des Edicts vom 28. März 1794. (Edict.-Samml. X. 1159.) §. 10. V. 454. IV. 408. §. 13. IV. 410. V. 93.
	7. Juli	Deklaration. V. 93.
	10. August	Deklaration. V. 93.
7198	25. Juli	Kabinettsordre wegen Aufhebung der Erbunterthänigkeit in Schlessen. IV. 131.
	18. Dezbr.	Berordnung wegen des Normaljahres in Westpreußen. (Edict.-Sammlung X. 1831.) III. 52.
	30. Dezbr.	Cirkular-Berordnung wegen genauerer Bestimmung verschiedener im A. L. R. enthaltener Vorschriften. (Edict.-Samml. X. 1834.) V. 40.
1799	18. Juli	Instruktion wegen der den Unterthanen in Schlessen zu verschaffenden Erleichterungen. IV. 132. 141.
	31. Dezbr.	Deklaration wegen Aufhebung der Haupturbarien-Kommissionen. III. 58. IV. 132.
1800	22. Juni	Deklaration der Pommerischen Forstordnung. (Rabe a. a. D. VI. 144.) Tit. 1. §. 5. III. 200. Tit. 2. §. 2. III. 197.
1801	17. Dezbr.	Deklaration betreffend die Rechtsverhältnisse der Mennoniten. IV. 400. VII. 90.
1802	17. Septbr.	Erneuerte Stempelverordnung. (Korn, Edict.-Samml. VIII. 145.) IV. 474.
1803	25. Februar	Reichsdeputations-Hauptschluß. (v. Meyer, Corp. jur. conföder. Germ. I. 29.) IV. 358.
	30. Ventose	Gesetz für das damalige Frankreich. Art. 7. IV. 364.
	15. Juni	Berordnung wegen Einführung des Kormärk. Straßenbau-Edicts vom 18. April 1792 in die Neumark. II. 453. VII. 371.
	24. Novbr.	Kabinettsordre betr. die Mennoniten. IV. 400. VII. 90.
1804	6. Januar	Gutachten der Gesetz-Kommission wegen Erweises der Observanz. (Neues Archiv III. 269.) II. 320. VII. 364.
	8. Novbr.	Kabinettsordre. VII. 363.
1805	8. Oktbr.	Forstordnung für Westpreußen und den Negebdistrikt. (N. C. C. Th. XI. S. 3152. Rabe a. a. D. VIII. 354.) I. 484. Tit. 1.

Jahr	Tag	
		§§. 33. 41. 45. Tit. 2. §. 35. Tit. 4. §§. 32. 34. Bd. III. 197. 200. Tit. 2. §§. 28. 30. 31. VII. 190. §. 36. III. 278. V. 470.
1806	4. Juli	Königl. Schwedische Bekanntmachung wegen Aufhebung der Leibeigenschaft in Neuvorpommern und Rügen. (Sonnenschmidt, Sammlung der für diese Landestheile ergangenen Gesetze u. von 1802 - 1817. Th. I. S. 279.) VI. 232. VII. 290. 314.
	9. Juli	Großherzogl. = Hessische Verordnung, die Weilieger betreffend. (Scotti, II. 1. S. 463.) IV. 70.
	18. August	Deklaration wegen der Einmiethe zum Raff- und Leseholzholen aus den K. Forsten in der Kur- und Neumark. (Habe, Samml. VIII. 652.) VI. 232. VII. 290. §§. 2. 4. V. 471. §§. 3. 4. III. 189. 197. V. 469.
1807	22. Juni	Konstitutionelles Statut des Herzogthums Warschau. I. 486.
	15. Novbr.	Verfassungsurkunde des Königreichs Westphalen. (Westphäl. Gesetzbülletin. I. 23.) Art. 45. VII. 181.
1808	23. Januar	Königl. Westphäl. Dekret, enthaltend eine Erläuterung des Art. 13 der Konstitution, über die Aufhebung der Leibeigenschaft. (Westph. Gesetzbülletin I. 224.) Art. 9. IV. 367.
	27. Januar	Dekret wegen Einführung des Code Napoléon in das Herzogthum Warschau. (Raube, Gesetzsamm. I. 55.) V. 454.
	14. Februar	Instruktion für Ostpreußen, Westpreußen und Litthauen wegen Wiederbesetzung bauerlicher Stellen. (Habe, Samml. IX. 105.) VI. 426.
	27. Februar	Sächsisches Generale wegen der Katecheten. (Cod. August. Cont. 3. Abth. 1. S. 72.) II. 191.
	9. Juli	Großherz. Hessische Gemeintheilungs-Verordnung. I. 51. 65. 468. II. 332. 335.
	27. Juli	Verordnung wegen Verleihung des Eigenthums an die Immediat-Einfassen von Ostpreußen, Litthauen und Westpreußen. (Habe, Sammlung IX. 236.) §§ 2. 3. V. 477. VI 65.
	5. August	Königlich. Westphäl. Gesetz über die Einführung einer Patentsteuer. (Sammlung

Jahr	Tag	
		der Gesetzbülletins II. 275.) Art. 19. Bb. VI. 344. 366.
1808	21. August	Königlich. Westphäl. Gesetz über die Grundsteuer. (Westphäl. Gesetzbülletin III. 106.) Art. 59. III. 250. IV. 68.
	21. Septbr.	Königlich. Westphäl. Dekret wegen Aufhebung der bisher geltend gewesenen Gesetze zc. (Gesetzbülletin II. 619.) VII. 181.
	19. Novbr.	Städteordnung. (G. S. S. 324.) §. 58. V. 453. §. 189. IV. 214.
	12. Dezbr.	Großherzoglich Bergisches Dekret, wegen Abschaffung der Leibeigenschaft. (Gesetzbülletin des Großherzogthums Berg I. 182.) II. 452. III 53. Art. 2. 21. III. 58.
	26. Dezbr.	Regierungs = Instruktion. (G. S. S. 481.) §§. 36. 37. II. 398.
1809	5. März	Zirkularreskript. (Rabe, Samml. X. 63.) §. 17. II. 218. 288. 411.
	8. März	Deklaration. VII. 394.
	27. März	Instruktion für Schlessen und Olaz, betr. die Dispositionsbefugnisse der Gutsherrn über bäuerliche Stellen (Rabe, Sammlung X. 246.) VI. 426.
	8. April	Publikandum wegen Aufhebung der Erbunterthänigkeit in Schlessen. (G. S. S. 557.) I. 169. II. 213. 219. 288. 291. 320. 411. VI. 395. 401. VII. 364. 394.
	18. August	R. Westphäl. Dekret. Art. 6. I. 36.
	10. Oktbr.	Transistorisches Gesetz für das Herzogthum Warschau. (Warschauische Gesetzs. II. 52.) Art. 9. III. 48. V. 454.
	5. Novbr.	Großherz. Hessische Verordnung wegen der Weillieger. (Scotti, I. 2. S. 464.) IV. 70.
	9. Dezbr.	Verordnung wegen Aufhebung der Haupt- und Kreis = Urbarien = Kommissionen in Schlessen. (G. S. S. 623.) IV. 136.
1810	6. Januar	Großherz. Hessische Hauergsordnung für das Amt Olpe. II. 221 fg.
	9. Januar	Verordnung wegen Zusammenziehung bäuerlicher Grundstücke in der Kur- und Neu- mark und Pommern. (G. S. S. 626.) VI. 426 fg.
	12. Febr.	Königl. Westphäl. Verordnung über die Erhebung der Patentsteuer. (Gesetzbülletin I. S. 123 fg.) Art. 1. 21. VI. 345. 366.
	17. Mai	Reglem. d. provisorischen Regierungs-Konseils

Jahr	Tag	
1810	17. Mai	für Neuvorpommern und Rügen über die Lage der ehemaligen Leibeigenen. (Sonnenschmidt a. a. D. II. S. 39.) §. 16. Bb. VII. 261 fg. 290. 314.
	6. August	Patent wegen des Umzugstermins der Diensteute in Neuvorpommern und Rügen. (Sonnenschmidt a. a. D. II. S. 46.) §. 6. VII. 316.
	28. Septbr.	Großherz. Hessische Verordnung wegen Ertrag des Wildschadens. (Minteln, Prov. = Recht des Herzogth. Westphalen, Anhang S. 329.) §. 1. V. 457. 461.
	24. Oktbr.	Kabinettsordre wegen Dotirung der Landeschullehrer auf den Domainen. (Koch, Agrar-Ges. 3. Ausg. S. 17.) II. 178. 189.
	27. Oktbr.	Verordnung über die Mißverhältnisse wegen der Dienstleistungen der Bauern in Schlesien. (G. S. S. 735.) I. 169. II. 288. 291. VI. 395. 401. VII. 394.
	28. Oktbr.	Edikt über die Finanzen des Staats zc. (G. S. S. 25.) §. 5. e. VII. 356.
	2. Novbr.	Edikt wegen der Mühlengerechtigkeit und Aufhebung des Mahlzwanges. (G. S. S. 95.) II. 454.
	13. Dezbr.	§§. 2. 3. III. 341. 344. §. 3. IV. 263. VI. 105.
1811	10. Febr.	Edikt über die Einführung einer allgemeinen Gewerbesteuer. (G. S. S. 79.) I. 485. §§. 1. 16. 17. III. 393. §. 21. IV. 24. §. 30. II. 453. III. 314. 319. 325. 351. 357. 376. 378. 395. IV. 83. 199. 201. 203. 228. 242. 260. 411. 419. V. 7. 95. 197. 348. VI. 348. VII. 94. 275.
	16. März	Senatusconsult wegen Abtrennung eines Theils des Großherzogth. Berg. IV. 358.
	27. April	Kaiserliches Dekret wegen Einführung des Code Napoléon im Hochstift Münster. (v. Kampz, Jahrb. Bd. 17. S. 152.) IV. 359.
	8. Mai	Verordnung über die Ablösung der Dominialabgaben. (Koch a. a. D. S. 72.) §§. 1—9. I. 165. §. 12. V. 13.
		Kaiserliches Dekret wegen Bildung des Kirpedepartements. IV. 359.
		Sächsisches Generale wegen Anlage neuer Mühlen. V. 403.

Jahr	Tag	
1811	25. Juli	Königl. Westphäl. Dekret über die Ablösung des Heimfallrechts. (Gesetzbulletin de 1811 Nr. 86.) Bd. I. 252. Art. 2 — 5. I. 251.
	5. Septbr.	Instruktion wegen Anwendung des Stempelgesetzes. (G. S. S. 316.) IV. 448. 474.
	7. Septbr.	Gesetz über die polizeilichen Gewerbeverhältnisse. (G. S. S. 263.) I. 486. §. 32. VI. 366. §. 54. VII. 367.
	13. Septbr.	Großherz. Bergisches Dekret wegen der abgeschafften Rechte und Abgaben. (Gesetzbulletin des Großherzogth. Berg S. 238.) Art. 5. 6. III. 58. Art. 5. 8. 11—14. IV. 362. 363. 368. Art. 8. 9—11. V. 46. VII. 422 fg. Art. 11. III. 53. Art. 13. 14. V. 273.
	15. Novbr.	Vorfluths-Edikt, (G. S. S. 352.) §§. 1. 5. III. 56. 57. §§. 1. 2. III. 159. §. 10. VI. 474. VII. 198. §§. 11. 14. 15. 23. VI. 21. §. 13. VI. 333 §. 17. VI. 337.
	23. Novbr.	Sächsisches Generale wegen der Katecheten. (Cod. Aug. Contin. 3. Abth. 1. S. 84.) II. 191.
	9. Dezbr.	Französisches Dekret über die Abschaffung der Feudalität in den hanseatischen Departements. Tit. 3, Art. 99. IV. 365. 375. V. 273.
1812	6. Februar	Königl. Befehl wegen der in Schlessen zu entrichtenden Zehnten zc. (G. S. 1813. S. 42.) II. 451. VI. 472. VII. 321.
	5. Novbr.	Kabinettsordre wegen Dotirung der Landschul-Lehrer bei Gemeintheitstheilungen. (G. S. S. 194.) II. 178. 190.
1813	8. Januar	Französisches Dekret wegen Einführung des Dekrets vom 16. Dezember 1811 in das Lippe-Departement. V. 365.
	5. Februar	Sächsisches Generale wegen neuer Mühlenanlagen. V. 98. 403.
1815	5. Mai	Kabinettsordre betreffend die Suspension der gutsherrlich-bäuerlichen Prozesse. (von Kampf, Jahrb. V. S. 8.) III. 54. VI. 471.
	22. Mai	Patent wegen Einrichtung des Hypothekenwesens in den Provinzen jenseits der Elbe und Weser. (G. S. S. 165.)

Jahr	Tag	
		§§ 4. 5. 9. 11. Bd. V. 351. 463. §§. 12. 3. 9. VI. 469. VII. 422 fg.
1815	8. Juni	Deutsche Bundesakte. (O. S. de 1818 Anhang S. 113.) Art. 14. IV. 349. 353.
	21. Juni	Verordnung betreffend die Verhältnisse der vormalig unmittelbaren deutschen Reichsstände. (O. S. S. 105.) §. 1. 3. IV. 345. 350. §. 5. IV. 353. VII. 378.
	13. Septbr.	Kabinettsordre betreffend die Steuerfreiheit der geistlichen Güter. (v. Kampff, Jahrb. I. S. 138.) V. 214.
1816	11. März	Kabinettsordre über denselben Gegenstand. (a. a. D.) V. 214.
	20. Juni	Kabinettsordre betreffend die Gültigkeit gerichtlicher Verhandlungen mit Schreibens- u. unerfahrenen. (O. S. S. 203.) V. 42.
	28. August	Kabinettsordre wegen der von den geistlichen Gerichten in Schlesien erhobenen großen Kanzleitaxe. (Breslauer Amtsblatt S. 217.) IV. 467.
	23. Dezbr.	Verordnung wegen Verlängerung der Fristen im Hypotheken-Patent. (O. S. de 1817 S. 392.) V. 351. VII. 422 fg.
1817	30. Januar	Kabinettsordre betreffend die Steuerfreiheit der geistlichen Güter. (v. Kampff, Ann. VII. S. 94.) V. 214.
	9. Februar	Verordnung betreffend die Justizverwaltung im Großherzogth. Posen (O. S. S. 37.) §§. 145. 146. 149. IV. 336.
1818	25. Mai	Verordnung wegen Einführung des N. L. R. und Einrichtung des Hypothekenwesens in den mit dem Preussischen Staate vereinigten zwischen den älteren Provinzen belegenen Distrikten. (O. S. S. 475.) VI. 469.
	20. Juli	Geschäftsanweisung für die Behörden der Rheinprovinz. §. 2. Nr. 2. VI. 473. §. 2. Nr. 3. 4. III. 159.
	8. August	Kabinettsordre wegen Erwerbung des Oberguthens bei Erbpachts- u. Ablösungen. (Justiz-Min.-Blatt de 1839. S. 187.) I. 187.
	15. Septbr.	Verordnung wegen der für die Aufhebung des Wahlzwangs zu gewährenden Entschädigung. (O. S. S. 499.) II. 454. §. 5. VI. 105.
1819	18. Januar	Verordnung wegen Aufhebung der Erbunter-

Jahr	Tag	
1819	9. Juni	thänigkeit in dem Rottbuser Kreise, den beiden Lausitzen zc. (G. S. S. 21.) Bb. II. 288. §§. 2. 8. 10. VI. 192.
	30. Novbr.	Verordnung wegen Deklaration einiger Bestimmungen des Regulirungs-Edikts vom 14. September 1811 zc. (G. S. S. 151.) II. 259. 274. 288. IV. 390. §. 2. VI. 395. 409.
1820	18. Febr.	Rabinetsordre wegen der Kolonistenhöfe in Pommern. V. 129.
	30. Mai	Rabinetsordre wegen eines Gesekentwurfs zur Deklarirung der fremdherrlichen Gesetze in den westlichen Provinzen. I. 79.
	30. Mai	Gesetz wegen Einrichtung des Abgabenwesens. (G. S. S. 134.) §. 5. III. 250.
	30. Mai	Gesetz wegen Entrichtung der Gewerbesteuer. (G. S. G. 147.) §. 2. IV. 24.
	30. Mai	Instruktion über die Verhältnisse der vor- mals unmittelbaren deutschen Reichsstände. (G. S. S. 81.) §. 23. IV. 350. 353. VII. 378.
	16. Juni	Verordnung wegen Erwerbung der Real- und Hypothekenrechte bei noch nicht vollständig eingerichteten Hypothekenwesen. (G. S. S. 106.) §§. 19. 22. 26. V. 361. §. 26. VI. 470.
	24. Juni	Publikationspatent über die Wiener Schlussakte. (G. S. S. 12.) Art. 53. IV. 350. 356.
1821	24. März	Haubergsordnung für das Amt Olpe. II. 225.
	23. April	Gesetz wegen Aufhebung und Verlautbarung und Bestätigung der Verträge über Grundstücke. (G. S. S. 43.) §. 1. VII. 131.
	7. Juni	Gesetz wegen Untersuchung und Bestrafung des Holzdiebstahls. (G. S. S. 653.) II. 444.
1822	4. Juli	Gesetz betreffend den Verkauf ausstehender Forderungen. §. 3. (G. S. S. 178.) VII. 411.
	11. Juli	Deklaration des Gesetzes vom 7. September 1811. (G. S. S. 187.) I. 486.
	15. Septbr.	Rabinetsordre wegen Sistirung des Gesetzes vom 25. September 1820. IV. 367.
1824	25. Febr.	Rabinetsordre wegen Nichtregulirungsfähigkeit mennonitischer Grundstücke. IV. 400. VII. 90.

Jahr	Tag	
1824	27. März	Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände im Großherzogthum Posen. (Ges. = S. S. 854.) Bb. II. 393.
	18. Dezbr.	Porto-Tax=Reglement. (G. S. S. 225.) §. 87. VII. 36.
1825	13. Febr.	Kabinettsordre wegen Nichtregulirungsfähigkeit mennonitischer Grundstücke. VII 90.
	21. April	Kabinettsordre in Bezug auf die 3 Gesetze von demselben Tage. (G. S. S. 73.) IV. 366. 367. 371.
	11. Juni	Kabinettsordre über die Entschädigung für Feldsteine, Sand und Kies beim Chauffeebau. (G. S. S. 152.) VI. 471.
	26. August	Deklaration wegen Appellation und Revision in gutsherrlich=bäuerlichen Angelegenheiten. (G. S. S. 223.) II. 251.
1826	17. Juni	Kabinettsordre wegen Grundsteuerfreiheit der Schuldotationen. (G. S. S. 58.) II. 149.
	24. Juli	Kabinettsordre betreffend die Gültigkeit der durch die Amtsblätter publizirten Gesetze. (G. S. S. 73.) IV. 468.
	23. Oktbr.	Kabinettsordre betreffend die den Landespolizei=Behörden beigelegte Befugniß, den Bau und die Veränderung einer Mühle zu versagen. (G. S. S. 107.) III. 377. 388. IV. 228. 231. V. 349. V. 349.
1827	13. Juli	Verordnung wegen Nichtregulirungsfähigkeit der Dreschgärtner in Oberschlesien. (G. S. S. 79.) II. 46. 107.
1831	16. Juni	Kabinettsordre wegen Herstellung der Zehntverfassung in Schlesien. (G. S. S. 169.) II. 451. VI. 472. VII. 321.
1832	19. Febr.	Deklaration des §. 30 des Gewerbesteuer=Edikts vom 2. November 1810. (G. S. S. 64.) §. 1. VI. 249. 344. §§. 1. 2. III. 314. 352. 395. §§. 1—3. I. 485. §. 2. III. 324. IV. 336. §. 3. IV. 83. 252. 255. 418. V. 405. VI. 349. 370. VII. 98. §. 4. II. 453. 454. VII. 368. §. 5. III. 369.
	19. Juli	Gesetz betreffend die Laudemien von Rustikalstellen in Schlesien. (G. S. S. 194.) I. 482.
	8. August	Gesetz betreffend das Rekursverfahren in Bagatellsachen. (G. S. S. 199.) VI. 151.

Jahr	Tag	
1832	25. August	Kabinettsordre. (Justiz=Min.=Blatt de 1840. S. 129.) Bb. VI. 474.
1833	19. Januar	Kabinettsordre wegen Unzulässigkeit des Personal=Arrestes gegen Dekonomie=Kommissarien. (G. S. S. 4.) IV. 25.
	13. Mai	Gesetz wegen Aufhebung der gewerblichen Abgaben in den Immediatstädten des Großherzogthums Posen. (G. S. S. 55.) V. 93. §. 3. VII. 367.
	1. Juni	Verordnung über den Mandats=, summarischen und Bagatell-Prozess. (G. S. S. 37.) §. 20. II. 386.
	7. Juli	Gesetz über die Rechte des Fiskus hinsichtlich der Zinsen. (G. S. S. 79.) §. 2. VI. 464.
1833	17. Oktbr.	Kabinettsordre betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 1. Juni 1833. (Ges.=S. S. 119.) Nr. 4. IV. 341.
	24. Novbr.	Kabinettsordre betreffend die Deklaration der §§. 23. 24. 37. der 3 Gesetze vom 21. April 1825. (G. S. S. 292.) III. 54. IV. 339. V. 456.
	14. Dezbr.	Verordnung über das Rechtsmittel der Revision und Nichtigkeitsbeschwerde. (G. S. S. 302.) §. 2. VII. 238. §. 4. Nr. 1. III. 61. VI 412. §§. 4. Nr. 1. §. 5. Nr. 8. IV. 70. VII. 441. §. 5. Nr. 10. c. VI. 173. §. 7. III. 325. §. 16. VI. 177. §. 18. VI. 154.
1834	4. März	Verordnung über die Execution in Civilsachen. (G. S. S. 31.) §. 9. IV. 341. §. 18. V. 453.
	4. März	Verordnung über den Subhastationsprozess. (G. S. S. 39.) §. 13. V. 461. §§. 18. 19. V. 343.
	15. März	Kabinettsordre wegen Anwendbarkeit der Verordnung vom 14. Dezember 1833 über Revision und Nichtigkeitsbeschwerde auf Regulirungen zc. (G. S. S. 61.) I. 44. 86. 96. II. 174. 371. 394. 400. VII. 460 fg. 380.
	31. März	Verordnung über die Einrichtung des Hypothekenwesens im Herzogthum Westphalen. (G. S. S. 47.) §§. 11. 20. VI. 460.
	16. Juni	Verordnung über die Einrichtung der Justiz=

Jahr	Tag	
		behörden im Großherzogth. Posen. (G. S. S. 75.) Art. 9. IV. 336.
1835	7. Februar	Deklaration betreffend den Kleinhandel mit Getränken auf dem Lande u. (G. S. S. 18.) V. 452. VII. 367.
	1. August	Kabinettsordre betreffend die Vererbung in den dem Heimfallsrechte unterworfenen Grundstücken. (G. S. S. 180.) IV. 339.
	26. August	Kabinettsordre wegen der Klage-Kumulation. VI. 469.
1836	13. Febr.	Kabinettsordre betreffend die Beschränkung der Retardatzinsen auf 25 Jahre. I. 243.
	9. April	Kabinettsordre betreffend die Ausdehnung der R. D. vom 26. August 1825 auf alle bauerlichen Auseinandersetzungen. (Ges. = S. S. 172.) II. 251. VI. 469.
	4. Juni	Kabinettsordre betreffend das Eigenthum der disponiblen Dorfstrafen in den Immediatdörfern von Ost- und Westpreußen. VII. 59.
	13. Juli	Gesetz über die bauerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen. (G. S. S. 209.) §§. 9. 13. 36. V. 455. §. 26. IV. 339.
	8. August	Paderborner Tilgungs- = Kassen- = Reglement. (G. S. S. 236.) §. 3. VI. 351 fg.
	20. Septbr.	Kabinettsordre betreffend die Bestätigung des Reglements vom 8. August 1836. (G. S. S. 235.) IV. 314.
1838	31. März	Gesetz wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen. (G. S. S. 250.) §. 2. IV. 407. VI. 465. §. 2. Nr. 5. IV. 336. §. 2. Nr. 5. §. 10. VII. 364.
	31. März	Deklaration des §. 54. I. 6. U. L. R. betreffend die Verjährungsfrist bei einer Schadenersatzforderung. (G. S. S. 252.) VII. 464.
	5. Mai	Verordnung über das Verfahren bei Insnuation der Erkenntnisse und bei Einlegung der Rechtsmittel. (G. S. S. 273.) §§. 7. 10. VI. 151.
	28. Juli	Verordnung über die Beschränkung des Provokationsrechts auf Gemeinheitsheilungen. (G. S. S. 429.) §§. 1—3. II. 168. §§. 1. bis 4. VI. 66.
1839	3. Januar	Kabinettsordre betreffend die Verwandlung des Erbpachtsrechts in volles Eigenthum. (Justiz- = Ministerial- = Bl. 1839. S. 187.) I. 167.

Jahr	Tag	
1839	6. April	Deklaration der Verordnung vom 14. Dezember 1833 über Revision und Nichtigkeitsbeschwerde. (G. S. S. 126.) Art. 1. Vb. IV. 243. Art. 1. Nr. 2. VI. 151. Art. 3. Nr. 2. IV. 336. Art. 4. IV. 340. Art. 8. VI. 153. Art. 13. III. 60. V. 357. VII. 378.
	7. April	Instruktion zur Ausführung der Verordnung über Revision und Nichtigkeitsbeschwerde. (G. S. S. 133.) §. 9. V. 370. §. 35. VI. 411.
1840	15. Febr.	Gesetz über Familienschlüsse bei Familien-Erbscheidkommissionen zc. (G. S. S. 20.) §§. 2. 13. 15—18. V. 331.
	18. Juni	Gesetz über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben. (G. S. S. 140.) V. 459.
1841	31. März	Deklaration des §. 164. der Gem.-Theil.-Ordn. vom 7. Juni 1821 wegen Verjährung der Grundgerechtigkeiten. (G. S. S. 75.) II. 433. §. 1. V. 33.
1842	16. Januar	Kabinettsordre wegen Einsetzung des Landes-Oekonomie-Kollegiums. (Min.-Bl. f. d. i. B. de 1842 S. 21.) VII. 7.
	11. Mai	Gesetz im Betreff der Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen. (G. S. S. 192.) §§. 1. 2. 5. VI. 473. §§. 2. 5. VI. 474. §§. 3. 5. VI. 473.
	30. Juli	Deklaration der §§. 10. und 62. der Verordnung vom 30. Juni 1834 betreffend die Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden hinsichtlich der Verwendung von Abfindungs-Kapitalien. (G. S. S. 245.) VI. 281.
	15. Septbr.	Beschluß der deutschen Bundesversammlung. (G. S. de 1843 S. 269.) IV. 356.
1843	28. Febr.	Gesetz über die Benutzung der Privatflüsse. (G. S. S. 40.) §§. 1—14. VII. 375. §. 3. VI. 26. §. 7. VII. 198. §. 19. IV. 167. VI. 336. §. 22. VI. 474. §§. 25. Nr. 1. 26. 33. 34. 40. 44. 45. 47. IV. 169. 172. §. 35. IV. 168. §. 42. IV. 173. §. 48. IV. 177. 178.
	5. März	Verordnung über die Ausübung der Waldstreuberechtigung. (G. S. S. 105.) III. 47.

Jahr	Tag	
1843	7. März	Verordnung wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagddistrikte in Westphalen. (G. S. S. 109.) §§. 3. 35. Bd. III. 156.
	28. April	Kabinettsordre wegen Grundsteuerfreiheit der Schuldotationen in den westlichen Provinzen. (Min.=Bl. für die innere Verwaltung IV. 294.) II. 194.
	21. Juli	Verordnung betreffend die Ermittlung des Werths des Streitgegenstandes in Civilprozessen. (G. S. S. 297.) §. 1. IV. 173. VII. 11. 378. §§. 2. 6. VII. 377. §§. 4. 7. Nr. 1. VII. 378. §. 8. VII. 377. §. 10. II. 249. VI. 469. VII. 377. §. 15. III. 60. §. 16. III. 64.
	29. Novbr.	Regulativ wegen der Braun- und Steinkohlenlager in den ehemals Königl. Sächsl. Landestheilen. III. 86.
	29. Dezbr.	Verordnung wegen Aufhebung der Beschränkung bei Verschuldung der Bauergüter. (G. S. S. 48.) I. 170.
1844	19. April	Patent wegen Verkündigung des Provinzialrechts von Westpreußen. (G. S. S. 103.) VII. 374.
	21. Juni	Kabinettsordre betreffend den Kleinhandel mit Getränken. (G. S. S. 214.) V. 452.
	22. Novbr.	Verordnung betreffend den Geschäftsgang und Instanzenzug bei den Auseinandersehungsbehörden u. (G. S. de 1844. S. 19.) §. 3. VII. 12. §. 10. VII. 331. §. 11. I. 335. §. 11. 15. VII. 281. §§. 14. 21. 22. VII. 10. §. 15. IV. 175.
1845	3. Januar	Gesetz über die Zertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen. (G. S. S. 25.) II. 409. §§. 2. 8. V. 428. §§. 7. 25. 26. VII. 37. 40. §. 8. VII. 38. 40. §. 22. VII. 71. §. 25. Nr. 1. VII. 39. §§. 27. 28. VII. 39. §. 33. VII. 39. 72.
	=	Kabinettsordre bezüglich auf das Gesetz von demselben Tage wegen Zertheilung von Grundstücken. (G. S. S. 24.) VII. 378.
	9. Januar	Verordnung wegen Einführung des Gesetzes vom 3. Januar 1845 in den Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Köln. (G. S. S. 35.) VII. 10.

Jahr	Tag	
1845	17. Januar	Allgemeine Gewerbeordnung. (G. S. S. 41.) §. 1. Bb. V. 94. §§. 1—3. 190. III. 50. V. 73. 82. VI. 348. §§. 1—5. VII. 245. §. 3. III. 314. 319. 341. 352. 369. 378. 395. IV. 79. 225. 229. 411. V. 7. 83. 86. 95. 348. 395. 405. VI. 211. 249. VII. 94. 381. §. 4. IV. 263. VII. 368. §§. 4. 5. II. 454. VII. 367. §. 8. VII. 365. §. 55. V. 452.
	17. Januar	Entschädigungsgesetz zur Allgem. Gewerbeordn. (G. S. S. 79.) §. 4. VI. 344. §§. 4. 5. V. 94. §§. 7. 25—28. 49. V. 73. 83.
	7. März	Fischereiordnung für die Provinz Posen. (G. S. S. 107.) §. 9. VII. 10.
	7. März	Fischereiordnung für die Binnengewässer der Provinz Preußen. (G. S. S. 114.) §. 9. VII. 10.
	7. März	Fischereiordnung für das frische Haff. (G. S. S. 121.) §. 9. VII. 10.
	18. April	Kabinettsordre betreffend die Bestätigung des Tilgungs-Kassen-Reglements für die Kreise Heiligenstadt v. (G. S. S. 410.) IV. 315.
	11. Juli	Gesetz über das Verfahren bei Aufnahme von Notariats-Instrumenten. (G. S. S. 487.) §§. 13. 41. 42. VI. 466.
	18. Juli	Gesetz betreffend die Ablösung der Dienste in der Provinz Sachsen. (G. S. S. 502.) §§. 3. 4. III. 49.
	23. Juli	Verordnungen wegen Abänderung der §§. 4. 5. 6. 44 und 46 des Gesetzes v. 21. April 1825 hinsichtlich der an die Stelle von Naturaldiensten getretener Dienstgelder in der Altmark und im Herzogthum Magdeburg. (G. S. S. 518. 520.) II. 453. III. 48.
	23. Juli	General-Konzession für die Altlutheraner. (G. S. S. 516.) VI. 472. VII. 380.
	31. Oktbr.	Gesetz wegen Ablösung der Dienste in Schlesiens. (G. S. S. 682.) II. 48.
	11. Dezbr.	Verordnung wegen Ausdehnung der Verordnung vom 23. Juli 1845 auf die übrigen Landestheile der Provinz Sachsen. (G. S. S. 832.) II. 453. III. 48.
1846	23. Januar	Gesetz wegen des für die Entwässerungs-Anlagen einzuführenden Präklusionsverfahrens. (G. S. S. 26.) §. 1. VI. 336.

Jahr	Tag	
1846	21. Juli	Verordnung über das Verfahren in Civil-Prozessen. (G. S. S. 291.) §. 15. Bb. IV. 336. §§. 15—18. VI. 469. §. 16. IV. 70. §§. 16. 21. V. 455. §. 38. VII. 11. 378.
1847	28. Oktbr.	Wiesenordnung für den Kreis Siegen. (G. S. S. 485.) §. 28. VII. 10.
	26. Juli	Deklaration einiger Vorschriften des A. L. R. und der Gem.-Theil.-Ordn. v. 7. Juni 1821, betreffend das nutzbare Gemeindevermögen. (G. S. S. 327.) §§. 1. 4. 5. IV. 194.
	1. Novbr.	Feldpolizeiordnung. (G. S. S. 376.) §. 50. V. 321.
1848	28. Januar	Gesetz über das Deichwesen. (G. S. S. 54.) §. 82. IV. 142. VII. 375.
	17. April	Allerhöchster Erlaß wegen Bildung des Handelsministeriums. (G. S. S. 109.) VII. 3.
	25. Juni	Allerhöchster Erlaß wegen Bildung eines neuen Staatsministeriums (G. S. S. 159.) VII. 3.
	11. August	Allerhöchster Erlaß wegen Ueberweisung des Gesehwesens an das Ministerium für landwirthschaftl. Angelegenheiten. (G. S. S. 228.) VII. 3.
	21. Septbr.	Allerhöchster Erlaß wegen Bildung eines neuen Staatsministeriums. (G. S. S. 255.) VII. 3.
	31. Oktbr.	Gesetz betreffend die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden. (G. S. S. 343.) IV. 67. §. 1. V. 415. 455. §§. 1—3. 6. IV. 341. §. 2. V. 462.
	5. Dezbr.	Verfassungsurkunde. (G. S. S. 375.) Art. 8. IV. 372. VII. 257. Art. 40. III. 296. IV. 371. V. 60. 63.
	18. Dezbr.	Verordnung betreffend die bauerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen. (G. S. S. 425.) §. 5. V. 455.
1849	2. Januar	Verordnung über die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit zc. (G. S. S. 1.) §. 21. IV. 311.
	22. Juni	Allerhöchster Erlaß wegen Ueberweisung des ganzen Medizinalwesens an den Minister des Unterrichts und der Medizinal-Angelegenheiten. (G. S. S. 335.) VII. 3.
	29. Juni	Verordnung wegen Vorbereitungen zur Grund-

Jahr	Tag	
		steuerbefreiung. (G. S. S. 237.) §. 7. III. 157.
1849	26. Novbr.	Allerhöchster Erlaß betreffend das Ressort in Deichsachen. (G. S. de 1850. S. 3. VII. 3.)
1850	31. Januar	Verfassung = Urkunde für den Preussischen Staat. (G. S. S. 17.) Art. 3. IV. 354. Art. 4. 41. 109. VII. 378. Art. 12. IV. 400. Art. 40. V. 70. Art. 42. III. 296. IV. 331. 335. 354. V. 60. 63. 406. 462. VI. 60. 192. 203. 236. VII. 385. 389. Art. 62. 83. 106. IV. 354.
	24. Februar	Gesetz betreffend die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen. (G. S. S. 62.) III. 157. §. 3. VII. 37.
	3. März	Gesetz betreffend den erleichterten Abverkauf kleiner Grundstücke. (G. S. S. 145.) §. 4. III. 174. IV. 313.
	7. März	Jagdpolizeigesetz. (G. S. S. 165.) §§. 1. 2. VII. 373. §§. 2. 4. V. 328. 462. VII. 3. §. 14. III. 37. §§. 22—25. IV. 67.
	11. März	Gemeindeordnung für den Preussischen Staat. (G. S. S. 213.) §§. 33. 53. V. 104. §§. 145. 152. V. 317.
	11. März	Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung für den Preuß. Staat. (G. S. S. 251.) Art. 67. V. 317. Art. 68. V. 100. 111. VI. 335.
	11. März	Gesetz über die Polizeiverwaltung. (G. S. S. 265.) §. 6. VI. 473. III. 36. §§. 9. 13. V. 317. §§. 11. 13. III. 164.
	21. Mai	Allerhöchster Erlaß wegen Errichtung einer besonderen Central-Kommission für die Angelegenheiten der Rentenbanken. (G. S. S. 334.) VII. 4.
	18. Juli	Geschäftsregulativ für die Gerichte erster Instanz. §§. 20. 49. IV. 311.
	24. Juli	Statut für die Meliorations = Societät der Böckerheide. (G. S. S. 373.) §. 11. VII. 10.
	11. Septbr.	Staatsvertrag mit Anhalt = Bernburg wegen Uebertragung der Leitung der Auseinandersehungsbehörden. (G. S. S. 413.) Art. 1. VII. 11.
	13. Novbr.	Kabinettsordre wegen Kapitalablösung der Realasten geistl. Institute. IV. 299. V. 299.

Jahr	Tag	
1851	26 April	Zusatzgesetz zu der Verordnung v. 2. Januar 1849 wegen Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit. (G. S. S. 181.) Art. 7. IV. 311.
	7. Mai	Disciplinargesetz für richterliche Beamten. (G. S. S. 218.) §. 65. VII. 13.
	10. Mai	Gesetz betreffend den Ansatz und die Erhebung der Gerichtskosten. (G. S. S. 622.) §. 11. Nr. 3. §. 12. Nr. 3. VII. 378. §. 11. Nr. 4. VII. 377.
	12 Mai	Gebühren Taxe für die Rechtsanwälte. (G. S. S. 656.) §§. 1. 11. 12. 18. V. 107.
	10. Septbr.	Instruktion zu dem Kostengesetz vom 10. Mai 1851 zu §. 11. VII. 377.
1852	2. Juni	Statut für die Meliorations = Societät des Skottau-Thales. (G. S. S. 391.) §. 6. VII. 10.
	"	Gesetz betreffend den Diebstahl an Holz und Waldprodukten. (G. S. S. 305.) §§. 12. 13. VII. 75.
	21. Juli	Disciplinargesetz für nicht richterliche Beamte. (G. S. S. 465.) §. 19. VI. 282. §. 26. VII. 355. §. 83. VI. 24.
	"	Statut des Meliorations = Verbandes im Brückchen Bruche. (G. S. S. 517.) §. 8. VII. 10.
	31. Juli	Reglement zu dem Gesetze über das Postwesen vom 5. Juni 1852. §. 8. VII. 36.
1. Septbr.	Kabinettsordre betreffend die Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder des Disciplinarhofes. VI. 13.	
1853	24. Mai	Gesetz wegen Aufhebung der Gemeinde = und der Kreis =, Bezirks = und Provinzial = Ordnung vom 11. März 1850. (G. S. S. 238.) Art. 1. VI. 335. Art. 1—3. VII. 84.
	"	Ergänzung zu dem Gesetz vom 3. Januar 1845 wegen Zerstückelung der Grundstücke. (G. S. S. 241.) §§. 5. 6. VII. 38. §. 9. VII. 39. §. 11. VII. 39. §. 12—14. VII. 40.
	"	Gesetz wegen einiger Abänderungen der Hypothekenordnung vom 20. Dezember 1783. (G. S. S. 521.) §§. 1. 7. VI. 339.
	3. August	Instruktion zu dem vorgedachten Gesetze. Art. 1. 2. VI. 339.

N. Kabinettsordres (nicht gedruckte), Staats-Ministerial-Beschlüsse und Ministerial-Reskripte.

Jahr	Tag	
1822	18. Mai	Reskript des Ministeriums des Innern. Bd. I. 203.
	17. Juli	Desgl. II. 183.
1823	23. Februar	Desgl. II. 195.
	7. April	Desgl. I. 16. 37.
	22. August	R. des Min. der Justiz. II. 290.
	11. Dezbr.	R. des Min. des Innern. VII. 414.
1824	8. April	R. des Min. des Innern und des Min. der Finanzen. I. 167.
	2. August	R. des Min. der Justiz. VII. 433.
	12. Novbr.	R. des Min. des Innern. II. 183.
1830	28. Juni	R. des Min. des Innern und des Min. der Justiz. I. 57. 58.
	16. Juli	R. des Min. des Innern. II. 177.
1831	16. Juni	R. des Min. der Finanzen. VII. 417.
	27. Juli	Desgl. II. 183.
	24. Dezbr.	Desgl. II. 177.
1832	22. Mai	Desgl. I. 53. 61.
1834	15. Mai	Desgl. VII. 415.
	10. Juni	R. des Min. des Innern und des Min. der Justiz. III. 32.
	14. August	R. des Min. des Innern. I. 251.
1835	7. April	Desgl. II. 263.
	11. Dezbr.	Desgl. II. 278.
1836	24. Febr.	Desgl. IV. 191.
	16. Mai	Desgl. I. 72.
	29. Juni	R. des Min. der Justiz. VI. 154.
	9. Juli	R. des Min. des Innern. I. 237.
	15. Septbr.	Desgl. II. 182.
1837	14. April	Desgl. VII. 279.
	10. Oktbr.	Desgl. II. 195.
	24. Dezbr.	Cirkular-Reskript des Königl. Haus-Ministeriums III. 66.
1838	1. Februar	R. des Min. des Innern. I. 72.
	2. Juli	Desgl. II. 387.
	21. Septbr.	Desgl. II. 192.
1839	2. Februar	R. des Min. der Justiz. V. 447.
	18. Juli	R. des Min. des Innern. I. 255.
	20. Juli	Desgl. IV. 195.
	16. Dezbr.	Desgl. III. 155.
1840	10. Novbr.	R. des Min. der Justiz. IV. 25.
	14. Dezbr.	R. des Min. des Innern. II. 341.

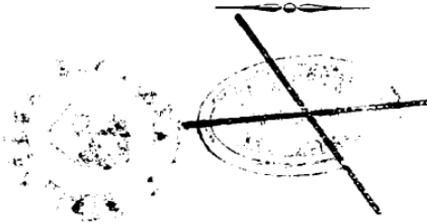
Jahr	Tage	
1841	23. März	Reskript des Ministeriums des Innern. Bd. II. 341.
	7. April	Desgl. II. 169.
	25. April	Desgl. II. 289.
	12. Juni	Allerhöchste Kabinettsordre. II. 390.
	11. August	Desgl. II. 412. 415.
	28. August	Circular-Reskript des Min. des Innern. II. 194.
	25. Septbr.	R. des Min. des Innern. II. 294.
	13. Novbr.	Desgl. I. 44.
	27. Novbr.	Desgl. II. 294.
1842	28. Januar	Desgl. II. 193.
	25. März	Regulativ des Min. des Innern. VII. 7.
	5. Mai	R. des Min. des Innern. VII. 7.
	8. Juni	Desgl. V. 216.
	21. Oktbr.	Allerhöchste Kabinettsordre. II. 410.
	22. Novbr.	R. des Min. des Innern. VI. 14.
1843	21. Febr.	Desgl. II. 438.
	19. Septbr.	Desgl. I. 74.
1844	27. Januar	Reskript des Min. der Justiz. II. 410.
	24. Novbr.	Desgl. II. 280.
1846	13. März	R. des Min. des Innern. II. 414.
	12. Septbr.	Allerhöchste Kabinettsordre. VII. 451.
1847	31. Januar	R. des Min. des Innern. V. 108.
	14. Oktbr.	Desgl. III. 155.
1849	21. Novbr.	R. des Min. für landwirthschaftliche Angelegenheiten. III. 154.
1850	14. Febr.	Desgl. III. 155.
	7. März	Desgl. III. 156.
	11. März	Desgl. III. 158.
	27. März	Desgl. III. 157.
	6. Mai	Desgl. III. 37.
	13. Mai	Desgl. III. 36.
	14. Mai	Desgl. III. 38.
	15. Mai	Desgl. III. 20.
	17. Mai	Desgl. III. 176.
	18. Mai	Desgl. III. 31.
	30. Mai	Desgl. III. 34.
	1. Juni	R. des Min. des Innern und des Min. für landwirthsch. Angelegenh. III. 38.
	"	R. des Min. des Handels u. der Finanzen. III. 179.
	12. Juni	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. III. 160.
	27. Juni	Desgl. III. 163.
	16. Juli	Desgl. III. 174.

Jahr	Tag	
1850	17. August	Reskript des Ministeriums der Justiz. Bd. III. 180.
	9. Septbr.	R. des Min. des Innern und des Min. für landwirthschaftliche Angelegenheiten. III. 164.
	22. Septbr.	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. III. 399.
	30. Septbr.	Desgl. III. 406.
	10. Oktbr.	Desgl. III. 407.
	20. Novbr.	R. der Oberrechnungskammer. IV. 299.
	12. Dezbr.	R. des Min. der Justiz und des Min. der Finanzen. IV. 3.
	23. Dezbr.	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. IV. 7.
	29. Dezbr.	Desgl. IV. 326.
	1851	16. Januar
18. Januar		Desgl. IV. 35.
3. Februar		R. des Min. der Finanzen und des Min. für landwirthsch. Angelegenh. IV. 14.
8. Februar		R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. IV. 13.
10. Febr.		Desgl. IV. 41.
23. Febr.		R. des Min. der Finanzen und des Innern. IV. 40.
7. März		R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. IV. 38.
8. März		Desgl. IV. 39.
31. März		R. der Oberrechnungskammer. IV. 315.
18. April		R. der Min. der Finanzen und für landwirthsch. Angelegenh. IV. 300. 301.
21. Mai		R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. IV. 159.
7. Juni		R. der Min. der Finanzen und für landwirthsch. Angelegenh. IV. 161.
12. Juni		R. des Min. des Innern. IV. 306.
20. Juni		R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. IV. 320.
11. Juli		R. der Min. der Finanzen und des Innern. IV. 304.
9. August		R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. IV. 302.
15. August		Desgl. IV. 303. 306.
16. August		R. der Min. des Innern und für landwirthsch. Angelegenh. IV. 308.
18. August	R. der Min. des Innern und für landwirthsch. Angelegenh. IV. 309.	

Jahr	Tag		
1851	9. Septbr.	Reskript des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten. Bd. IV. 310.	
	17. Septbr.	Desgl. IV. 313. 314.	
	17. Septbr.	R. der Min. der Finanzen und für landwirthsch. Angelegenh. IV. 314.	
	30. Oktbr.	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. IV. 326.	
	31. Oktbr.	Desgl. IV. 325.	
	11. Novbr.	Desgl. V. 4.	
	22. Dezbr.	Desgl. V. 5.	
	1852	13. Februar	Desgl. V. 103.
		15. Februar	R. des Min. des Innern. V. 103.
		18. Februar	R. des Min. der Justiz. V. 105.
19. Februar		R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. V. 106.	
26. Februar		Desgl. V. 109.	
5. März		Desgl. V. 108.	
13. März		R. der Min. der Finanzen, des Innern und für landwirthsch. Angelegenh. V. 317.	
4. April		R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. V. 319.	
17. April		R. der Min. des Innern und für landwirthsch. Angelegenh. V. 321.	
17. Mai		R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. V. 321.	
11. Juni		R. des Min. des Innern. VII. 89.	
25. Juni		R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. V. 323.	
29. Juni		Desgl. V. 324.	
30. Juli		R. der Min. des Innern und für landwirthsch. Angelegenh. V. 328.	
31. Juli		R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. V. 330.	
4. August		R. der Min. des Innern und für landwirthsch. Angelegenh. V. 329.	
16. August		R. des Min. der Finanzen. VI. 3.	
25. April	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. V. 446.		
7. Septbr.	Desgl. V. 447.		
30. Septbr.	Desgl. VI. 14.		
21. Oktbr.	Desgl. VI. 15.		
26. Novbr.	Desgl. VI. 24.		
1853	7. Januar	Desgl. VI. 24.	
	26. Januar	R. der Min. des Handels zc. und für landwirthschaftl. Angelegenh. VI. 25.	

Jahr	Tag	
1853	3. Februar	Reskript des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten. Bd. VI. 42.
	19. Febr.	R. der Min. des Innern und für landwirthsch. Angelegenh. VI. 164.
	24. Febr.	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VI. 165.
	1. März	Desgl. VI. 165.
	17. März	R. des Min. des Handels zc. VII. 36.
	23. März	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VI. 163.
	7. April	Staatsministerial=Beschluß. VI. 282.
	9. April	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VI. 287.
	15. April	Desgl. VI. 279.
	=	R. der Min. des Innern und der Finanzen. VI. 279.
	28. April	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VI. 282.
	7. Mai	R. der Min. des Innern und für landwirth. Angelegenh. VI. 283.
	9. Mai	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VII. 32.
	10. Mai	R. der Min. der Finanzen und für landwirthschaftl. Angelegenheiten. VI. 283.
	1. Juni	R. des Min. der Finanzen. VI. 334.
	12. Juli	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VI. 335.
	6. August	Desgl. VI. 336.
	23. August	Desgl. VI. 339.
	6. Septbr.	R. der Min. des Innern und für landwirthsch. Angelegenh. VII. 36.
	24. Septbr.	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VII. 41.
14. Oktbr.	Desgl. VII. 42.	
21. Oktbr.	Desgl. VII. 43.	
24. Oktbr.	Desgl. VII. 44.	
4. Novbr.	Desgl. VII. 45.	
24. Novbr.	Desgl. VII. 45.	
25. Novbr.	R. des Min. der Finanzen. VII. 84.	
29. Novbr.	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VII. 46. 47.	
5. Dezbr.	Desgl. VII. 66.	
6. Dezbr.	Desgl. VII. 68.	
13. Dezbr.	Desgl. VII. 67.	
1854	2. Januar	R. des Min. des Innern. VII. 89.
	4. Januar	R. des Min. f. landw. Angelegenh. VII. 69.

Jahr	Tage	
1854	7. Januar	Reskript der Ministerien für Handel zc. und für landwirthsch. Angelegenh. Bd. VII. 70.
	3. Februar	R. der Min. des Innern und für landwirth. Angelegenh. VII. 71.
	20. Februar	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VII. 91.
	9. März	R. der Min. des Innern und für landwirth. Angelegenh. VII. 163.
	12. März	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VII. 164.
	16. März	Staatsministerial-Beschluß. VII. 355.
	16. Mai	R. des Min. der Justiz. VII. 360.
	4. Juni	R. des Min. für landwirthsch. Angelegenh. VII. 356.
	7. Juni	Desgl. VII. 362.



Druckfehler.

- §. 8 Zeile 11 v. u. hinter „sane“ ist ein Komma zu setzen.
§. 9 = 2 v. o. statt „Auswuchs“ l. „Anwuchs“
§. 16 = 12 v. n. statt „C“ l. „K“
§. 25 = 16 v. v. ist zu streichen „Geh.“
§. 32 = 1 v. u. statt „deagegen“ l. „dagegen“
§. 34 = 3 v. o. statt „Grichts“ l. „Gerichts“
§. 35 = 5 v. o. statt „Gewerbe“ l. „Gewerbe“
§. 40 = 8 v. o. statt „mittemäßig“ l. „mittelmäßig“
§. 41 = 14 v. o. statt „Vereinigungsvertrage“ l. Veräußerungs-
vertrage“
§. 43 = 18 v. o. statt „derselben“ l. „desselben“
§. 57 = 16 v. o. hinter „Anspruch“ einzuschalten „auf Zins-
eigenthum“
§. 75 = 6 v. o. statt „Pröve“ l. „Pröven“
§. 90 = 18 v. o. statt „derselben“ l. „desselben“
§. 97 = 7 v. u. statt „Ubersetzung“ l. Uebersetzung“
§. 98 = 11 v. v. hinter „Verfahren“ einzuschalten „, das,“
-

Table of Contents

Introduction	1
Chapter I	10
Chapter II	20
Chapter III	30
Chapter IV	40
Chapter V	50
Chapter VI	60
Chapter VII	70
Chapter VIII	80
Chapter IX	90
Chapter X	100
Chapter XI	110
Chapter XII	120
Chapter XIII	130
Chapter XIV	140
Chapter XV	150
Chapter XVI	160
Chapter XVII	170
Chapter XVIII	180
Chapter XIX	190
Chapter XX	200
Chapter XXI	210
Chapter XXII	220
Chapter XXIII	230
Chapter XXIV	240
Chapter XXV	250
Chapter XXVI	260
Chapter XXVII	270
Chapter XXVIII	280
Chapter XXIX	290
Chapter XXX	300